Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 2 (1973)

Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8021 Zürich 2. Jahrgang Nr. 5 25. Oktober 1973
Erscheint monatlich

konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red. «zürcher student») – in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telephon ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Mitbestimmung – eine Zeitbombe?
Weshalb die Argumente der Unternehmer nicht verfangen ... *Seite 3*

Education permanente
An den Schweizer Hochschulen ist «Weiterbüldung» nur für eine Elite *Seite 5*

Das Recht auf Wucher
«konzept»-Kolumne von Roman Brodmann *Seite 6*

«Sale arabe – Sautschingg»: die gleiche Einstellung
Niklaus Meienberg berichtet über den aufflammenden Rassismus in Südfrankreich *Seite 7*

Wann kommt der Jugendvogt?
«Jugendpolitik» ist nicht die Politik der Jungen Seite 13

«konzept»-Gespräch mit CNG-Zentralsekretär Guido Casetti

Radikalisierung liegt in der Luft

Man hat die Lip-Warnung gehört, und sie bleibt einem in den Knochen. Allenthalben drohen Betriebsschliessungen, Produktionsumlegungen und Lohnstoppmassnahmen. Auch die Schweiz wird davon nicht verschont, wie verschiedene Beispiele in jüngster Zeit offenbart haben (Henke, graphisches Gewerbe). Darum richtet sich das Augenmerk des kritischen Beobachters auch wieder vermehrt auf die Arbeit der Gewerkschaften. Mitbestimmungsinitiative, «progressiver» Wind im Gewerkschaftsbund mit der Wahl von Ezio Canonica zu dessen Präsidenten: Kursänderung oder nur der alte Tramp in neuem Stil? «konzept» wollte mehr darüber wissen; Pierre Freimüller und Rolf Nef unterhielten sich mit Guido Casetti, Zentralsekretär und voraussichtlich bald neuer Präsident des Christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes.

konzept: Die Gewerkschaften sollten ursprünglich zwei Funktionen haben: einerseits einen möglichst hohen Preis für die Arbeitskraft der Lohnabhängigen auszuhandeln und damit deren Los unmittelbar zu verbessern, andererseits für die Beseitigung der Unterordnung der Arbeit unter das Kapital, d. h. die Ueberwindung des darauf basierenden Wirtschaftssystems einzuschreiten. Wie haben sie im Verlauf der Zeit diese beiden Funktionen wahrgenommen, und wie steht es damit heute?

Casetti: Die Gewerkschaften haben einen Funktionswandel mitgemacht. Historisch betrachtet haben sie in einer ersten Phase im Maquis, im Untergrund, gearbeitet. In den Jahrzehnten ihrer Tätigkeit sind sie immer stärker in die Gesellschaft hineingewachsen, sie sind von Kampfverbänden oder Selbsthilfeorganisationen immer stärker auch zu Ordnungsfaktoren im öffentlichen Raum geworden. Die Problematik ist angesprochen worden in einem kürzlich erschienenen Buch «*Ordnungsfaktor oder Gegenmacht – Die politische Rolle der Gewerkschaften*» von Eberhard Schmidt. Man kann daraus keine Alternative konstruieren; die Gewerkschaft muss beides sein: sowohl Gegenmacht als auch Ordnungsfaktor. Anders formuliert: Die Gewerkschaft muss zwischen Kontestation und Partizipation stehen. Ich glaube, der *Ursinn* der Gewerkschaften bestand darin, *die materiellen und geistigen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen.* Dieser Ursinn ist sicher heute auch noch gültig, aber daneben sind neue, modernere Zielsetzungen stärker ins Blickfeld geraten, u. a. gesellschaftspolitische Forderungen, die mit den drei Stichworten *Mitbestimmung, Mitbeteiligung und Bildung* umschrieben werden können.

Dr. rer. pol. Guido Casetti, geboren 1935 in Naters VS, studierte an den Universitäten von Fribourg, Rom, Madrid und Lissabon. Nach einer zweijährigen Mitarbeit bei der CVP trat er 1964 in den Dienst des Christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes (CNG), dessen Zentralsekretär er wurde. Dr. Casetti ist kürzlich für die Nachfolge von CNG-Präsident Hans Riedo vorgeschlagen worden. Die Wahl wird am Kongress des CNG am 2./3. November in Fribourg stattfinden.

Haben nicht die Fixierung der Gewerkschaften auf die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens und das Akzeptieren der Zwänge der Sozialpartnerschaft Ihre Arbeit in den letzten Jahrzehnten um jede über eine sehr eng beschränkte Lohnpolitik hinausgehende Dimension beschnitten?

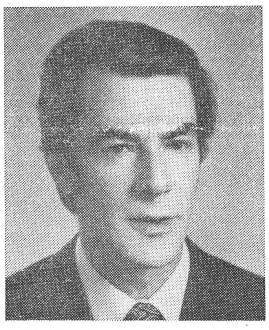
Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ob es sich um den Lohn handelt, um die Arbeitszeit, die Ferien oder die soziale Sicherheit, hat sicher ein vorrangiges Interesse der gewerkschaftlichen Arbeit beansprucht. Parallel dazu sind aber immer wieder auch grundsätzliche Fragestellungen aufgeworfen worden. Die Sozialpartnerschaft wurde vielleicht während der letzten 30 Jahre etwas überbewertet. Man hat dieses pazifistische, irenische Bild der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen verbreitet und damit auch in gewisser Hinsicht Verschleierungsideologie betrieben, mit Ausdrücken wie «*sozialer Friede*», «*Arbeitsfriede*», «*Sozialpartnerschaft*». Damit sind eigentlich die Interessengegensätze verbal überspielt worden, die trotz allem vorhanden sind, denn die Gesellschaft ist ja nicht bloss ein rationales und harmonisches Zusammenspielen von Partnern, nicht bloss ein Miteinander, sondern ein Gegeneinander und – was noch schwerer wiegt – ein *Ueber- und Untereinander.* Ich glaube, dass es richtig sein wird, in den kommenden Jahren vermehrt dieses konfliktreiche Kräftefeld, das Wirtschaft und Gesellschaft darstellen, transparent zu machen und auch wieder vermehrt in das Bewusstsein der Gewerkschafter zu heben.

Vertragspolitik ist keine heilige Kuh

Gesellschaftliche Konflikte ins Bewusstsein der Arbeiter zu heben ist aber nur insofern sinnvoll, als diese zugleich auch angeleitet werden, diese Konflikte zu beseitigen, d. h. das System zu verändern.

Der «*soziale Friede*» kann einfach nicht ein für allemal institutionalisiert werden, sondern er muss jedesmal neu erkämpft werden. Das gleiche gilt für die Gesamtarbeitsverträge auf Branchenebene oder auf betrieblicher Ebene.

Man hat in den letzten Jahren den Eindruck bekommen, dass aus dieser Vertragspolitik doch so etwas wie *Routine* geworden ist. Es ist weitgehend bei der Regelung der Arbeitsbedingungen geblieben. Es hat aber keinen Einbruch gegeben in den grundsätzlichen Bereich gesellschaftspolitischer Themenkreise. *Wir müssen uns in den*



Guido Casetti

nächsten Jahren hüten, aus dieser Vertragspolitik eine heilige Kuh machen zu wollen oder aus dem Gesamtarbeitsvertrag einen Fetisch. Es geht vielmehr darum, einen systemimmanenten Widerstand anzustreben. Ich sage bewusst *systemimmanent,* weil wir auch als Gewerkschaftsbewegung uns sicher auf den Boden der bestehenden freiheitlichen und demokratischen Strukturen stellen wollen. Es geht also nicht um Revolution um der Revolution willen, auch nicht in erster Linie um Kampf, aber es muss ein Sowohl-Als-Auch sein, eine je nach der gesellschaftlichen Konjunktur, der sozialen Temperatur angemessene gewerkschaftliche Aktivität. Das kann im Normalfall wahrscheinlich eine *gesamtarbeitsvertragliche Regelung* sein, in extremen Situationen aber sicher auch ein *Streik* oder eine andere Kampfmassnahme.

Sollte es nicht langfristiges Ziel der Gewerkschaften sein, die Ursachen des Gefälles zwischen Kapital und Lohnarbeit, die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital also zu bekämpfen und zu beseitigen?

Neben einer Politik der kleinen Schritte muss doch die langfristige Perspektive nicht aus den Augen verloren werden. Als letztes Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit muss «*die demokratisierte Demokratie*» stehen, um einen einprägsamen Ausdruck von Gunnar Myrdal zu verwenden. D. h. wir wollen auch die Arbeitnehmer in allen Bereichen – in wirtschaftlichen wie in politischen – in die Mitentscheidung hineinbeziehen.

Die Notwendigkeit der Gewerkschaften wird heute mit dem Argument, es gehe ja allen gut, von verschiedener Seite bestritten. Die Gewerkschaften selbst sind von dieser Wohlstands- oder Wirtschaftswunderideologie beeinflusst. Man kann indessen feststellen, dass in manchen Fällen der Lohnzuwachs beträchtlich hinter der Produktivitätssteigerung zurückgeblieben ist.

Wir haben uns immer dagegen gewehrt, die *Löhne* an den *Produktivitätsfortschritt* binden zu lassen, eine sogenannte *indexierte Lohnpolitik* zu betreiben. Der Ausdruck «*Produktivitätsfortschritt*» ist eine sehr umstrittene Grösse. Er widerspiegelt lediglich landesdurchschnittliche Werte, die grösstenteils, basierend auf der nationalen Buchhaltung, auf Schätzungen beruhen, aber nicht repräsentativ sein können für Branchen und noch weniger für einzelne Betriebe. *Eine indexierte Lohnpolitik könnte nur gekoppelt mit einer ebenfalls gebundenen Preispolitik betrieben werden.* Nachdem aber die Preisbildung bei uns, ebenso wie die Lohnfindung ja sehr schwer beeinflussbar sind, bleibt das ganze System eigentlich im Theoretischen stecken. Nach unserer Ansicht müsste eine Lohnpolitik gefunden werden, die zu einer *wirksamen Einkommensumstrukturierung* führen würde. Dies könnte bloss dadurch geschehen, dass neben dem an und für sich unbestrittenen Teuerungsausgleich Löhne ausgehandelt würden, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgingen, die aber dann zurückbehalten würden, im Sinne von nicht ausbezahlten Lohnbestandteilen, zu denken ist etwa an *Investivlohn* oder ähnliche Systeme, die vermögenswirksam angelegt würden, damit sie nicht inflationsfördernd wirken. Die Art der Anlage und allfällige Rückzugsmodalitäten würden dabei dem Einzelnen überlassen bleiben, da es lediglich darum ginge, eine gewisse Summe für eine bestimmte Zeit der Nachfrage zu entziehen.

Lohnstopp unannehmbar

Wobei die Löhne ja als Inflationsursache nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dessen ungeachtet rufen verschiedene Stimmen auf Unternehmerseite nach einem Lohnstopp. Was sollten und was könnten die Gewerkschaften unternehmen, wenn nun plötzlich ein allgemeiner Lohnstopp verfügt würde?

Die Frage ist an und für sich eher *theoretischer Natur,* wenn nicht sogar akademisch gestellt, denn *ein Lohn- und Preisstopp passt einfach nicht in unsere politische Landschaft hinein.* Aber rein von der Theorie her würde ich sagen, dass die Gewerkschaften sehr energisch *nicht bloss protestieren, sondern auch zu Kampfmassnahmen greifen* würden, wenn in dieser Richtung etwas unternommen würde.

Auch mildere Formen einer *Lohnzügelung,* wie sie augenblicklich durch den Delegierten des Bundesrates für die Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung vorgeschlagen und diskutiert werden, werden *gewerkschaftlicherseits auf keine Gegenliebe stossen.*

Wie können die Gewerkschaften auf eigenmächtige Strukturbereinigungen der Unternehmer (z. B. Betriebsschliessungen) reagieren, die meistens den Interessen der Arbeiter diametral entgegengesetzt sind?

Gegenwärtig laufen Gespräche auf der Ebene der Dachorganisationen der Wirtschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in Richtung auf Abschluss einer *Rahmenvereinbarung über Verhaltensrichtlinien bei Schliessung von Betrieben* oder Betriebsteilen. Diese Gespräche stehen unter einem etwas ungünstigen Stern, da auf Arbeitgeberseite wenig Interesse an einer derartigen Rahmenvereinbarung vorhanden ist. Aber auch wenn sie abgeschlossen werden sollte, und dies ist vorläufig noch nicht auszuschliessen, bliebe eine solche Rahmenvereinbarung lediglich ein Bündel guter Ratschläge und frommer Empfehlungen. Es müsste eigentlich auf Branchenebene via gesamtarbeitsvertragliche Abmachungen eine verbindliche Festsetzung des Verhaltens bei Betriebsschliessungen Platz greifen. Daneben müssten m. E. *verfassungsrechtliche und gesetzliche Vorschriften* treten. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht bloss darum gehen kann, die Auswirkungen oder die wirtschaftlichen und sozialen Härten, die bei Betriebsschliessungen anfallen, zu mildern, sondern dass wir auch die Ursachen bekämpfen müssen.

Dem Bund müsste das nötige Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden – ich denke da vor allem an eine *Arbeitsmarktpolitik* modernen Zuschnitts, die sowohl Beschäftigungsperspektiven umfassen würde (also nicht lediglich Beschäftigungsstatistiken, sondern Prognosen über die künftige Entwicklung im arbeitsmarktlichen Bereich) als auch die Arbeitsbeschaffungspolitik (Arbeitsbeschaffungsreserven), die Arbeitsvermittlung und eine modern konzipierte, präventiv wirkende Arbeitslosenversicherung.

Bruch Basis/Führung

Sie haben schon verschiedentlich von Verhandlungen gesprochen. Solche Verhandlungen spielen sich meist am grünen Tisch ab, zwischen Gewerkschaftern und Unternehmern oder Behörden. Meistens sind diese Verhandlungen für die Basis nicht einsichtig; der Gewerkschaftsfunktionär, der daran teilnimmt, ist vollkommen von seiner Basis abgeschnitten und hat infolgedessen auch kein klares Mandat, es besteht sogar die Gefahr, dass er von der Gegenseite integriert und damit neutralisiert wird.

Sie sprechen damit vielleicht das wichtigste Problem der gesamten Gewerkschaftsbewegung heute an: den *Bruch zwischen Basis und Führung.* Es sind dafür verschiedene Gründe massgebend: zunächst der Funktionswandel der Gewerkschaft. Von der klassischen Gewerkschaft ist die Gewerkschaft zur *quasi öffentlichrechtlichen Körperschaft* geworden, vom Kampfverband eben zum Ordnungsfaktor, zur Treuhänderin des öffentlichen Interesses. Sie hat damit viele Aufgaben übernommen, die über die schlichte materielle und kulturelle Interessenvertretung der Arbeitnehmer hinausgehen. Diese Verlagerung von der eigentlichen Interessenlage weg zu gesamtgesellschaftlichen Funktionen stellt das schwerwiegendste Problem für die Gewerkschaftsbewegung dar. Sie *wird wohl von der Führung bejaht und wahrgenommen, hingegen bei der Mitgliedschaft kaum zur Kenntnis genommen* und auch nicht mitvollzogen. Das gleiche Problem ist bei den Vertragsverhandlungen aufzuzeigen. Auch sie haben sich immer mehr vom Betrieb weg in zentrale Gremien verlagert, ganz zu schweigen von sog. *Spitzengesprächen* oder, wie es euphemistisch formuliert wird, von sogenannten *Sozialpartnergesprächen* auf der Ebene der Dachorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es kann diesem Problem nicht anders begegnet werden als mit einer *durchgehenden Demokratisierung der gewerkschaftlichen Strukturen* selber und einer *betriebsnäheren Gewerkschaftspolitik.* Die Gewerkschaften müssen es wieder vermehrt verstehen, am Arbeitsplatz ihre Aktivität zu entfalten und nicht nur auf der höchsten Ebene.

Was aber, wenn eine derartige Politik die Gewerkschaften in eine Zwickmühle bringt? Ein vermehrter Einbezug der Basis kann zu vermehrten Konflikten mit den Unternehmern führen, weil u. U. die Forderungen radikaler werden. Damit würden die Gewerkschaften ihre Disziplinierungs- und Ordnungsfunktion – für Ruhe im Betrieb zu sorgen und die Lohnkosten kalkulierbar zu machen – gegenüber den Unternehmern verlieren.

Ich glaube schon, dass dieser Konflikt – diese Position zwischen Kontestation und Partizipation oder diese «*konfliktuelle Partizipation*» – ausgetragen werden muss, soll es der Gewerkschaftsbewegung nicht so gehen wie es Kenneth Galbraith mit dem sehr träfen Bild von Jonas und dem Walfisch umschrieben hat, dass nämlich die Gewerkschaftsbewegung, angetreten mit Märtyrern und Barrikadenkämpfen, plötzlich vom geltenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verschluckt wird.

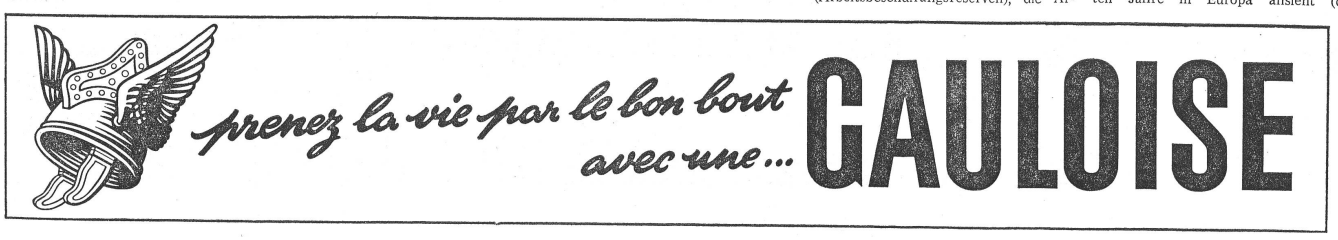
Problematische wilde Streiks

Sie sagten vorhin, die neue Funktion der Gewerkschaften werde von der Mitgliedschaft nicht zur Kenntnis genommen. Umgekehrt könnte man auch sagen, die Gewerkschaften kümmerten sich zuwenig um das, was ihre Basis wirklich von ihnen erwartet. In ernsthaften Konfliktfällen organisieren sich dann die Arbeiter selbst, um ihre Interessen ausserhalb der Gewerkschaften zu verteidigen, weil deren Verhandlungspolitik für sie keine Bedeutung hat.

Das Problem der *wilden Streiks* ist heute nicht leicht zu bewältigen. Solange ein Gesamtarbeitsvertrag besteht, der rechtsgültig abgeschlossen ist und damit verbindlich für beide Partner, sollten alle Wege, die vorgesehen sind im Sinne des Vermittlungs- und Schlichtungsverfahrens, ausgeschöpft werden. Sollte das nicht zum Ziele führen, so wird ein Streik durchaus im Bereich des Möglichen und Notwendigen liegen.

Mit dieser Politik des Ausschöpfens sämtlicher Möglichkeiten – mit der sie sich gezwungenermassen an die Modalitäten der Unternehmer anpassen – vernachlässigen die Gewerkschaften aber die Mobilisierung ihrer Basis, sie bringen die Arbeiter dazu, einfach abzuwarten, statt sie auszurüsten, damit sie ihr Recht erkämpfen können.

Wenn man die Streikwelle der letzten Jahre in Europa ansieht (die



Schweiz bildet da eine Ausnahme) – angefangen bei den Streiks 1968 in Frankreich über den heissen Herbst 1969 in Italien bis zu den wilden Streiks in der BRD –, ging es eigentlich immer um *ein* Problem, nämlich die Verstärkung des gewerkschaftlichen Einflusses im Betrieb. Hier liegt wahrscheinlich das zentrale Problem: In Frankreich ist es möglich geworden, eine Gesetzgebung über «*Le pouvoir syndical dans l'entreprise*» durchzusetzen, die die *Gewerkschaftspräsenz innerhalb des Betriebs* ermöglicht. Eine derartige Gewerkschaft hat natürlich andere Funktionen als eine solche, die notwendigerweise ausserhalb der Fabriktore bleiben muss. Gerade in Zukunft wird es darum gehen, einerseits – damit ist die Demokratisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gemeint – die Forderungen der Basis viel breiter aufzunehmen und in die Vertragsverhandlungen einzuführen, anderseits aber auch den gewerkschaftlichen Einfluss im Betrieb selber zu verstärken.

Bosse sind keine Unternehmerkomplizen...

Bergen solche Rekuperationsversuche eventueller Bewegungen der Basis nicht wieder die Gefahr, dass deren Forderungen verraten werden, indem Bedingungen ausgehandelt werden, die deren objektiven Interessen zuwiderlaufen? Der Gewerkschafter steht ja gewissermassen unter Kontrolle des Unternehmers (Cognac und Schulterklopfen), er muss «glaubwürdig» bleiben – nach dem Ermessen des Unternehmers.

Das ist eigentlich mit dem Wort *Demokratisierung* angedeutet worden. Es muss via Betriebsversammlung ein Forderungskatalog zusammengestellt werden, der das *Mandat der Belegschaft an den Verhandlungsführer* darstellt, so können zumindest die Wünsche, Abänderungsvorschläge und Begehren auf breiter Basis aufgenommen und dann auch effektiv vertreten werden.

...aber man stopft ihnen den Mund

Es müsste eigentlich sofort alles darangesetzt werden – der Prozess erfordert Zeit –, dem Arbeiter wieder zu einem Bewusstsein zu verhelfen, damit er seine Forderungen formulieren und durchsetzen kann. Dieses Bewusstsein ist nicht zuletzt deshalb heute weitgehend erloschen, weil die Gewerkschaften stellvertretend für den Arbeiter Verhandlungen am grünen Tisch führen. Haben Sie konkrete Vorstellungen von einer Strategie, die zu einem Wiedererwachen des Bewusstseins der Arbeiter führen könnte?

Was gesagt worden ist bezügl. Meinungsumfrage an der Basis, bevor man verhandelt, ist ja heute weitgehend bereits der Fall. Das geschieht an Betriebsversammlungen oder an sog. Berufskonferenzen auf Branchenebene. Der Fehler des Systems liegt in der sog. *Schweigepflicht* während der Verhandlungen, die *unter Ausschluss sowohl der Oeffentlichkeit als auch der Mitgliedschaft* stattfinden. Die Belegschaften, die ihren Forderungskatalog aufgestellt haben, können dann nicht jede Phase der Verhandlungen mitverfolgen.

Wenn Sie diese Schweigepflicht als nicht tragbar erachten, warum brechen sie die Gewerkschafter nicht von sich aus, auf das Risiko hin, bei den Unternehmern nicht mehr «glaubwürdig» zu sein?

Das gehört in den Zusammenhang einer dreissigjährigen Tradition und eines gewissen Verhandlungsklimas, wie es nun in helvetischen Gauen üblich ist. Bis jetzt war diese Schweigepflicht in der Friedensvereinbarung beispielsweise der Metall- und Maschinenindustrie *vertraglich vereinbart*, und die neue Verhandlungsrunde wird nun diese wichtige Forderung auf Transparenz der Verhandlungen durchsetzen. Sowohl der SMUV wie der CMV fordern die Abschaffung der Schweigepflicht.

Die Basis aktivieren – aber wie?

Eine Konsultation der Arbeiter vor Verhandlungen genügt nicht. Es fehlt den Arbeitern heute ganz eindeutig an Militanz. Wäre es nicht eine Funktion der Gewerkschaften, die Militanz der Arbeiterbewegung zu fördern, damit die Arbeiter wieder imstande sind, ihre Forderungen selbst zu erkämpfen, wenn nötig mit einem gewissen Druck, der ja von der Gegenseite auch angesetzt wird?

Ein wichtiges Mittel wäre bestimmt der *Informationsfluss*, von unten nach oben und von oben nach unten, so dass in jeder Phase das Geschick des Forderungskatalogs, der auf dem Wege ist, erkannt werden kann. Es liegt wahrscheinlich auch im Zuge der Zeit, dass eine breitere Aktivierung der Basis in naher Zukunft erfolgen wird, mag das nun auf dem Wege des Protests, der Demonstration oder ähnlicher agitatorischer Mittel geschehen oder nicht. Es liegt durchaus, fast als ein Symptom der Zukunft, eine gewisse Radikalisierung der gewerkschaftlichen Basis in der Luft.

Kommt diese Radikalisierung einfach von selbst, oder haben die Gewerkschaften da schon gezielte strategische Vorstellungen?

Bis jetzt liegen hier weder strategische noch taktische Konzepte vor.

Fremdarbeiter nur schwer ansprechbar

Die Gewerkschaften haben eine Zeitlang den massenhaften Zustrom von Fremdarbeitern geduldet – sie sahen darin die Möglichkeit eines gewissen beruflichen Aufstiegs für die Schweizer –, dann sich ihm auf der politischen Ebene verbal widersetzt. Sehr wenig sah man von ihnen jedoch kommen, was die Organisation der Fremdarbeiter betrifft.

Das ist vielleicht etwas pauschal gesagt. Die Gewerkschaften haben in der Tat in einer ersten Phase (in den fünfziger Jahren) einen Stopp des Ausländerzustroms verlangt. Nebenbei liefen aber doch auch Bestrebungen, *die Ausländer in die schweizerische Gewerkschaftsbewegung zu integrieren*. Wir müssen heute leider feststellen, dass das zu einem grossen Teil Wunsch blieb. Nur etwa 15% der ausländischen Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. Die Gründe für diesen geringen Organisationsgrad müssen wahrscheinlich z. T. der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung angelastet werden, zum andern sind sie aber auch bei den Ausländern selbst zu suchen. Der Hauptgrund liegt m. E. darin, dass der Ausländer sich in der Schweiz als jemand fühlt, der *transitorisch* hier im Lande weilt und arbeitet. Dieser provisorische Status begünstigt einen Beitritt, der doch auch Verpflichtungen mit sich bringt, nicht. Dazu kommen praktische Schwierigkeiten: Die Gewerkschaften waren nicht unbedingt ausgerüstet, um z. B. *Sprachbarrieren*, die bei vielen Ausländern vorhanden sind, zu überwinden und damit Dienstleistungen zu offerieren, die auch für die Ausländer attraktiv sind. Vielleicht noch eine weitere Ueberlegung: Die Ausländer bringen ein ganz *anderes Verständnis gegenüber der Gewerkschaftsarbeit* mit als die einheimischen Arbeitnehmer. Denken wir z. B. an die Spanier, die herkommen aus einem Land, in dem eine *obligatorische Korporationen-«Gewerkschaft»* existiert, die *sindicatos españoles*. Es ist darum ausserordentlich schwierig, die Ausländer mit der «*Gewerkschaftsideologie*» schweizerischer Prägung vertraut zu machen.

Es spricht eine gewisse Resignation aus Ihren Aeusserungen. Die Perspektiven, die hier bestehen, beschränken sich doch weitgehend auf Wunschvorstellungen oder programmatische Punkte. Hätten nicht auch auf diesem Sektor die Gewerkschaften strategische Vorstellungen entwickeln müssen, wie die Ausländer zu organisieren sind? Denn sie bilden ja bei uns den allerschlechtest gestellten Teil des Proletariats. Schweizer und Ausländer sollten dazu gebracht werden, zu erkennen, dass sie gleichgelagerte Interessen haben, und diese solidarisch zu verteidigen. Wird dies vernachlässigt, so drohen rassistische oder faschistische Verhaltensweisen Platz zu greifen, wie dies ansatzweise die Reaktion der Schweizer Arbeiter auf die Schwarzenbach-Initiative zeigte oder wie es in jüngster Zeit bei den wilden Streiks der Türken in der BRD zu beobachten war, wo die deutschen Arbeiter als Streikbrecher auftraten.

Von einer gewerkschaftlichen Dachorganisation her kann man wahrscheinlich nicht viel anderes tun, als für eine *rechtliche Besserstellung* der Ausländer einzustehen und alles zu begünstigen, was auf eine *Integration*, eine menschenwürdige und sozial befriedigende Eingliederung der Ausländer in unsere schweizerische Gesellschaft hinausläuft. Ich verstehe dabei Integration als einen wechselseitigen Prozess zwischen Einheimischen und Ausländern, nicht als ein Einschmelzen unter Aufgabe der Kultur, der Mentalität und der Haltung des Ausländers. Wir sind bereits verschiedentlich vorgestossen, um eine Verbesserung der Rechtsstellung der Ausländer zu erreichen, worunter vor allem das begriffen werden soll, dass *alle Diskriminierungen wegfallen* in bezug auf Freizügigkeit, Stellen-, Berufs- und Kantonswechsel, Familiennachzug, aber auch auf Mitsprachemöglichkeiten in politischen Fragen, z. B. auf der Ebene der Schulgemeinden, der Kirchgemeinden, wo doch eine totale Gleichstellung der Ausländer mit den Schweizern gegeben sein sollte. Das gleiche gilt für die Integrationsbemühungen.

Einzelne unserer Berufsverbände haben enorme Investitionen getätigt, um zugunsten der Ausländer Dienstleistungen zu erbringen, also sie nicht bloss zu organisieren, sondern auch zu betreuen, deshalb möchte ich hier doch nicht so pauschal eine Verurteilung vornehmen. Die Ausländer haben auch Aufstiegsmöglichkeiten im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung. So wurde Kollege Guiseppe Bosa am letzten Kongress des CMV zum Vizepräsidenten dieses Verbandes gewählt.

Mitbestimmung verändert das System

Wir haben vorhin programmatische Forderungen mehr strategischen Aspekten gegenübergestellt. Die wichtigste programmatische Forderung der Gewerkschaften ist z. Z. sicher die Mitbestimmung. Einer der heftigsten Einwände von der rechten Seite gegen die Mitbestimmung lautet, sie gefährde die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft.

Die Funktionsfähigkeit wird ja auch im bundesrätlichen Gegenvorschlag als ein Eingrenzungskriterium angeführt. Der vielleicht umfassendste Erfahrungsbericht bezüglich der Mitbestimmung – in diesem Fall der paritätischen Mitbestimmung –, der sog. *Biedenkopf-Bericht* (Biedenkopf ist jetzt CDU-Generalsekretär in der BRD), hat eindeutig nachgewiesen, dass *die Funktionsfähigkeit im unternehmerischen Bereich durch die Mitbestimmung nicht angetastet worden ist*. Im Gegenteil: die unternehmerischen Entscheide seien *sogar verbessert* worden, indem der Argumentationshaushalt – so der Bericht – bereichert worden sei durch die Gesichtspunkte, die von Arbeitnehmerseite in den Entscheidungsprozess eingebracht worden sind.

Wenn wir den Betrieb oder das Unternehmen nicht einseitig als eine Eigentums- und nur Eigentumssache auffassen, sondern als ein *soziales Gebilde*, lassen sich auch für diesen Ausschnitt der Gesellschaft die gleichen demokratischen Prinzipien zur Anwendung bringen, wie sie für den staatlichen Bereich gelten. Hier meine ich, dass vor allem die Einsetzung der unternehmerischen Organe, deren Funktionieren und v. a. deren Kontrolle durchaus demokratisch zu strukturieren sind.

Sie haben mit Verweis auf den Biedenkopf-Bericht betont, dass die Arbeitermitbestimmung die Unternehmerentscheide verbessern würde. Es ist ein erklärtes Ziel der Initianten, eine «Parität von Kapital und Arbeit» zu etablieren, die – so kürzlich die Gewerkschaftskorrespondenz – eine entscheidende Korrektur der kapitalistischen Ordnung darstelle. Da damit an der Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital nichts geändert wird, läuft eine solche Mitbestimmung nicht einfach darauf hinaus, dass Entscheide, die weiterhin von Unternehmern gefällt werden, von den Arbeitnehmern einfach noch kautioniert werden dürfen, dass die Arbeitnehmer dazu verurteilt werden, das System, das weiterhin zugunsten der Kapitaleigentümer funktioniert, mitverwalten zu müssen?

Ich glaube, dass die paritätische Mitbestimmung so etwas wie eine *Systemveränderung* zur Folge haben wird. Ich glaube nicht, dass die Parität eine Status-quo-Erhaltungsfunktion hat, sondern, wenn wir tatsächlich zur Parität zwischen Kapital und Arbeit kommen, so verändert das jetzige System weitgehend seinen Charakter. Heute haben wir eine einseitige Kapital- und Eigentumsorientierung, ohne dass die Arbeit die Möglichkeit hätte, sich zu artikulieren, geschweige denn in irgendwelche Entscheide einzugreifen. Wenn wir zu einer Parität kommen, so werden damit doch geltende Gegebenheiten in Frage gestellt, indem nun ein Produktionsfaktor, der bisher mundtot war, zu einem Mittragen kommt.

Sie würden also die paritätische Mitbestimmung in der Terminologie von André Gorz als eine systemtranszendierende Reform bezeichnen, als eine Veränderung des Systems mit den Mitteln dieses Systems.

Ja, wir kommen weg von einem rein kapitalistischen System, wir treten in ein neues System ein, *wo Arbeit und Kapital gleichberechtigt nebeneinander stehen.*

Strukturierung ohne Härten

Was passiert konkret mit der Mitbestimmung, wenn z. B. aus «Rentabilitätsgründen» ein Betrieb geschlossen wird? Dürfen dann die Arbeitnehmer mit der Mitbestimmung den Entscheid einfach noch kautionieren, damit der Betrieb mit ihrem Segen geschlossen werden kann? Die Arbeiter könnten wohl in einem solchen Fall rein nichts ausrichten, weil eben die Kapitaleigentümer über die Rentabilität entscheiden. Man kann hier auf die Erfahrungen in der deutschen Montanindustrie verweisen. Obwohl dort die Arbeiter seit den fünfziger Jahren relativ weitgehende Mitbestimmungsrechte haben, konnten die negativen Folgen, die man mit der Mitbestimmung verhindern wollte, eben nicht verhindert werden (Betriebsschliessungen).

Ich glaube kaum, dass ein Betrieb, der tatsächlich nicht rentabel und nicht durchzuhalten ist, unter allen Umständen aufrechterhalten werden muss. Strukturbereinigungsprozesse in der Wirtschaft sind nötig, und das Beispiel der *Montanindustrie* in der BRD hat doch gezeigt, dass die ganze Rückbildung des Bergbaus, die in den letzten 20 Jahren notwendig geworden ist, ohne soziale Härten durchgeführt werden konnte, dass die paritätische Mitbestimmung zumindest in bezug auf die Auswirkungen dieser Strukturbereinigungsprozesse eine heilsame Rolle gespielt hat.

Man hat ja aber in letzter Zeit wiederholt feststellen können, dass Betriebsschliessungen einfach dann «notwendig» werden, wenn die Rentabilität für den Unternehmer nicht mehr gegeben ist, auch wenn die Produktion noch durchaus erhaltungswürdig wäre (es hat sich z. B. niemand über die Qualität der Lip-Uhren beklagt); also wenn der Tauschwert der Produktion zu niedrig wird, ohne dass diese darum an und für sich wertlos zu sein braucht. Die Massstäbe des Notwendigen setzt bei uns immer noch eine Minderheit: diejenige, die die Produktionsmittel besitzt.

Die Mitbestimmung bringt eine gewisse Gleichberechtigung: keine Seite kann die andere überstimmen. Für Betriebsschliessungen könnte eine Formel gefunden werden, wie ein Vetorecht der Betriebskommission, wie es etwa in der BRD existiert, oder ein gerichtliches Einspruchsverfahren wie in Holland; man könnte da zusätzliche Sicherungen einbauen.

Internationale Mobilisierung

Die Bedeutung solcher Abstimmungen oder Gerichtsentscheide ist natürlich nur relativ. Die Kapitalinhaber verfügen über die verschiedensten Mittel, um solche Entscheide zu umgehen. Eines davon ist die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Dies hat unter anderen insbesondere den Vorteil, die Arbeiter auf mehrere Länder zu verstreuen und so die Gefahr sozialer Konflikte und die Anfälligkeit des Unternehmens auf Streiks z. B. auf ein Minimum zu reduzieren. Für die Gewerkschaften bedeutet das u. U. eine beträchtliche Erschwerung ihrer Aktivität oder zwingt sie zumindest zu gemeinsamen Aktionen auf internationaler Ebene.

Die Multinationalisierung der Wirtschaft verlangt auch eine verstärkte *Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung*. Im europäischen Rahmen sind bereits Erfolge erzielt worden in dieser Richtung, nicht bloss auf Branchenebene, z. B. im Automobilsektor, wo es zu gemeinsamen Aktionen von Franzosen und Italienern gekommen ist (Citroën, Fiat), oder im holländischen AKZO-Konzern (gemeinsamer Streik von Holländern, Belgiern, Franzosen). Es ist von IBFG-Seite möglich geworden, einen *europäischen Gewerkschaftsbund*, der 30 Mio. Arbeiter umfasst, zu schaffen. Er soll erweitert werden durch weitere Beitritte von WVA-Organisationen (3 Mio.). Da er noch kaum ein Jahr alt ist, muss er seine Struktur und wahrscheinlich auch seine Arbeitsweise, seine Aktionsmittel noch finden.

Es wird darauf ankommen, dass dieser europäische Gewerkschaftsbund, dem man alle Chancen einräumen kann, *Fachkommissionen* auf die Beine stellt, die im Sinne von Fachinternationalen agieren können, also im berufsspezifischen Bereich. Der europäische Gewerkschaftsbund dürfte also *nicht bloss ein Forum* werden, wo nationale Dachorganisationen sich gegenseitig zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zusammenfinden.

Und die White Collars?

Der teritäre Sektor ist im Begriff, in der Schweiz dem sekundären immer mehr an Bedeutung abzugewinnen. Die Angestellten spielen in diesen Sektoren eine immer grössere Rolle. Die Schweiz wird zusehends zum Verwaltungszentrum einer ins Ausland verlagerten Produktion. Wie treten die Gewerkschaften dieser Entwicklung gegenüber?

Die Gewerkschaftsbewegung steht vor dem Phänomen, dass *der traditionelle Arbeiter auszusterben droht* und dass die Entwicklung weg vom Mann im blauen Overall hinläuft zu den sog. *White Collars*. Die schweizerischen Gewerkschaften – das gilt nicht bloss für den CNG – haben seit langem die Organisation und Betreuung dieser White Collars *vernachlässigt*. Sie sind weitgehend Arbeiter-Gewerkschaften geblieben, ohne viel Einfluss gewinnen zu können auf die Angestellten und auf die Kader (mit Ausnahme des öffentlichen Sektors). Es muss eine der Zukunftsaufgaben der Gewerkschaftsbewegung sein, in diese Arbeitnehmerschichten ebenfalls repräsentativ einzudringen. Wir müssen wegkommen vom traditionellen Berufsverband und sog. *Industriegewerkschaften* aufbauen, die allen Angehörigen der Branche, in Zukunft vielleicht des Wirtschaftssektors, offenstehen.

Soll die Mitbestimmung nicht einfach ein Alibi für den Unternehmer werden, so sind sicher zumindest gewisse Anstrengungen auf dem Weiterbildungssektor erforderlich.

Weiterbildung und *Mitbestimmung* sind in einem sehr engen *Konnex* zu sehen. Die Mitbestimmung kann nicht zum Tragen kommen, ohne dass eine *Gewaltanstrengung im Bildungsbereich von Gewerkschaftsseite* vorgenommen wird. Wir haben bis jetzt Bildung betrieben, aber vielleicht allzu sehr stückwerkartig, es muss eine grössere Systematik in die Bildungsbestrebungen hineingebracht werden. Bildung oder Weiterbildung sollte so etwas wie ein *Schlagerprodukt* im Dienstleistungssortiment einer modernen Gewerkschaft werden.

An wen richtet sich diese Weiterbildung?

Wichtig für die Gewerkschaftsbewegung sind sicher einmal die *Kader*. Kader müssen geschult werden, das gilt für die Gewerkschaftssekretäre wie für die Militanten. Und wenn wir schon von einer Aktivierung der Basis gesprochen haben: für die Mitinteressierung der Basis im Betrieb werden gerade diese Leute von sehr grosser Wichtigkeit sein. Auf der andern Seite aber soll jedem Gewerkschaftsmitglied ein Bildungsangebot offeriert werden. Es wird da einige finanzielle Schwierigkeiten geben; man wird das System über ein paar Jahre aufbauen müssen. Es besteht auch das Postulat des *Bildungsurlaubs*, da es sich erwiesen hat, dass sporadische Bildungsveranstaltungen in bezug auf eine systematische Bildungsarbeit nichts hergeben. Mindestens eine Woche Bildungsurlaub pro Jahr für jedermann, der ihn benützen will, sollte durchgesetzt werden.

Zielrichtung dieser Bildung wird sein eine Erhöhung der Allgemeinbildung – um es so unpädagogisch zu formulieren –, aber vor allem eine *Erhöhung des Verständnisses des Arbeitnehmers für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge*, damit er auch *Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, Machtverhältnisse, Herrschaftsstrukturen* kritisch zu durchdringen vermag. Zielrichtung muss sein, dass der Arbeitnehmer befähigt wird, aufgrund auch von Sachwissen (betriebs- und volkswirtschaftliche Elemente) an den Entscheidungen effektiv beteiligt zu werden.

Bedeutet «Befähigung» einfach, dass der Arbeiter dazu gebracht werden soll, im Sinn derjenigen zu entscheiden, die heute an den Schalthebeln sind, also die «wirtschaftlichen Notwendigkeiten» einzusehen, oder geht das so weit, dass der Arbeiter wieder ein Klassenbewusstsein heranbildet, d. h. zu einem antikapitalistischem Bewusstsein kommt?

Ich würde meinen, mit dem Wort *kritisch*, das ich vorhin benützt habe, ist das ohne weiteres mitgemeint. Auf der andern Seite hat Bildung aber auch eine für die Selbstverwirklichung des Arbeitnehmers wichtige Komponente. Es ist also nicht bloss eine kampfbetonte Bildung, sondern es ist auch eine für ihn selber wertvolle Bereicherung, im Sinne seiner persönlichen Selbstentfaltung.

Herr Casetti, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Nicht nur international, auch in der Schweiz wird ein Zusammenspannen der Gewerkschaften mit Sicherheit unumgänglich. Es stellt sich daher die Frage nach der möglichen Schaffung einer Einheitsgewerkschaft zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund.

Guido Casetti meint, die Voraussetzungen für eine Einheitsgewerkschaft seien im Augenblick noch nicht gegeben, da die Programme und die ideologische Basis der beiden grössten Schweizer Gewerkschaften noch zu verschieden seien.

Die institutionalisierte Zusammenarbeit sei bisher immer noch ein Wunsch geblieben, meint Casetti. Auf der Ebene der Spitzenorganisationen habe sie im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsinitiative gespielt. Bei einzelnen Verbänden funktioniere sie gut – so in der Baubranche zwischen CHB und SBHV –, bei anderen gar nicht, z. B. zwischen den öffentlichen Personalverbänden oder in der Metall- und Maschinenbranche (CMV–SMUV).

Eine institutionalisierte Zusammenarbeit, die das gegenseitige Sich-Anerkennen als gleichwertige Partner bedinge, sei der erste Schritt. Erst dann habe die Diskussion über einen eventuellen Zusammenschluss überhaupt einen Sinn.

Zuversichtlich stimmen die Verhandlungen auf internationaler Ebene zwischen IBFG und WVA, die auch auf die Verhältnisse in der Schweiz Rückwirkungen haben werden.

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30. Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH–8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 2. November
Inseratenschluss: 9. November

Notizen zur Diskussion über die Mitbestimmung der Lohnabhängigen in der Wirtschaft:

Wo liegen die Schranken der Demokratisierung?

Ende August 1971 haben bekanntlich der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz und der Schweizerische Verband evangelischer Arbeitnehmer ihre Mitbestimmungsinitiative (mit mehr als 160 000 Unterschriften) eingereicht. Die Initiative verlangt eine Ergänzung der Bundesverfassung, durch die der Bund befugt wird, Vorschriften aufzustellen «über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in Betrieb, Unternehmung und Verwaltung». Ende August dieses Jahres hat nun der Bundesrat seinen Gegenvorschlag veröffentlicht. Sein Wortlaut: «Der Bund ist befugt, Vorschriften aufzustellen über eine angemessene, die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmung wahrende Mitbestimmung der Arbeitnehmer.» – Der folgende Artikel befasst sich mit dem Problem «Mitbestimmung» auf relativ grundsätzlicher Ebene. In einem weiteren Artikel in einer der nächsten Nummern werden einerseits schon praktisch erprobte Mitentscheidungsmodelle und die von den schweizerischen Gewerkschaften erarbeiteten Vorschläge vorgestellt, anderseits einige Probleme, die in diesem Artikel nicht zur Sprache kommen, behandelt.

rn

«Richtig eingesetzt, kann das Instrument der Mitbestimmung zu einer Vertiefung des Partnerschaftsgedankens führen, der die schweizerische Arbeits- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte geprägt hat.» (Botschaft S. 174)

Zunächst muss gesagt werden, was hier unter Mitbestimmung zu verstehen ist, werden doch häufig recht unterschiedlich weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten kurzerhand unter dem Begriff Mitbestimmung zusammengefasst. Unterschieden werden:

- das Informationsrecht
- das Mitspracherecht
- das Mitentscheidungsrecht

In den weiteren Ausführungen wird von uns dabei der *Begriff Mitbestimmung immer im Sinn der Mitentscheidung* verwendet. Sowohl beim Informationsrecht wie auch beim Mitspracherecht können die Arbeitnehmer nicht mitentscheiden – in diesen Fällen von Mitbestimmung zu sprechen, ist deshalb nicht gerechtfertigt.

Mitentscheidung kaum vorhanden

Um den Stand der Ausgestaltung der Mitbestimmung in der Schweiz in Erfahrung zu bringen, befragte im Jahr 1972 das Biga 553 Betriebe. Dabei wurde ein Auswahlverfahren angewandt, das die grösseren Betriebe besonders berücksichtigte. Die Auswertung dieser Umfrage zeigt, *dass*

- *«das Schwergewicht der Mitbestimmung bei der Information und Mitsprache und nicht bei der Mitentscheidung liegt»;*
- (bezüglich der Mitentscheidung bei den grundlegenden geschäftspolitischen Massnahmen) *«der Prozentsatz der Betriebe, die in diesem Bereich keine Mitbestimmung in irgendwelcher Form kennen (...), relativ hoch»* ist, *«die Mitentscheidung (...), sofern sie überhaupt gegeben ist, mit steigender Betriebsgrösse abnimmt»;*
- Mitentscheidung, wenn sie überhaupt vorkommt, vor allem bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes zu finden ist (allerdings im ganzen gesehen recht spärlich: bezüglich der Arbeitsplatzbewertung zum Beispiel *«kann ein Drittel der erfassten Arbeitnehmer mitsprechen und ein Achtel (!) mitentscheiden»).*

Also: keine Mitentscheidung bei grundlegenden geschäftspolitischen Massnahmen, Mitbestimmung nur in sehr geringem Ausmass bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes.

Die ungleiche Verteilung des Einflusses von Kapitaleignern einerseits und Lohnabhängigen andererseits in der Wirtschaft ist sicher kein neuartiges Phänomen. Auch die Forderung nach vermehrten Mitentscheidungsrechten der Arbeitnehmer ist in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gestellt worden. Wieso aber haben derartige Forderungen gerade in den letzten Jahren zugenommen? Zunächst lassen sich zwei generelle Tendenzen *(trennbar nur zu Zwecken der Analyse)* unterscheiden:

«Innerbetriebliche» Faktoren

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen (verstanden im weitesten Sinn) erfolgt im allgemeinen nur in sehr beschränktem Ausmass:

- Neuerungen bezüglich Technologie und Arbeitsorganisation, die die bestehende Profitspanne schmälern, werden nicht eingeführt, obwohl sie von der Funktionalität im Produktionsprozess her gesehen durchaus möglich wären.
- Neuerungen hingegen, die die Profitspanne nicht nach unten drücken, sondern anheben – ein grosser Teil der heute in der Regel eingeführten Neuerungen dürfte dieser Kategorie zuzuordnen sein –, führen vielfach (oft verdeckt durch «flankierende Massnahmen») zur Verschlechterung der Qualität des Arbeitsplatzes und der auszuführenden Arbeit (Intensivierung der Arbeit, Parzellierung der Arbeit etc.) und zur «Verramschung» respektive Entwertung von Arbeitskraft (erzwungene Uebernahme von Beschäftigungen, die nicht den vorhandenen Qualifikationen entsprechen; erzwungenes Ausscheiden aus dem Betrieb ohne Möglichkeit, innert nützlicher Frist und auf finanziell tragbare Art und Weise neue berufliche Qualifikationen zu erwerben).

Die «neuen Führungsmethoden» (kooperative Führung etc.), mit denen versucht wird, die emotionale Bindung des Lohnabhängigen an (weiterhin weitgehend fremdbestimmte) Aufgaben und an den Betrieb als Ganzem zu verstärken, vermögen auf die Länge nicht zu verdecken, dass

- die betriebliche Kommunikation weiterhin recht einseitig ist (Disposition oben, Ausführung unten);
- die Herrschaftshierarchien weiterbestehen – auch wenn versucht wird, diese mit Hilfe von Human-relations-Methoden in den Augen der Lohnabhängigen auf weiter nicht mehr zu legitimierende, weil von den technologischen «Sachgesetzlichkeiten» her gegebene Funktionshierarchien zu reduzieren.

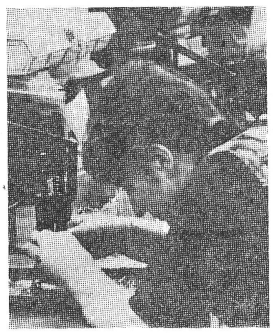
«Ueberbetriebliche» Faktoren

Die Folgeprobleme einer weitgehend nur dem partikulären Profitmotiv folgenden wirtschaftlichen Entwicklung (Umweltverschmutzung, Nichtbefriedigung kollektiver, sich unter Umständen nicht als zahlungskräftige «marktgerechte» Nachfrage manifestierender Bedürfnisse etc.) werden aktuell und treten allenthalben als die *Qualität des Lebens* schmälernder Faktor ins Bewusstsein.

Die Konzentrationsbewegungen in der Wirtschaft, die «Internationalisierung des Kapitals» führen im wirtschaftlichen Bereich zu Machtballungen, die in breiten Bevölkerungskreisen – nicht nur in «linken» – immer weniger legitimiert scheinen. Gegenüber diesen Machtballungen verliert der Staat immer mehr an Macht, oder anders gesagt: es wird immer weniger möglich, die Mächtigen der Wirtschaft, die Konzernherren zu einem bestimmten – im über das relativ demokratisch strukturierte öffentliche Gemeinwesen artikulierte Interesse liegenden – Verhalten zu bewegen. Die Konzerne erhalten so immer mehr die Möglichkeit, Strukturpolitik auf eigene Faust zu betreiben (Betriebsverlagerungen und -schliessungen etc.).

Verbesserung der Qualität des Lebens ...

Diese beiden eben genannten Entwicklungen – die «innerbetriebliche» und die «überbetriebliche» – führen,



Kampf gegen die Monotonie am Arbeitsplatz

verstärkt noch durch die relativ starke Position der Lohnabhängigen in einer Zeit des Arbeitskräftemangels, zur

- Aktualisierung von *Forderungen nach einer generellen Verbesserung der Qualität des Lebens* (d. h. Forderungen nach der Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, nach einer humanen Gestaltung und Nutzung der Umwelt, nach einer an den Prinzipien des kollektiven Wohls orientierten Wirtschaftspolitik);
- Bewusstwerdung der Diskrepanz zwischen – zumindest dem Anspruch nach – demokratisch strukturiertem Staat und der relativ autokratisch strukturierten Wirtschaft;
- Bewusstwerdung des auch in einer von der politischen Struktur her gesehen relativ demokratischen kapitalistischen Gesellschaft vorhandenen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit – hierzulande oft verdeckt und *quasi aufgehoben* in der vielgelobten Sozialpartnerschaft.

...durch vermehrte Mitentscheidungsrechte im Betrieb

Auf diesem Hintergrund sind die Forderungen nach vermehrten Mitentscheidungsrechten der Lohnabhängigen in Betrieb und Unternehmung zu sehen. Konkreter die Forderungen nach

- der *«Humanisierung des Arbeitsprozesses»:*

– maximale Ausschöpfung der technisch schon heute möglichen, die Selbstbestimmung des Arbeitenden fördernden Rationalisierungsmassnahmen; Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Forschung auf dieses Ziel hin;

– maximale Ausschöpfung der heute schon bekannten, die Selbstbestimmung des Arbeitenden fördernden Modelle für die Organisation der Arbeitsprozesse; planmässige und forcierte Entwicklung neuer derartiger Modelle;

– grosszügige Förderung der beruflichen und allgemeinen Bildung und Weiterbildung der Lohnabhängigen (periodischer Bildungsurlaub, in den Arbeitsprozess integrierte Weiterbildungsveranstaltungen etc.);

- der *«Parität von Arbeit und Kapital»:*

Die Zielsetzung und die Organisation des Wirtschaftsprozesses sollen von den Faktoren Arbeit und Kapital respektiv deren Repräsentanten gemeinsam festgelegt werden. Ziel ist dabei die Orientierung des Wirtschaftsprozesses an den Prinzipien des kollektiven Wohls.

Dass derartige Forderungen auf Widerstand stossen, ist nicht weiter verwunderlich. Im folgenden werden einige der verbreitetsten Einwände gegen die Einführung vermehrter Mitentscheidungsrechte der Lohnabhängigen in Betrieb und Unternehmung etwas genauer betrachtet.

Wie teilbar ist die Mitbestimmung?

«Die ideologisch und machtpolitisch motivierte Forderung nach Mitbestimmung im unternehmerischen Bereich verunmöglicht oder erschwert zumindest die Hauptaufgabe unserer Zeit: dem Menschen im Betrieb seinen Mitwirkungsbereich zu verbreitern, ihn in die Gesamtheit der betrieblichen Gemeinschaft zu integrieren und ihm persönliche Entfaltungsmöglichkeiten zu gewähren. Statt einer ideologischen oder machtpolitischen Mitbestimmung (...) ist eine Mitbestimmung notwendig, ‚die auf der tiefen Achtung vor dem Mitarbeiter als Menschen beruht, aber auch auf der Achtung vor dem Wissen und Können derjenigen, die tatsächlich etwas Wertvolles zum Entscheidungsprozess beizutragen haben'.» (Allensbach)

Dass die Mitbestimmung am konkreten Arbeitsplatz zentral ist, wird wohl von keiner Seite bestritten. Sie ist heute an vielen Orten – wie die Biga-Umfrage zeigt – gerade in Fragen, die die Gestaltung des Arbeitsplatzes betreffen, überhaupt noch nicht vorhanden. Im weitern geht es nicht nur darum, die in den sich «fortschrittlich» nennenden Unternehmen verwirklichten Lösungen auf andere Unternehmen zu übertragen, sondern auch um eine *Weiterentwicklung und Vertiefung* derartigr Modelle.

Daneben aber ist festzustellen, dass – auch wenn bestimmte Teile des Arbeitsprozesses von den Ausführenden unten quasi autonom organisiert werden können – Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen, die sich nicht logisch aus den funktionalen Erfordernissen des Arbeitsprozesses ergeben, bestehen bleiben. Diese Abhängigkeiten sind durch Mitentscheidungsrechte der Lohnabhängigen, die die delegierten Aufgaben auszuführen haben, auf der Ebene der delegierenden Instanzen abzubauen. In diesem Sinne ist der Zusammenhang zwischen (wenn auch beschränkter) Kontrolle über den Einsatz der Produktionsmittel und die Bestimmung der Produktionsziele einerseits und der Selbstverwirklichung im Arbeitsprozess und «Zufriedenheit» andererseits sicher enger, als zum Beispiel im folgenden angenommen wird.

«Die Vorstellung, dass der Anteil am Besitz (‚Besitz von' als ein Spezialfall von ‚Kontrolle über' – d. V.) der Produktionsmittel die ‚Menschwerdung' entscheidend beeinflusst, ist offensichtlich marxistischer Herkunft, von einer Ueberschätzung organisatorischer und gesetzlicher Massnahmen geprägt und vom individualethischen Standpunkt aus unhaltbar. Die Achtung und Wertschätzung der Arbeiter in einem Betrieb (...) hängt letztlich vom Geist ab, der in einem Betrieb herrscht.» (Müller)

Es besteht die Gefahr, dass Mitbestimmung, die sich auf die (oder Teile der) Gestaltung des Arbeitsplatzes beschränkt, planmässig als mobilisierende, produktionssteigende und – zumindest vorübergehend – konfliktdämpfende *Human-relations-Methode* eingesetzt werden kann. Der «Geist» der in einem Betrieb herrscht, das Betriebsklima also (wobei dann noch die Frage zu stellen wäre: Wer bestimmt das Betriebsklima?), wird verbessert, die Abhängigkeiten aber bleiben. Dies ist nicht verwunderlich: Auf die Länge wird es unmöglich sein, durch ein «angenehmes Betriebsklima» objektiv bestehende Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen erfolgreich zu übertünchen.

Gefährdung der «Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit»?

«Dabei geht es keineswegs darum, einen Gegensatz zwischen Mitbestimmung einerseits und Funktionsfähigeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen andererseits zu konstruieren. Diese Prinzipien lassen sich durchaus miteinander vereinbaren. Dass es zwischen ihnen nicht zu Zielkonflikten kommt, hängt von der richtigen Ausgestaltung der Mitbestimmungsnormen ab.» (Botschaft S. 188)

Wahrung der *Funktionsfähigkeit* heisst dabei so viel wie keine Beeinträchtigung des *«Ablaufs des Entscheidungsprozesses»* – vor allem in den Spitzenentscheidungsorganen der Unternehmen:

«Die Funktionsfähigkeit kann auch durch Fraktionsbildungen in den Unternehmungsorganen beeinträchtigt werden. Deren Entscheide sollen sachbezogen sein und den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Rechnung tragen. Eine Verpolitisierung des Entscheidungsprozesses dürfte weder für die Unternehmung noch für ihre Arbeitnehmer auf die Dauer von Nutzen sein.» (Botschaft S. 188)

Die zu wahrende Wirtschaftlichkeit – *«nicht nur eine rationelle Betriebs- und Unternehmungsleitung (...), sondern auch eine nach wirtschaftlichen Prinzipien konzipierte und insbesondere auf die Rentabilität ausgerichtete Führung der Unternehmung»* – wird dabei relativiert:

«Dabei ist das Rentabilitätsprinzip keineswegs identisch mit dem reinen Gewinnstreben der Eigentümerseite. Das Prinzip der Rentabilität zielt nicht nur auf die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Ertrags ab, sondern es sind auch gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte zu beachten, die im wohlverstandenen Interesse sowohl der Kapitaleigner als auch der Arbeitnehmer liegen.» (Botschaft S. 189)

Die Lösung des hier offensichtlich wahrgenommenen Zielkonflikts zwischen den Bedürfnissen nach Wahrung der «Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit» einerseits und der Notwendigkeit, vermehrte Mitwirkungsrechte einzuräumen, andererseits soll in der Entwicklung von Mitbestimmungsmodellen bestehen,

«... die es erlauben, wie es zum Beispiel im Biedenkopf-Bericht heisst, ‚soziale Gesichtspunkte in die Zielfunktion der Unternehmen in stärkerem Masse als bisher einzubringen, ohne dass die Befürchtung berechtigt wäre, die Orientierung am Ziel der Produktivität und Wirtschaftlichkeit und damit die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen würden Schaden leiden'.» (Botschaft S. 189)

Zielkonflikt keine «Natur»-Gesetzlichkeit ...

Dass heute aufgrund struktureller Voraussetzungen ein derartiger Zielkonflikt existiert, ist nicht von der Hand zu weisen:

- Die Forderung nach Aufrechterhaltung der *«Funktionsfähigkeit* und *Wirtschaftlichkeit»* bezieht sich auf die Erfordernisse eines Wirtschaftsprozesses, in dem

– das private Eigentum an Kapital, die Gewährleistung der Dispositionsfreiheit des Kapitaleigners, zentral ist:

– das zentrale – wenn auch oft verdeckte – Motiv des Wirtschaftens die Erzielung von (möglichst grossem) Profit ist – ein Motiv, für das der Charakter, die Brauchbarkeit der Produkte, durch deren Verkauf Profit erzielt werden soll, nur sekundäre Bedeutung hat;

– die Orientierung der Produktion an den Verwertungschancen auf dem Markt – sofern dieser im klassischen Sinn überhaupt noch existiert –, auf dem die Produkte auf eine zahlungsfähige Nachfrage treffen (oder auch nicht), zentral ist.

- In diesem Prozess des Wirtschaftens würden auch *«gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte (...), die im wohlverstandenen Interesse sowohl der Kapitaleigner als auch der Arbeitnehmer liegen»,* berücksichtigt.

Der Terminus *«gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte»* ist dabei so inhaltsleer wie das Profitmotiv unempfindlich ist gegenüber der konkreten Nützlichkeit und Notwendigkeit der produzierten Waren. Ist damit die maximale Ausrichtung des Produktionsprozesses auf die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse, die Gewährleistung der Selbstentfaltung des einzelnen am Arbeitsplatz, die «Humanisierung des Arbeitsprozesses» gemeint? Oder die Aufrechterhaltung der Dispositionsfreiheit der Kapitaleigner und die (kritiklose) Orientierung am Markt, durch die – wie viele Beispiele zeigen – die kollektiven Bedürfnisse nicht vollumfänglich befriedigt werden?

– Die gleiche inhaltliche Unbestimmtheit haftet auch dem Terminus *«wohlverstandenes Interesse»* an. Sicher ist, dass das (prinzipielle) Interesse der Kapitaleigner, nämlich die Erwirtschaftung eines maximalen Profits (vor allem, wenn man die Gesamtheit ihrer Tätigkeiten betrachtet), nicht notwendigerweise einen Zustand produziert, der im Interesse der Lohnabhängigen und der Gesamtgesellschaft liegt. Es ist daher notwendig, dass die Repräsentanten der Lohnabhängigen den Kapitaleignern dort, wo die wichtigen Entscheidungen fallen, gleichberechtigt entgegentreten. Die Warnung vor einer *«Verpolitisierung des Entscheidungsprozesses»,* die durch den Einbezug von Vertretern der Lohnabhängigen befürchtet wird, schlägt den Sack und meint den Esel: Sind Entscheidungen über Betriebsschliessungen, Betriebsverlagerungen etc., die heute ohne Vertreter der Lohnabhängigen getroffen werden, keine politischen Entscheide?

... sondern eine «soziale» Gesetzlichkeit

Die empfohlene Lösung: *Mitbestimmung ja, aber nur in dem Ausmass, in dem sich an den Zielen des Wirtschaftsprozesses nichts verändert, ist abzulehnen.* Die Einführung der Mitbestimmung in dem von den Initiativgewerkschaften geforderten Ausmass gefährdet nicht die *«Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit»* des Wirtschaftsprozesses schlechthin, sondern bloss dessen einseitige und partikuläre Ausrichtung auf die Erwirtschaftung von Profit und der damit zusammenhängenden Vernachlässigung kollektiver Bedürfnisse.

Darüber hinaus ist es interessant, dass u. a. mit dem Hinweis auf die *«Erkenntnis (...), dass gerade in der partnerschaftlichen Einstellung ein wesentliches Element zur Ueberwindung der ‚Selbstentfremdung' des Menschen im Betrieb liegt»* (Müller), mit dem Hinweis auf die vielgelobte Sozialpartnerschaft also, die (schrittweise) Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Lohnabhängigen und Kapitaleignern zu einer *wirklichen Partnerschaft* («Parität» zwischen Arbeit und Kapital) abgelehnt wird. Offensichtlich sind heute die Freuden der Sozialpartnerschaft allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz doch etwas einseitig verteilt ...

Rolf Nef

In der nächsten Nummer:

- **Demokratie in der Wirtschaft und im Staat**
- **Mitbestimmung: Integration in die Abhängigkeit?**

Anmerkungen

NZZ-Schriften zur Zeit Nr. 29, *«Betriebliche Mitbestimmung und ihre Grenzen»,* darin die Artikel von Dr. K. Müller (zitiert als «Müller») und der Artikel von H. Allensbach (zitiert als «Allensbach»). *«Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses betreffend das Volksbegehren über die Mitbestimmung und einen Gegenvorschlag»,* 22. August 1973 (zitiert als «Botschaft»).

Literaturhinweise

Vilmar F. (Hrsg.), *«Menschwürde im Betrieb»,* Hamburg 1973 (rororo aktuell Nr. 1604).

Littek W., *«Industriearbeit und Gesellschaftsstruktur»,* F/M 1973.

Hörning K. H. (Hrsg.), *«Der ‚neue' Arbeiter – zum Wandel sozialer Schichtstrukturen»,* F/M 1971 (fibü 6502).

Schumm U., *«Herrschaft in der industriellen Arbeitsorganisation»,* F/M 1972 (es 528).

Kern H./Schumann M., *«Der soziale Prozess bei technischen Umstellungen»,* F/M 1971.

Kern H./Schumann M., *«Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein»,* F/M 1970.

Bohle F./Altmann N., *«Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit»,* F/M 1972.

Jungblut M., *Nicht vom Lohn allein – elf Modelle für Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung»,* Hamburg 1973.

Vilmar F., *«Modelle und Strategien der Demokratisierung»,* Neuwied 1971.

Greiffenhagen M. (Hrsg.), *«Demokratie in Staat und Gesellschaft»,* München 1973.

jobs

Stellen-anzeiger

für Studenten der Hochschulen, Techniken und Lehrerseminare

Bremgarten AG

Für unsere Primarschule und Kindergartenabteilungen suchen wir — mit Eintritt nach Uebereinkunft

Logopädin

Wochenpensum etwa 15 Stunden; es besteht jedoch die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden ein Vollpensum zu übernehmen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung und stehen für weitere Auskünfte gerne zu Ihrer Verfügung.

Schulpflege Bremgarten, zuhanden Herrn Peter F. Oswald, Präsident, 5620 Bremgarten, Telefon (057) 5 37 33.

Primarschule Frenkendorf BL

Wir suchen für den Herbst 1973 beziehungsweise Frühling 1974

2 Lehrer(innen) für die Unterstufe
1 Lehrer(in) für die Mittelstufe

Besoldung gemäss kantonalem Besoldungsgesetz und Ortszulage.

Vernünftige Klassengrössen.

Auskünfte und Anmeldungen: Dr. K. Schärer, Flühackerstrasse 11, 4402 Frenkendorf BL, Telefon (061) 94 55 23.

Unser Verkaufsprogramm

- Schwefelsäure aller Konzentrationen
- Schwefeldioxid
- Sulfite
- Sulfate
- Phosphorsäure
- Alkaliphosphate
- Silikate
- Trocken- und Adsorptionsmittel (Silicagel und Molekularsieb)
- Chlorderivate
- Produkte für die Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung
- Komplexonite (EDTA) und andere organische Komplexbildner
- Landwirtschaftliche Hilfsstoffe

UETIKON

Chemische Fabrik Uetikon
CH 8707 Uetikon am Zürichsee
Tel. 01-74 03 01, Telex 75675

Basel

An der Sekundarschule (5. bis 8. Schuljahr und Abschlussklassen) ergeben sich auf den 1. April 1974 oder früher mehrere freie

Lehrstellen

5. bis 8. Schuljahr:
Mittel-, Sekundar- oder Primarlehrerdiplom mit Befähigung zum Unterricht als Klassenlehrer in Deutsch, Rechnen und Realien.

Berufswahlklassen:
Zusätzliche Ausbildung als Abschlussklassenlehrer oder in berufsberaterischer Richtung.

Fachlehrer:
Ausbildung für Zeichnen, Handarbeit, Werken oder als Arbeitslehrer(in).

Durchschnittliche Klassenbestände von 24 Schülern im 5. bis 8. Schuljahr, von 16 Schülern im 9. Schuljahr.

Fortschrittliche Schulbehörden. Besoldung, Sozialzulagen und Versicherungen sind gesetzlich und zeitgemäss geregelt.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Angaben über Ausbildung und bisherige Tätigkeit sind zu richten an das Rektorat der Sekundarschule Grossbasel, Rittergasse 4, 4051 Basel.

Rieter

Projektbearbeitung für Reorganisation und komplette neue Spinnereien, Verkaufs- und Abschlussverhandlungen, Offertausarbeitung, Kundenbesuche, technische und kaufmännische Korrespondenz sowie Abklärung und Lösung von vielfältigen technischen Problemen sind die wesentlichen Aufgaben, die unseren zukünftigen, jungen

VERKAUFSINGENIEUR

erwarten.

Nach gründlicher Einführung werden Sie das italienischsprachige Verkaufsgebiet zur weitgehend selbständigen Bearbeitung übernehmen.

Voraussetzungen sind:
Umfassende technische Ausbildung, kaufmännisches Denken, Kontaktfreudigkeit und Verhandlungsgeschick sowie sehr gute italienische Sprachkenntnisse.

Wir sind gerne bereit, Sie über diese Stelle näher zu orientieren. Richten Sie bitte Ihre Bewerbung an die

Maschinenfabrik Rieter AG., Personaldienst Büro
8406 Winterthur, Tel. (052) 86 21 21, intern 230.

«konzept» gibt gratis eine Liste von Aerzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Werden Sie Reiseleiter/in

Erweitern Sie Ihren Horizont. Lernen Sie die Vielfalt unserer Welt kennen. Reisen — die beste Kapitalanlage für das spätere Leben

Erwerben Sie das Wissen an unserem interessanten Fernkurs mit theoretischer und praktischer Ausbildung. Kursdauer: 1. Nov. 73 - 30. April 74. Kursleiter: Herr G. Berz. Rufen Sie an und verlangen Sie unser Kursprogramm. Tel. 01/60 18 16

Reisebüro City Tours
Scheuchzerstrasse 17, 8006 Zürich

Wir suchen

Hilfsarbeiter Magaziner Packer

137 c/79

für einige Wochen oder Monate kostenlose Anmeldung in Zürich, Rennweg 57, 32 06 96

MANPOWER
temporäre Arbeit für alle Berufe

1974 nach den USA

im Sommer als **Camp Counselor;** Frühling bis Herbst als Teilnehmer an einer **Hospitality Tour.**

Mädchen ab 17 Jahren haben Gelegenheit, sich 1 bis 3 Monate als Gäste in amerikanischen Familien aufzuhalten. Auskünfte durch:

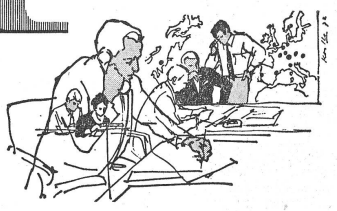
International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Menschen, Güter, Dienstleistungen versichern, heisst vielen Menschen vieles bieten.

Nicht nur als Versicherer, sondern auch als interessante Arbeitgeberin, deren Tätigkeitsbereich sich aus Hunderten von Sachgebieten zusammensetzt. So sind die Chancen für Mitarbeiter gross, die der Ausbildung sowie den Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Stelle bei der Winterthur-Gruppe zu finden.

Sie planen Ihre Zukunft.
Wir auch.
Vielleicht können wir es gemeinsam tun. Darum sollten wir uns kennenlernen.

Wir freuen uns, wenn Sie mehr über Ihre Möglichkeiten bei uns wissen wollen. Rufen Sie einfach Tel. 052/85 11 11 und verlangen Sie den Personalchef.
Sie können sich auch an die Ihnen nahegelegene Regionaldirektion wenden und dort den für Personalfragen zuständigen Mitarbeiter sprechen.



Winterthur UNFALL

Wir entwickeln, fertigen und installieren spektrochemische Grossanalysengeräte, die wir durch Prozessrechnersysteme automatisieren.

Für unsere Serviceabteilung und auch für die Erweiterung unserer Systemgruppe suchen wir mehrere

Ingenieure (TH oder HTL)

- mit Ausbildung oder guter Erfahrung in Elektronik oder Elektrotechnik (nach Möglichkeit Computertechnik)
- mit französischen und/oder englischen Kenntnissen
- wenn möglich mit Kenntnissen auf dem Gebiet Analysentechnik und Laborautomatisierung
- wenn möglich mit Erfahrung in Programmierung von Prozessrechnern in Assembler

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche Tätigkeit:
- Installation, Wartung und Reparaturen unserer Geräte in Europa oder
- Entwicklung, Erweiterung und Modifizierung von Standardprogrammen
- Einsatzplanung, Systemanalyse, Programmierung und Inbetriebnahme von kundenspezifischen Objektprogrammen
- Beratung und Schulung unserer Kunden

In Frage kommende Bewerber erhalten zuerst eine Ergänzungsausbildung in unserem Werk. Je nach Fähigkeiten besteht die Möglichkeit, eine weitere Ausbildung im Bereich der Datenverarbeitung anzustreben.

Wenn Sie diese Voraussetzungen erfüllen und Interesse an der Mitarbeit in einem jungen, internationalen Arbeitskreis haben, bewerben Sie sich bitte bei

APPLIED RESEARCH LABORATORIES S. A.
1024 ECUBLENS, Tel. (021) 34 97 01

Für jeden Beruf

gut bezahlte Arbeit

MANPOWER
weiss wann und wo.
In Zürich: Rennweg 57, 32 06 96

SAL
Schule für angewandte Linguistik

Sonneggstrasse 84, 8006 Zürich, Tel. (01) 26 75 55

Studium Generale und Sprachschulung mit Diplom für:

— Korrespondenten, Uebersetzer, Dolmetscher
— Informations-Linguisten, Publizisten
— Sprachunterricht; Literatur

Sprachanalytisches Institut

— Textkritik und Textgestaltung. Uebersetzungskritik
— Sprachtest
— Soziolinguistische Gruppenuntersuchungen

Herbsttrimester: 9. Oktober bis 15. Dezember
Kurse nachmittags und abends. Ko-Studien.

Einseitiges Engagement für die Bildungselite...

Die Politik der Schweizerischen Hochschulen auf dem Gebiet der «Education permanente»

Im Rahmen der Arbeiten des schweizerischen Wissenschaftsrates für den dritten Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen entstand unter anderem auch eine Bestandesaufnahme über die Politik der Schweizer Hochschulen auf dem Gebiet der Education permanente (1). Dieser Bericht soll demnächst veröffentlicht werden, und so werden im folgenden nicht die Details, sondern nur in pointierender Form die allgemeinen Tendenzen dargestellt.

R. G.

Dazu ist es allerdings zunächst notwendig, sich einige Gedanken über die Bildung in unserer Gesellschaft im allgemeinen zu machen und dann weiter zu fragen: *Was ist diese Education permanente, was kann sie sein, wem kann sie was leisten?* Und weiter: *Welche Rückwirkung wird ihre eventuelle Realisierung auf das Bildungssystem als Ganzes haben, welche Interessen stehen hinter ihrer Realisierung, sind diese Interessen miteinander kompatibel oder sind vielmehr Konflikte vorauszusehen?*

Von einem bildungssoziologischen Ansatz herkommend, hielten wir als Ausgangspunkt unserer Ueberlegungen zwei Facetten der Bildung in unserer Gesellschaft fest: *einerseits* ihren Beitrag zur Differenzierung der Gesellschaft, die durch den Statuscharakter der Bildung zustande kommt (2), *anderseits* aber auch ihre Sozialisierungsaufgabe, ihren Beitrag zur Verankerung bestimmter Werte, Sicht- und Verhaltensweisen in der Gesellschaft.

Monopolstellung der Bildungsinstitution umstritten

Um die genannten zwei Funktionen (Differenzierung der Gesellschaft und Sozialisierung der Individuen) wahrzunehmen, wurde in Gesellschaften wie der unsrigen eine spezifische Institution ausgebildet, die Bildungsinstitution. In ihr sollte *Produktion, Vermittlung und Aneignung* der Bildung vonstatten gehen. Je länger, je mehr wird nun aber von verschiedenen Seiten her diese *Monopolstellung der Bildungsinstitution in Frage gestellt,* denn die Verwaltung der Bildung durch die Bildungsinstitution stellt in verschiedener Hinsicht eine Einschränkung dar: *Die Produzenten und Konsumenten von Bildung sind streng und weitgehend als sich gegenseitig ausschliessend definiert; die Orte, an denen Bildung sanktionierterweise stattfindet, sind als solche gekennzeichnet und von jedermann als solche erkennbar.* Wichtig erscheint auch, dass das heutige Bildungssystem einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erhaltung jenes 4-Phasen-Lebens leistet, das in unserer Gesellschaft weitgehend (3) gilt: Das Leben wird aufgeteilt in Kindheit, Jugend, Berufstätigkeit, Pensionierung. Das Bildungssystem, das darauf spezialisiert ist, den Jugendlichen (und nur diesen) das beizubringen, was sie dann «fürs Leben» brauchen, institutionalisiert so die Jugend als eigenständige Phase in der Biographie des Menschen.

Die genannte Tendenz, die Monopolstellung der Bildungsinstitution zu durchbrechen (resp. die bereits ralisierten Durchbrechungen, vor allem von seiten der Wirtschaft, nun ihrerseits fest zu institutionalisieren), äussert sich verschiedenartig, der gemeinsame Nenner scheint jedoch darin zu bestehen, dass alles im weitesten Sinne ins Konzept der Education permanente einmündet:

So wird vor allem immer wieder die *Beschränkung der Lernphase auf die Jugend in Frage gestellt, aber auch die enge Definition der Orte, an denen Bildung vermittelt und erarbeitet werden kann,* denn es bieten sich auch der Arbeitsplatz oder die Nachbarschaft als Orte des Lernens an. Schliesslich wird auch die *scharfe Rollentrennung zwischen Lehrer und Schüler in Frage gestellt,* indem der Lehrer nicht mehr länger das sogenannte gesicherte Wissen vermitteln, sondern vielmehr zu Forschen und Erklären anregen soll.

Was kann und was soll eine solche neue Bildung, eine Education permanente, leisten?

In einem ersten analytischen Ansatz können *drei verschiedene Konzeptionen der Education permanente* unterschieden werden:

Education permanente als Mittel zu sozialem Aufstieg

Hier wird vor allem der Statusaspekt der Bildung betont und eine Möglichkeit gesucht, diesen Status «nachträglich» erwerbbar zu machen. An der Einrichtung einer solchen Education permanente, die einer kompensatorischen Statusdistribution gleichkommt, dürften vor allem Vertreter jener Altersgruppe interessiert sein, die kurz vor der Expansion der Bildungsinstitution diese verliessen und die in der Folge nun ihren damals erworbenen Bildungsstatus abgewertet, sozusagen inflationiert, sehen. Man könnte eine so konzipierte Education permanente auch unter das Leitmotiv der Chancengleichheit stellen, wobei hier nicht nur an die unterschiedlichen Chancen in den verschiedenen sozioökonomischen Klassen, sondern auch in den verschiedenen Altersgruppen oder in den verschiedenen Regionen eines Landes gedacht wird.

Die englische Open University kann als Illustration gelten: Sie visiert vor allem das Problem der ungleichen Chancen für den Zugang zu den Orten, wo höhere Bildung erworben werden kann, an und versucht, dieses Problem durch den massiven Einsatz von Massenkommunikationsmitteln zu lösen. In diesem Sinne bestehen keine anderen Zulassungsbedingungen als ein Mindestalter von 21 Jahren. – Die Lehrgänge der *Open University* sind sehr stark institutionalisiert, und der formale Status des Bachelor of Arts wird nach erfolgreichem Absolvieren der vier Jahreskurse verliehen.

Education permanente als Mittel zur ökonomischen Leistungssteigerung

Die Education permanente richtet sich hier ausdrücklich an das Individuum in seiner Rolle als Arbeitnehmer. Sie zielt dabei darauf ab, die Effizienz dieser Rollenausübung zu erhöhen, und zwar durch

- *Auffrischung der Berufskenntnisse:* Dieser sogenannten *Recyclage* wird je länger, je mehr Bedeutung zugemessen angesichts der raschen Entwicklung in Wissenschaft und Technik;
- *Umschulung:* Die Formation in einer neuen beruflichen Domäne wird ebenfalls immer wichtiger angesichts der häufigen Fusionen, Konzentrationsbewegungen und Restrukturierungen in der Wirtschaft.

Als Illustrationen bieten sich natürlich die vielen Weiterbildungsveranstaltungen an, die die Wirtschaft selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Instanzen, z. B. den Universitäten, veranstaltet.

Education permanente als Mittel zur kritischen Praxis

Die Bildung, die hier anvisiert wird, soll dazu dienen, dass sich das Individuum in einer komplexen und schnell wandelnden Welt zurechtfinden und selbständig eine Identität definieren kann. – Bildung wird hier konzipiert als *Anleitung zu einem sinnvollen Savoir-être,* zur Selbstrealisierung. – Es ist klar, dass hier die verschiedenen Konzeptionen das ganze Kontinuum von der «kulturvollen Freizeitgestaltung» bis zur Forderung nach umfassender rationaler Selbstbestimmung abdecken können. Was *uns aber besonders interessiert, ist jene Art der Selbstrealisierung, die man als «kritische Praxis» bezeichnen kann.* Wir setzen kritische Praxis und Selbstrealisierung deshalb gleich, weil das bewusste Handeln und nicht das entfremdete Dasein es dem Menschen erst ermöglicht, Gebrauch von allen seinen Fähigkeiten zu machen. Was wir mit kritischer Praxis meinen, entspricht jenem Verhältnis sich selbst und seiner Umgebung gegenüber, das fragend und problematisierend ist: Aehnlich dem Wissenschafter versucht man, die Gegebenheiten analytisch in den Griff zu bekommen, sucht nach den damit in Zusammenhang stehenden Ursachen und Wirkungen, bewertet diese, fällt einen Entscheid und führt diesen durch. Ein solches Verhältnis den Gegebenheiten gegenüber kann man auch als permanenten Lernprozess sehen, wobei dann sämtliche Tätigkeiten «situation éducatives» darstellen.

Als Illustration soll das Beispiel der *University Without Walls* in den USA herbeigezogen werden. Es handelt sich dabei um eine gemeinsame Einrichtung von bis heute 21 amerikanischen Universitäten, *die zum Ziel hat, den Zugang zu den Universitäten zu erweitern, vor allem aber, das traditionelle Bildungskonzept mit seinen eng definierten Bildungsinhalten und den eng definierten Prozessen der Bildungsaneignung in Frage zu stellen.* So zeichnet sich die UWW durch eine *sehr hohe Flexibilität der Curricula* aus, die so weit geht, dass man eigentlich *kaum mehr von institutionalisierten Lehrgängen sprechen kann.* Die *Lehrgänge sind* vielmehr *völlig individualisiert,* und es gelangt eine *grosse Methodenvielfalt* zur Anwendung: Reguläre Kurse und Seminare an der Universität, dann aber vor allem Praktika, Realisierung von Projekten und Reisen usw. werden kombiniert eingesetzt. Das Lehrpersonal besteht vor allem aus Experten aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, aus Wissenschaftern, Künstlern und Politikern. Die Universität selbst versteht sich vor allem als Ort, wo Dienstleistungen zentralisiert und leicht abrufbar sind. – *Es ist offensichtlich, dass durch die extrem kontrakulturelle Konzeption der Organisation dieser Art Bildung ihre gesellschaftliche Anerkennung schwach ist und sie deshalb auch kaum einen Beitrag zum Abbau der bestehenden Bildungsschichtung leistet.* Hier ist vielmehr der Prozess, der Aneignung von neuen Erfahrungen wichtig, ein Prozess, der vor allem als Beitrag zur Selbstentwicklung gewertet werden kann.

Das Engagement der Schweizer Hochschulen

In welcher Richtung verläuft nun die Politik der schweizerischen Hochschulen? Lassen sich ihre Bemühungen anhand des analytischen Rahmens, den wir in den vorhergehenden Abschnitten dargelegt haben, beschreiben? Wo ordnen sie sich ein?

Wir stellten bei unserer Datenerhebung zuerst einmal fest, *dass sich diese Politik noch kaum einen institutionellen Rahmen geschaffen* hat und auch noch kaum in Informationsschriften, geschweige den in Reglementen einen Niederschlag findet. Es verläuft (vorläufig) noch alles sehr dezentralisiert, und der Informationsfluss, vor allem auch hochschulintern, ist sehr gering. Das erschwerte natürlich die Datensammlung, ist seinerseits aber selbst ein Datum über die Situation, die wir analysieren wollten.

Wir unterschieden – das ergab sich zum Teil aus dem Auftrag – *zwischen den Beiträgen der Hochschule zur allgemeinen Education permanente* und zur *Nachdiplomausbildung, der Education permanente also für Leute* mit *Hochschulabschluss.* Dabei stellten wir fest, dass es in beiden Bereichen sozusagen traditionelle Beiträge der Hochschulen gibt: Im Bereich der allgemeinen Education permanente sind es die Teilnahme an der *Volkshochschule und die Einrichtung der Auditoren* (auch Auskultoren oder Fach- resp. Freifachhörer genannt); im Bereich der Nachdiplomstudien das meist *relativ wenig strukturierte Doktorandenstudium.*

Grob vereinfachend – wie dies in einer zusammenfassenden Darstellung zwingend immer der Fall ist – findet sich an den schweizerischen Hochschulen bezüglich der *allgemeinen Education permanente* folgendes Bild:

Es *sind vor allem die traditionellen Hochschulen* (im Gegensatz zu den jüngeren ETH und der HSG), *die sich in diesem Bereich engagieren,* wobei sie aber nur in etwa der Hälfte der erfassten Fälle die Organisation der entsprechenden Veranstaltungen selbst übernehmen und sich zur anderen Hälfte darauf beschränken, ihre Infrastruktur oder ihren Lehrkörper zu Verfügung zu stellen. Es *scheint, dass die Hochschulen nur in einem sehr eingeschränkten Mass eine autonome allgemeine Education permanente betreiben, sie beschränken sich vielmehr auf eine Zusammenarbeit, zum grössten Teil mit Organisationen, die im engeren oder weiteren Zusammenhang mit der Wirtschaft stehen.* Diese Situation findet ihre Entsprechung auf der Ebene der Ziele, die die Hochschulen mit ihren diesbezüglichen Veranstaltungen zu verfolgen angeben: *Es handelt sich meist um eine Weiterbildung im Sinne der beruflichen Recyclage,* wobei es interessant ist anzumerken, dass sich diese Veranstaltungen, auch wenn sie nicht als Nachdiplomkurse konzipiert sind, zu zwei Dritteln an Akademiker richten und nur zu einem Drittel dem sogenannten generellen Publikum offenstehen.

Bezüglich der Nachdiplomstudien ist das Bild völlig anders. Hier sind es vor allem die Hochschulen im französischen Sprachraum, die sich den Ausbau dieser Veranstaltungen zur Aufgabe gesetzt haben, wobei der Schwerpunkt ausdrücklich auf den naturwissenschaftlichen Fächern liegt. *Fast immer übernehmen hier die Hochschulen die Organisation selbst,* und eine Zusammenarbeit findet vor allem mit anderen Hochschulen im In- und Ausland, kaum aber mit einem hochschulexternen Milieu statt. Parallel zu den Befunden bezüglich der allgemeinen Weiterbildung ist für die Nachdiplomveranstaltung festzuhalten, dass *auch hier der Akzent beinahe ausschliesslich auf der beruflichen Weiterbildung liegt,* die aber aktiver gestaltet wird als im Fall der allgemeinen Education permanente: Es finden sich hier kaum jene Methoden, die die reine Diffusion von Wissen bezwecken (Vorlesungen), sondern Kolloquen und Uebungen, mittels deren Wissen erzeugt wird.

Angepasste Dienstleistung statt Mittel zur Emanzipation

Es können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

Die Hochschulen betreiben die allgemeine Education permanente in einem relativ eingeschränkten Mass selbständig; sowohl von der organisatorischen Ebene her wie auch durch die Betonung der Zusammenarbeit mit Bereichen ausserhalb der Hochschule wird der Einfluss, den die Hochschulen auf diese Veranstaltungen ausüben können, reduziert. Damit begeben sich die Hochschulen in die Abhängigkeit anderer gesellschaftlicher Organismen. – Die Nachdiplomstudien dagegen repräsentieren jene Aktivitäten, mittels deren die Hochschulen die Autonomie betonen: Sie beanspruchen Planung, Organisation und Durchführung für sich selbst.

Wir müssen weiter festhalten, dass sich die Schweizer Hochschulen vor allem für die Education permanente der Bildungselite engagieren.

Ein letztes Wort schliesslich zu den *Zielen,* die die Hochschulen mit ihren Weiterbildungsveranstaltungen zu verfolgen angeben: *In den meisten Fällen wurde deutlich, dass die Hochschulen diese Veranstaltungen als reinen «Dienst am Kunden» verstehen, jedoch kaum die Möglichkeit nutzen, durch ein aktives Engagement in der Education permante zu einer grundsätzlichen und umfassenden Veränderung ihrer eigenen internen Struktur und ihrer Stellung in der Gesellschaft zu kommen. Damit bleibt, wie wir glauben, eine wichtige Chance zur Reform der Hochschule von innen, durch die Hochschulen selbst, ungenutzt und vertan.*

Ruth Gurny

Anmerkungen

1 Die Politik der schweizerischen Hochschulen auf dem Gebiet der allgemeinen Weiterbildung und der Nachdiplomstudien, Bericht zuhanden des schweiz. Wissenschaftsrats; beauftragte Stellen: Institute Romand de Recherches et de Documentation Pédagogiques, S. Roller, und Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, A. Gretler; Berichterstatterin: Ruth Gurny.

2 Die Bildung trägt zur Differenzierung der Gesellschaft in verschiedene Bildungsschichten bei, indem die Bildung bekanntlich ungleich über die Gesellschaft verteilt ist: So bestehen in der Schweiz – neben den bekannten Unterschieden zwischen den verschiedenen sozialen Klassen – auch bedeutsame Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen oder zwischen den ländlichen und den städtischen Gegenden oder zwischen den verschiedenen Nationalitätengruppen.

3 Diese Aussage ist zu global. In der Oberschicht besteht die Möglichkeit, in der Unterschicht die Notwendigkeit, aus diesem Modell auszubrechen. So ist es vor allem die Mittelschicht, die durch dieses Modell geprägt wird.

Weine Wette mit der Zeit?

In den Medien ignoriert, von Genossen oftmals belächelt: die *Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft* (GKEW) wurde bisher eigentlich nur von Reaktionären ernst genommen. So etwa von einem gewissen Oberst Cincera, der schon vor Jahresfrist an Lehrerseminarien vor ihr warnte, oder von der Zürcher Stadtpolizei, die diskret bei Hausbesitzern intervenierte, als die Fachgruppe Bildende Kunst Lokalitäten für ihre Produzentengalerie suchte. Im Gegensatz zu den eigentlichen Adressaten der Gewerkschaft, der progressiven Intelligenz aller ideologischen Schattierungen, hat die Rechte durchaus die potentielle Bedeutung einer Formation erkannt, welche die zersplitterten Intellektuellengrüppchen zu einem defensiven Bündnis vereinen und mit der Arbeiterbewegung verbinden will. Um dieser zu dienen, brauchen jene eine Rückendeckung. Nur von einer starken Organisation mit breiten Verbindungen aus können linke Lehrer oder progressive Psychologen, sozialistische Kulturschaffende und oppositionelle Aerzte wirksam vor der Zensur der Inhaber

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT GKEW / Postfach 725 8022 Zürich

der politisch-ökonomischen Macht und der Repression des bürgerlichen Staatsapparates geschützt werden. Das erste Ziel der GKEW ist damit klar ausgesprochen: *Sicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen progressiver Intellektueller und Kulturschaffender.* Eng mit dieser Hauptaufgabe ist die weitere Zielsetzung verknüpft, die engen *Grenzen der einzelnen Berufsrichtungen zu sprengen und eine interdisziplinäre Arbeit zu ermöglichen.* Wo Filmmacher und Architekten, Künstler und Psychologen, Lehrer und Aerzte, Schriftsteller und Wissenschafter zusammenarbeiten, da wird ein Stück Entfremdung abgebaut, ein Stück Macht zurückgewonnen, denn die Devise der Herrschenden ist immer noch das «Divide et impera». Darum sieht der Organisationsplan der Gewerkaschaft die Bildung von Fachgruppen einerseits und von Regionalgruppen anderseits vor. Die Fachgruppen (bisher: Bildende Kunst, Erziehung, Wissenschaft, Literaturproduzenten) sind nach *Berufsgruppen* und *interkantonal* organisiert. Hier können die spezifischen Interessen der jeweiligen Branche artikuliert und autonom vertreten werden. Die Regionalgruppen dagegen (bisher nur Bern) sollen der interdisziplinären kulturpolitischen Aktivität und der internen Schulung dienen. Auch sie funktionieren weitgehend autonom; nur wo konkrete Berufsinteressen berührt werden, sind Absprachen mit der entsprechenden Fachgruppe erforderlich. Durch diese Organisationsstruktur wird ein Maximum an Basisarbeit und -initiative ermöglicht, während der bürokratische Apparat auf ein Minimum beschränkt bleibt (was aus der GKEW ein Unikum unter den schweizerischen Gewerkschaften macht). Der Zentralvorstand wird dadurch zum Organ der Informationsverarbeitung und Planung gesamtschweizerischer Aktionen, er dient ferner als erste Schlichtungsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gruppen (neben der Delegierten- und Generalversammlung) und verwaltet den Rechtshilfefonds.

Nun, ich will nicht behaupten, dass dies alles schon funktioniert, im Gegenteil: mit ihren knapp 300 Mitgliedern steckt die GKEW noch in den Anfängen. Sie hat noch lange nicht jene kritischen Masse erreicht, die einen wirksamen Schutz engagierter Kollegen vor der bürgerlichen Kulturdiktator garantiert, und schon gar nicht die angestrebte interdisziplinäre Zusammenarbeit im Dienst der werktätigen Bevölkerung. Wenn ich aber an das Extremistenverbot für Staatsstellen in der Bundesrepublik Deutschland denke oder gar an Chile, so kommt mir vor, dass der Aufbau einer Defensivorganisation linker Intellektueller so etwas wie eine Wette mit der Zeit ist. Wetten Sie mit!

Emilio Modena

Zürichs grösste Auswahl

Gratisanpassung

Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Roman Brodmann

Das Recht auf Wucher

Dem Bezirksgericht Zürich bot sich dieser Tage eine schöne Gelegenheit, gegen die hemmungslose Geldgier einer bestimmten Kategorie von Wohnungsvermietern ein Zeichen zu setzen. Wegen Wucher und Betrug stand ein 45jähriger Kaufmann – pardon, Irrtum, er stand mitnichten vor Gericht, er dachte gar nicht daran, er überliess die Sache seinem Anwalt, und da liess man die mündliche Verhandlung eben weg. Vor Gericht stehen zum Beispiel arme Teufel, die hundert Franken aus der Ladenkasse veruntreut haben. Dieser Angeklagte jedoch ist erstens kein armer Teufel, sondern Häuserbesitzer, und zweitens hat er nur einer ahnungslosen ausländischen Studentin ein möbliertes Zimmer für einen monatlichen Mietpreis von 425 Franken angedreht. Und weil sein gefrässiger Mund damit immer noch nicht voll genug war, nahm er der Studentin noch 141.50 Franken als «Vermietungsgebühr» ab, obschon sie für die Vermittlung des Zimmers beim Vermietungsdienst bereits über 200 Franken bezahlt hatte.

So schön war die Gelegenheit, die sich dem Bezirksgericht Zürich bot, um einmal deutlich zu machen, dass den Profitgeiern von Rechts wegen immerhin gewisse Grenzen gesetzt sind. Es hätte ja nicht ein exemplarisches Urteil sein müssen, exemplarische Strafen sind immer suspekt. Aber es öffnete sich hier die Chance, einer spezifischen Sorte von Hausbesitzern zu zeigen, dass die Möglichkeiten, aus der Zwangslage wohnungsuchender Menschen Kapital zu schlagen, zwar gigantisch und doch nicht ganz uferlos sind. Der Bezirksanwalt forderte tarifgemäss einen Monat Gefängnis und fünfhundert Franken Busse. Das Bezirksgericht hingegen sprach den Angeklagten von Schuld und Strafe frei.

Es bedurfte, wie gesagt, nicht einer persönlichen Präsenz des ehrenwerten Mannes. Das Gericht konnte auch ohne ihn herausfinden, dass und warum er unschuldig war. Es unternahm geradezu rührende Anstrengungen, dem rüden Ansinnen des Anklägers entgegenzutreten. Es korrigierte den Gutachter, der zum Schluss gekommen war, 320 Franken wären für das Zimmer und die dazugehörenden Dienstleistungen ein angemessener Preis gewesen. Der Gutachter, fand das Gericht, habe zuwenig die Usanzen auf dem Zürcher Wohnungsmarkt in Betracht gezogen. Und die sind bekanntlich so haarsträubend, dass der Tatbestand des Wuchers sehr weit oben erst anfangen muss, will man die Hausbesitzer nicht kompanieweise ins Gefängnis schicken. 370 Franken, fand also das Gericht, hätte man der Studentin aus Norwegen in allen Ehren abknöpfen können. Und die 15 Prozent, die der Hausbesitzer darüber hinaus forderte, könnten nun zwar nach dem Buchstaben des Gesetzes den Tatbestand des Wuchers erfüllen, wenn die Mieterin entweder in einer Notlage oder unerfahren gewesen wäre. Aber das Mädchen war in einer Notlage offenbar nicht, sonst hätte sie ja die 425 Franken nicht einfach bezahlen können, und ausserdem hat sie sich zu mangelhaft über billigere Wohnungsmöglichkeiten informiert.

Das ist also die Botschaft, die ein Zürcher Gericht zum Thema Mietwucher zu verkünden hat: Man kann für eine Wohnung Geld fordern, soviel man will, solange man einen Dummen findet, der den Preis bezahlen kann. Die Klassenjustiz hat gesprochen.

Höllische Drachengesinnung

Artikel von
Walter Matthias Diggelmann
«Abstossende Fratze»
«konzept» Nr. 2/3, Juni 1973

An Walter Matthias Diggelmann
Betrifft: Sieg Heil roter Nationalsozialismus in Ihrer höllischen Drachengesinnung, die dem Teufelsweib Angela Davis gleichkommt. Der Verkauf unserer Freiheit an den Sowjetkommunismus durch Sie . . .

Es war mir schon längst bekannt, dass Sie moralischen Totengräberdienst an unserem Vaterland leisten, doch was Sie sich gegenwärtig erlauben, das geht nun ganz entschieden zu weit. Machen Sie doch, dass Sie zum Teufel gehen, wenn es Ihnen in der Schweiz nicht passt – d. h. gehen Sie doch in Ihr geschätztes rotes Arbeiterparadies. Wenn warum hassen Sie nicht z. B. auch die Rote Armee in der UdSSR . . .?

Wie wäre es, wenn der russische Geheimdienst Ihnen Amazynspritzen in Ihren liederlichen Wanst jagte, damit Sie zum geistigen Roboter würden? Immerhin würden Sie uns damit weniger schaden, als Sie es gegenwärtig tun.

Mit Ihrer verlästernden und knallroten Dreckgesinnung rennen Sie, Herr Diggelmann, doch einfach Ihren eigenen Kopf ein. Es ist ein geistiger Amoklauf, den Sie gegen uns unternehmen. Judasse haben wir wahrhaft niemals nötig – ebensowenig Landesverräter, die für ein paar Silberlinge unsere Freiheit dem scheusslichsten System aller Zeiten verkaufen möchten. Und Sie, Herr Diggelmann, haben eine solche Einstellung. Sie wären der erste, der laut aufjaulen würde, wenn der russische Geheimdienst bei uns an der Macht wäre.

Seien Sie meiner völligen und absoluten Respektlosigkeit Ihnen gegenüber versichert, der Sie das Wort Schriftsteller mit rotem Faschismus verwechseln: Versichern muss man sich bald, wenn man seine eigene Meinung durchsetzen will. Dies ganz bestimmt in der Sowjetunion. Offenbar haben Sie noch überhaupt nichts über die russischen Internate gehört. Die gewaltige Aufrüstung in den Ostblockstaaten scheint Ihnen ein *«böhmisches Dorf»* zu sein. Aber nicht mehr lange.

Es ist zu hoffen, dass die *«schweigende Mehrheit»* endlich erwacht und mit dem roten Nationalsozialimperialismus aufräumt.

R. Egli, Basel

o. k.

Uebrigens: Ihre Zeitschrift ist o. k.

R. Epple, Sissach

Auch mal ein Witz

Seit einiger Zeit verfolge ich nun die Entwicklung von «konzept». Zunächst muss ich Ihnen für Ihre Arbeit ein Kompliment machen. Eines jedoch stört mich: Ihr Blatt hat zu sehr die Tendenz, sich zu einem Intellektuellenblatt zu entwickeln. Die Artikel sind oft sehr anspruchsvoll, und man kommt manchmal gar nicht dazu, sie zu lesen (oft lese ich die langen Artikel erst Wochen, nachdem sie erschienen sind). Mir scheint, etwas mehr Kurzinformation, vielleicht auch hie und da ein Witz wären von gutem.

A. Jost, Bern

Nicht verübeln

«Abstossende Fratze»,
«konzept» Nr. 2/3, Juni 1973

Ein Punkt fehlte im Kommentar von P. Freimüller: der Grund, weshalb die Leute nach Griechenland in die Ferien gehen, liegt darin, dass sie sich bei ihrer täglichen Arbeit derart abrackern müssen, dass sie einmal im Jahr drei Wochen Ferien brauchen. Dass sie dann nach Griechenland gehen, kann man ihnen nicht verübeln. Das kann man nur denjenigen, die die Leute so weit bringen, dass sie überhaupt Ferien nötig haben (siehe zum Beispiel «Menschen sind billiger» im Juni-«konzept»), ankreiden.

K. T., Uster

«konzept»-Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Iran-Report

Unter dem Titel *«Nationale Verteidigung oder Militarismus?»* wird die persische Innenpolitik, insbesondere unter dem Aspekt der militärischen Rüstung (die Schweiz liefert bekanntlich immer noch mengenweise Waffen an den Iran). beleuchtet. Den Kern der 82seitigen Broschüre bildet die Verteidigungsrede des 1972 hingerichteten persischen Patrioten *Said Mohsen:* eine lesenswerte Anklage gegen das Regime des Schahs Reza Pahlevi, der alljährlich im schweizerischen St. Moritz seine Ferientage geniesst. Erhältlich bei der *Conföderation der iranischen Studenten (NU) CISNU, D-6 Frankfurt a. M. 16, Postfach 16 247.*

★

Chancenungleichheit an unseren Schulen

Die *«Aktion Junglehrer St. Gallen»* zeigt mit Hilfe der Schulstatistik 1969/70 des Kantons St. Gallen, dass es *Chancenungleichheit* nicht nur anderswo gibt, sondern dass sie sich überall nachweisen lässt. Sie untersucht in diesem Zusammenhang die Funktion der Schule und die Rolle des Lehrers. Die 21seitige, gut dokumentierte Broschüre ist gegen 1 Fr. und das Rückporto erhältlich bei der *Aktion Junglehrer, Fredi Frei, Postfach 13, 9034 Eggersriet.*

treff punkt

Attraktive Akademikerin, grazil, zärtlich, möchte mit einem intelligenten Partner ab 29 Jahren eine glückliche Liebesbeziehung aufbauen. Bildzuschriften an Chiffre 4866 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich, 31/162, blond, Studentin/Uebers., gut präsentierend, sportl., tierliebend; Reisen, Bücher, Musik, sucht homophilen Partner — Alter unwichtig, für Ehe ausserhalb bürgerl. Konvention. Chiffre 4472, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welcher Mann ist durch unsere Institut. gegangen und dabei lebendig geblieben? So lebendig, dass die Probl. der Menschen ihn noch interessieren? Ich bin 26/178, gutauss. und interessiere mich für soz. und kulturelle Fragen. Bildzuschr. an Chiffre 4471, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 28/170, ZH, fühlt sich trotz grossem Bekanntenkreis immer einsamer. Das «richtige» Mädchen kann da sicher helfen. Chiffre 4470, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wer möchte mit einer hübschen, dunklen, aufgeschl. Frau (28/172) eine ernsthafte Partnerschaft eingehen? Ich bin interess. an allen Fragen, die den Menschen und die Gemeinsch. betr. Bitte schreibe mir mit Bild unter Chiffre 4462, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Chemiker, 29/181, sucht netten Freund mit etwas Lebenserfahrung und viel jugendlichem Unternehmungsgeist. Hast Du Freude an guter Musik und unkompliziertem Reisen, so schreibe mir unter Chiffre 4435, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 23/172, vielseitig interessiert, romantisch veranlagt, möchte Freundschaft mit hübschem, schlankem, fröhlichem, unternehmungslustigem Mädchen. Zuschriften mit Bild unter Chiffre 4440 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welcher feinfühlende Mann ist durch die Institutionen dieser Gesellschaft gegangen und dabei noch lebendig geblieben? So, dass er sich für den Menschen und soz. Fragen interessiert? Lebensfr., gutauss., denkende junge Frau (173/schlank) möchte ihn kennen- und lieben lernen. Chiffre 4768, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

24jährige «linke» Sozialarbeiterin sucht gesellschaftskritisches, **emanzipiertes männliches Wesen** für vielseitige Kommunikation. Raum Zürich-St. Gallen bevorzugt. Chiffre 4769, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich, Akademiker, 35/169, ledig, sucht unkomplizierte **Partnerin für Sex** und weitere Kommunikationsmöglichkeiten. Deine Bildzuschrift unter Chiffre 4770, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BS: **Papierschweizer Ingenieur** an 9 h/Tg. 34/172 sucht die Frau, deren Anmut und Wesen den Alltag vergessen lässt. Sie sollte dunkelhaarig, tolerant, polit. emanzipiert sein.
Bildzuschr. an Chiffre 4777 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stud. HTL, 21, links, sucht Girl zwecks interperson. Aktion. Bed.: Diskussionswut, kritisch, emanzipiert, lernbereit. Uebriges unwichtig.
Chiffre 4787 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich, Mathematiker, 27/170, **sucht** aufgeschlossene, **zärtliche Freundin.** Interessierst Du Dich auch für FilmTanzLit JazzPolitSkiReisen usw? Dann schreibe mir bitte mit Photo unter Chiffre 4786 Mosse Annoncen AG, 8023 Zürich.

Architekt (29/172), jugendlich, freundlich, engagiert, kritisch, freut sich auf Gespräch mit natürlich-attraktiver, schlanker, geistvoller Frau (bis 27/169). Bildzuschrift u Chiffre 4789 Mosse Annoncen AG, 8023 Zürich.

Giovane, studente universitario (Scienze Geologiche) desidera mettersi in contatto **con qualche studentessa,** simpatica, allo scopo de scambio di ospitalità. Viaggi. Scrivere in italiano o francese. Marco Amarante, Via Ten. Maniello 13, I - 84012 Angri (Salerno).

31jg., Geschäftsleiterin, 178 gross, sportlich, anhänglich, wünscht liebenswerten Partner mit sehr gutem Beruf zwecks Heirat kennenzulernen. Schreibe mir mit Bild unter Chiffre 4782 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Kommunikationsbedürftiger Bücherwurm (Phil. I/23) **möchte** dauerhafte, intensive **Brieffreundschaft** aufbauen mit entsprechendem Mädchen. Bitte an Chiffre 4835 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

26jähriger **Student** aus Gegend Bern **sucht netten Freund.** Schreibe mir bitte (evtl. mit Foto) an Chiffre 4848 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Temperamentvoller **Stud.** phil. I, 32/180, **sucht hübsches, blondes Mädchen** mit fröhlichem Gemüt, Herzenswärme und viels. geistigen Interessen zum Verwöhnen. Bitte Bildzuschr. unter Chiffre 4828 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Kommst Du mit auf eine ca. **6monatige Weltreise?** Start Anfang Januar. Anfrage unter Chiffre 4870 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Arbeite in Zug und suche **Wohngemeinschaft bzw. Kommune** zwischen Zug und Zürich. Tel. (01) 47 38 44, abends.

Student (27) sucht mit freundlicher Frau gepflegten **physisch-psychischen** Kontakt ohne Anspruchsinflation. Raum Bern. Chiffre 4581, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Medizinstudent (24/190) sucht Freundin. Hübsche, **schlanke und liebe Mädchen,** benutzt diese Chance, verwöhnt zu werdern, und schreibt mit einer Photo begleitet an Chiffre 4733, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. (Grossraum Winterthur.)

Cand. phil./Ehefrau 30/167, schlank, sportl. Typ, impulsiv, sehnt sich nach **nicht-routinemässiger Liebe!** Du: akad. gebildet, sehr zärtlich, phantasievoll, das Ungewohnte liebend. Bern/Westschweiz. Bitte Bildzuschrift an Chiffre 4654, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürcher, 25/184, weitgereist und vielseitig interessiert, sucht eine **reife und erfahrene Studentin,** die sich von ihm verwöhnen lassen möchte. Deine Eilzuschrift erreicht mich unter Chiffre 4653, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürcher, 25/176, in sozialem Beruf tätig, **sucht lebensbejahenden Freund** (männlicher Typ) zwischen 25 und ca. 34. Sofern Du, wie ich, noch an die Möglichkeit einer festen Freundschaft glaubst, würde ich mich über einen Brief mit Photo freuen. Chiffre 4616, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich: End-Twen, dunkler Typ, sucht nettes weibl. Wesen zur **gelegentlichen geistigen und körperlichen Kommunikation.** Bildzuschriften bitte unter Chiffre 4562, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Weltoffene, vielseitig interessierte Studentin, 29/168, hübsch, schlank, **wünscht Partnerschaft** mit Student oder Akademiker (25—30 J.), sportlich und gepflegt. Bild- und andere Zuschriften bitte unter Chiffre 4532, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student in Ecuador wünscht Brieffreundschaft auf deutsch, franz., span., engl., ital. Interessen: Gesellschaft, Kultur, Sport, Tourismus. Georg Cueva, Jorge Piedra No. 952, Ciudadela «Andalucia», Quito, Ecuador.

Bringst Du mir (Stud. ETH, 24/174) etwas Sonnenschein und Wärme in die grauen Herbsttage? Du bist ein **sportliches Girl,** das auch ohne Nagellack und Lippenstift hübsch sein kann. Chiffre 4514, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Attr. Med.-Studentin, 21, schlank, **sucht Mann zum Schlafen.** Diskretion absolut erforderlich. Zuschriften, nur von guten Liebhabern oder feinen Typen, mögl. mit entspr. Photo u. ex. Beschreibung an Chiffre 4489, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonniertalon in dieser Nummer.

Chile

Die beiden «konzept»-Nummern mit den Artikeln «Die Herren der Welt», über die Machenschaften der ITT in Chile, mit Veröffentlichungen ausführlicher Auszüge aus den geheimen ITT-Dokumenten, und «Chiles Herausforderung», der die wirtschaftliche und politische Entwicklung im Chile der gestürzten Unidad Popular untersucht, sind gegen Fr. 1.20 in Briefmarken bei der Administration von «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhältlich.

treff punkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (max. 10 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat Fr. 12.–) auf Postcheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Vergessen Sie nicht, bei Kleininseraten Ihre Adresse, evtl. Telephonnummer im Text anzugeben.

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) **Kleininserat* (Fr. 12.–)**

* Nichtzutreffendes streichen.

Name und Adresse:

Unterschrift:

FLOHMARKT

Zu verkaufen:

TV Schaub-Lorenz

Bilddiagonale 38 cm, Einbaumöglichkeit für UHF-Tuner, Anschluss für Fernbedienung, technisch und äusserlich bester Zustand, 180 Fr Telephon (01) 91 48 56.

Ich tippe für Sie schnell und preisgünstig

Dissertationen, Manuskripte

auf **IBM Executive** (Buchschrift). Eignet sich für Offset.

Telefon (01) 78 48 20

Rassismus in Frankreich und seine Funktion

Von Niklaus Meienberg, Paris

Ein geisteskranker Algerier bringt in Marseille einen französischen Buschauffeur um. Nun hätte man sagen können: Der Buschauffeur ist vom *Geisteskranken* Y. umgebracht worden. Aber natürlich sagt man: ein *Algerier* hat ihn umgebracht. Die Stadt kocht über. Empörte Franzosen diskutieren in den Strassen von Marseille. Das staatliche Fernsehen lässt die Temperatur mit einem stimmungsvollen Bericht hinaufschnellen. Am nächsten Tag veröffentlichen die Junggaullisten (UJP, Sektion Marseille) ein Communiqué, das zum Pogrom aufruft. Die Zeitung «*Le Méridional*», das zweitgrösste Lokalorgan gleich nach «*Le Provençal*», schreibt: «*Wir haben genug von den algerischen Mädchenschändern, den algerischen Zuhältern, den algerischen Gaunern, den algerischen Taugenichtsen...*» Diese Zeitung wird vom sozialistischen Bürgermeister Gaston Defferre kontrolliert, durch Mittelsmänner. Der Sozialist Defferre ist zwar kein Rassist, aber bei der nächsten Bürgermeisterwahl braucht er die Stimmen der Pieds-noirs (Algerienheimkehrer), die in Marseille besonders zahlreich sind. Und so lässt er die Redaktion von «Le Méridional» gewähren. Er besitzt ja noch eine andere Zeitung, «Le Provençal», und diese übt vornehme Zurückhaltung. Als Sozialdemokrat in Marseille muss man sich rücksichtsvoll benehmen. Die Algerier haben bekanntlich kein Wahlrecht.

Auch die staatliche Gewalt ist sehr diskret-zurückhaltend, obschon in Frankreich bereits rassistische Verbaläusserungen mit hohen Geldbussen und Gefängnis bestraft werden können. (Das entsprechende Gesetz wurde vor allem im Hinblick auf die Einschränkung des klassischen Antisemitismus erlassen, nach den Erfahrungen im letzten Krieg.) Die Aeusserungen der Junggaullisten und des «Méridional» fallen eindeutig unter diesen Paragraphen: *Anstiftung zum Rassenhass.* Aber kein Richter macht einen Mucks, und keines von den rassistischen Flugblättern, die jetzt in Marseille zirkulieren, wird eingezogen. Eine öffentliche rassistische Versammlung wird von der Polizei autorisiert. Während dieser Versammlung kommt das Losungswort auf: «*Hinunter zur Porte d'Aix*» (ein Araberquartier). Wie durch ein Wunder wird das Pogrom noch einmal vermieden. Eine Demonstration, die gegen den Rassismus protestieren will, wird verboten. Das ist auch normal, denn die Demonstration war von ganz linken Gruppen geplant worden.

Vertuschte Morde...

In der Woche nach der Ermordung des Chauffeurs treffen die erhofften Resultate ein. Sieben abgemurkste Algerier in der Region von Marseille, ein paar weitere im übrigen Frankreich. Bei diesen Zahlen handelt es sich um die offiziellen Polizeistatistiken. Da weder die französische Regierung (die Wirtschaft braucht unbedingt algerische Arbeitskräfte) noch die algerische Regierung (die Arbeitskräfte repatrieren Devisen) die Situation in ihrer vollen Grausamkeit darstellen wollen und von jeher die Zahl der ermordeten Algerier möglichst herabgemindert wird, darf man annehmen, dass ein gutes Dutzend Algerier innerhalb dieser Woche umgebracht wurde. Diese Taktik des Untertreibens wurde zum letzten Mal im Februar 1971 befolgt, als Algerien das Erdöl verstaatlichte, was ebenfalls ein gutes Dutzend tote Algerier absetzte. Wenn man genaue Zahlen haben will, muss man sehr umständlich recherchieren, muss zum Beispiel mit der Sozialassistentin des algerischen Generalkonsulats in Paris reden, welche die Wahrheit viel ungeschminkter bekanntgibt als der algerische Botschafter. Auch kann man sich ziemlich auf das Autorenkollektiv verlassen, welches die «*Fiches sur l'immigration*» herausgegeben hat. Diese Autoren haben für den Zeitraum vom Februar 1971 bis Mai 1972 (zum Beispiel) eine Zahl von 140 Algerien ermittelt, die von rassistischen Tätern erschossen, ertränkt (eine beliebte Art des Tötens), erschlagen, erwürgt, aufgeschlitzt wurden.

... mit Komplizität der Behörden

Doch zurück nach Marseille. Die Justiz ist nicht sehr pressiert bei der Aufspürung der französischen Mörder, sie hat mit der Bekämpfung der linksextremen Gefahr alle Hände voll zu tun. Wie die Erfahrung zeigt, wird nur ein ganz kleiner Prozentsatz der mörderischen Rassisten festgesetzt werden, und von diesen wird nur ein kleiner Teil auf kurze Zeit ins Gefängnis geschickt (vgl. den Mörder des 16jährigen Djellali Ali im Pariser Quartier Goutte d'Or: ein paar Monate eingesteckt, dann wegen guter Führung entlassen). In der Presse haben die Morde keine Schlagzeilen gemacht, sie wurden bescheiden auf den hinteren Seiten versteckt. Begreiflich, denn «France-Soir» kann zwar mit der Schlagzeile «*Französisches Mädchen von 4 Arabern geschändet*» die Auflage steigern, nicht aber mit dem Titel «*Algerier von Franzosen mit Zielfernrohr abgeknallt*». Aber vielleicht sind die Zeiten nicht mehr fern, wo ein solcher Titel das Wasser im Mund zusammenlaufen lässt und den Absatz fördert.

Nordafrikanische Arbeiter auf der Strasse: Protest gegen den grassierenden Rassismus.

Immerhin, eine völlige Untätigkeit inmitten des Rassismus kann man der französischen Regierung auch wieder nicht vorwerfen. Im Ministerrat wurde die Situation sogar zur Sprache gebracht, und *Pompidou* hat ein treffliches Mittel gefunden. Wörtlich sagte er: «*Le difficile, c'est que parler du racisme contribue à l'accroître. L'expression, en quelque sorte, engendre la chose.*» («Wenn man vom Rassismus spricht, trägt man zu seiner Intensivierung bei. Der Ausdruck gebiert irgendwie die Sache.») Also nicht die sozioökonomischen Zustände haben die Tatsache des Rassismus geschaffen, sondern der *Ausdruck* «Rassismus» hat das *Faktum* Rassismus hervorgebracht. Damit hat Pompidou wieder einmal gezeigt, dass ihm auf der Ecole Normale Supérieure eine ausgedehnte kantianische Bildung zuteilt geworden ist. Er ist ein Humanist, wie man sie heute kaum noch antrifft, er glaubt an die Begriffe, die den Inhalt schaffen. Nur nicht die Sache beim Namen nennen, dann verschwindet die Sache! Nun hat zwar schon lange jeder aufmerksame Beobachter gewusst, dass Pompidou unter einem Anstrich von Kultur (Dichterzitate in den Pressekonferenzen, Freundschaft mit Max Ernst, Vasarély-Mobiliar im Elysée) eine kräftige Dosis von Trottelhaftigkeit versteckt. Dass er aber in solche Randzonen der Debilität, das heisst Wirklichkeitsfremdheit, vordringen kann, weiss man erst seit dem letzten Ministerrat. (Diese beiden Sätze dürften in Frankreich nicht gedruckt werden: Majestätsbeleidigung.) Uebrigens wollen wir zu seinem Vorteil annehmen, es handle sich um Debilität. Wenn er nämlich den Satz *bewusst* zur Verschleierung der Wirklichkeit formuliert hätte, müsste er ein Hundsfott genannt werden. (Schon wieder Majestätsbeleidigung: etwa 10 000 Francs Busse und Publikationsverbot.)

Perregaux wie ein Verbrecher gefeuert

Während Pompidou nur verbalisierte, wurde sein Innenminister Marcellin aktiv. Man musste, denn es handelt sich um eine Republik mit Menschenrechten, etwas zur Beruhigung der Situation tun. Was? Ausweisen. Wen? Den Pastor *Perregaux*, zufällig ein Schweizer, der sich in Marseille als Lokaldirektor der protestantischen Organisation «Cimade» profiliert hatte. Sein grösstes Vergehen («Zuwiderhandeln gegen die den Ausländern auferlegte politische Neutralität»): Er hatte einem Algerier geraten, eine sehr hohe Busse erst nach Rücksprache mit dem Advokaten zu begleichen. Auch hatte Perregaux bei einigen Demonstrationen für Araber mitgemacht, aber immer friedlich. Der Erzbischof von Marseille, der sehr prominente oberste Repräsentant der französischen Protestanten, und andere Autoritäten und Nobilitäten haben gegen diese Ausweisung protestiert, sogar *Jacques Fauvet*, «directeur» von «*Le Monde*», hat zur Feder gegriffen: alles für die Katz. Perregaux wurde wie ein Verbrecher morgens um 6 Uhr von einem Schwärm Polizisten aus dem Bett geholt und nach Genf spediert, während die Mörder sich frei in Marseille bewegen.

Schweigen des Botschafters

Einer der nicht protestierte, war der schweizerische Botschafter in Paris. Er musste zwar wissen (er liest sicher auch «Le Monde»), dass die Anschuldigungen gegen Perregaux lächerlich waren und das Polizeidossier, welches durch Abhören des Telephons gegen den schweizerischen Pastor fabriziert worden war, zu 95% aus Lügen bestand. Und er wusste auch, dass in der Gegend von Marseille 4000 Unterschriften für Perregaux gesammelt worden waren. Und wenn er die politischen Zusammenhänge auch nur ein wenig begreift, musste ihm klar werden, dass die Ausweisung des Pastors im Rahmen der rassistischen Kampagne gesehen werden muss. Aber Botschafter Dupont und der Generalkonsul in Marseille haben nicht protestiert, was «Le Monde» zum Staunen brachte. Auch das ist wieder völlig normal, denn der phlegmatische und sehr begüterte Dupont gehört zu jener Art von Botschaftern, denen ausgezeichnete Beziehungen zu den Kumpanen von der französischen Bürokratie wichtiger sind als der Einsatz für bedrängte Landsleute aus den untern Schichten. Dupont hat wieder einmal in einer kritischen Situation eine grosse Solidarität entwickelt: mit der französischen Repression, gegen betroffene Schweizer. Dupont hat andere Sorgen, muss seine Rolle im Pariser Gesellschaftsleben spielen, Ausstellungen einweihen, früher wurde er von de Gaulle zur Jagd nach Fontainebleau geladen (oder war es Rambouillet?). «*Daran sieht man, in welch hoher Wertschätzung mein Mann von der französischen Regierung gehalten wird*», hat mir Madame Dupont einmal erklärt, «*es werden immer nur ganz wenige Botschafter eingeladen, und mein Mann ist ein bekannter Jäger.*» Während Monsieur Dupont mir die Leiden des Botschafterlebens einmal so schilderte: «*Wissen Sie, wie anstrengend die Uebernahme eines Botschafterpostens ist? Jetzt bin ich schon ein Jahr in Paris, und noch habe ich meine Antrittsbesuche bei allen in Paris akkreditierten Botschaftern nicht hinter mich gebracht.*» Die anstrengenden Bankette haben denn auch einen entsprechenden Wanst gezeitigt. La grande bouffe, quoi...

Klammer geschlossen, Dupont ist nur interessant, weil er auch seinen kleinen passiven Beitrag zur rassistischen Kampagne geliefert hat, indem er nicht protestierte. Zurück nach Marseille. Die offizielle Organisation der Algerier in Frankreich, die sogenannte «*Amicale*», die von der algerischen Regierung abhängt, hat ziemlich lahm gegen die rassistischen Delikte protestiert. Den Algeriern hat die «Amicale» empfohlen, nur kein Aufsehen zu erregen und weiter ihren «Beschäftigungen nachzugehen wie gewöhnlich». Sich möglichst verdrücken und abends nicht ausgehen, sich verkriechen und nicht zurückschlagen. Das «*Mouvement des travailleurs algériens*» jedoch, weit links von der «Amicale», hat auf dem riesigen Baugelände von *Fos* einen eintägigen Streik ausgerufen, der zu 100% befolgt wurde. Da in Fos sozusagen nur Algerier beschäftigt sind, wurde an diesem Tag überhaupt nicht gearbeitet. Dadurch ist den Algeriern ihre Stärke bewusst geworden, die Abhängigkeit des französischen Bausektors wurde allen sichtbar. In nächster Zeit sollen Streiks in der Region von Paris stattfinden.

Mitgefühl von der falschen Seite

Die Algerier konnten in der linken und halblinken Presse, von «*Express*» bis «*Nouvel Observateur*», viele Beweise der herzlichen Anteilnahme entgegennehmen. Grosse Artikel gegen den Rassismus sind zu lesen, flammende Anklagen gegen den neuen Antisemitismus. Die Journalisten, welche diese Artikel schreiben, sind bis oben mit den schönsten Absichten gefüllt, aber leider werden sie von den Algeriern nicht gelesen. Diese Journalisten wohnen in den schönen Quartieren, wo keine Algerier anzutreffen sind, für sie bleibt die Koexistenz mit Arabern ein theoretisches Problem, das auf ideologisch-stilistischer Ebene zu lösen ist. Sie rümpfen die Nase über die «*petits blancs*» (die unterste Schicht der französischen Bevölkerung, die im Leben konkret mit Algerern zu tun hat und am ehesten für Rassismus anfällig ist). Was heisst Rassismus für diese «petits blancs»? Das bedeutet Algerier, welche die letzten billigen Quartiere der französischen Städte bewohnen. Das bedeutet fremdartige Araber, die oft kaum französisch sprechen und bis in den frühen Morgen in den Strassen plaudern und Musik machen. Sehr schöne Musik, aber für die kleinen französischen Angestellten und Arbeiter ein Hindernis für den Schlaf, den sie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft dringend brauchen. Auch wissen sie meist nicht, warum die Araber lieber im Freien bleiben: weil sie in ihren Schlafställen schlechter untergebracht sind als ein durchschnittlicher französischer Hund, sehr eng, und oft muss in Schichten geschlafen werden, weil so wenig Platz vorhanden ist. Der kleine Franzose ist dazu noch durch den chauvinistischen Primarschulunterricht überhaupt nicht auf den Zusammenprall mit einer fremden Kultur vorbereitet. Und wer sich noch an den Algerienkrieg erinnern kann, findet den Feind jetzt im eigenen Quartier. Die andern Franzosen, welche Arabisch können und viele mediterrane Lebensgewohnheiten haben, nämlich die Pieds-noirs, sind wegen ihrer historischen Erinnerungen auch nicht gerade prädestiniert für ein friedliches Zusammenleben mit den Arabern. Je weiter unten in der Gesellschaft sich einer befindet, desto rassistischer pflegt er zu sein. Die Huren von der Rue Saint-Denis in Paris zum Beispiel, die sich noch mit dem letzten Clochard ins Bett legen, verweigern den Verkehr mit den Algeriern: weil diese sexuell so ausgehungert sind, dass sie immer so furchtbar lange bleiben möchten. Und ausserdem verlangen sie oft Analverkehr, was eine ehrliche französische Hure nicht gewohnt ist. Halt ein sozio-kultureller Unterschied.

Killer-Rekorde...

Man sieht, der Rassismus hat verschiedene Funktionen. Er schüchtert die unterste Schicht der Proletarier (Araber) ein, konserviert sie in einem Zustand der Furcht, so dass sie schlechte Löhne und lausige Unterkunft ohne Murren akzeptieren. Er erlaubt einem Teil des französischen Proletariats (petits blancs), der mit den Algeriern in Berührung kommt, seine Aggressionen nach unten loszuwerden; er zeigt den unterprivilegierten Franzosen, dass sie bedeutend besser leben als die allerunterste Schicht und dass also doch alles nicht so schlimm ist. Wenn die Aggressionen nach unten abfahren, bleibt die politische Situation oben stabil. Zwei Fraktionen des Proletariats werden aufeinander losgelassen. Den Humanisten erlaubt der Rassismus, sich verbal ganz enorm zu engagieren. Dem Innenminister erlaubt er, eine unbequeme politische Organisation zu zerschlagen. Wie man sich vielleicht noch erinnern kann, hat die faschistische Organisation «*Ordre nouveau*» vor einigen Monaten in Paris eine offene rassistische Kundgebung abgehalten (rassistisch: also nach den Gesetzen der Republik illegal). Die einzige Gruppe, welche diese illegale Kundgebung bekämpfte, war die trotzkistische «*Ligue communiste*». Nach den anschliessenden Strassenkämpfen, wo die Faschisten von «Ordre nouveau» und die Polizei gemeinsam auf die Trotzkisten einschlugen, wurde die «Ligue communiste» aufgelöst. Jedoch Frankreich bleibt das Land der Menschenrechte, wenn auch vielleicht nicht der Araberrechte, und nicht wahr, diese Linken übertreiben immer so, zum Beispiel wenn sie darauf hinweisen, dass in Deutschland während der ersten zwei Jahre der faschistischen Herrschaft weniger Juden umgebracht wurden als Araber innerhalb von 16 Monaten im republikanischen Frankreich...

Die Ausgabe 1973/74 des
Schweizer Studienführers
ist soeben erschienen. Ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle Studenten und Hochschulabsolventen. Mit vielen nützlichen Hinweisen über Ausbildungsmöglichkeiten, Zulassungsbedingungen, Abschlussmöglichkeiten, Berufseinmündungen, Stipendien und Informationsstellen, um nur einige Gebiete zu nennen.
3., überarbeitete Auflage, 276 Seiten, kartoniert Fr. 6.—
Buchhandlung Paul Haupt, Falkenplatz 14, 3001 Bern
haupt für bücher

SAVE 50%
TIME
THE WEEKLY NEWSMAGAZINE
TIME organizes the news into 25 departments for easy reference to the fields that interest you most among them: Science, Business, Books, Sports, Environment, Modern Living, Art, Behaviour, U.S. Affairs, World Politics, Cinema and People.
Special Student Rates
Pay less than F 0,65 per week,
compared with F 2,50 at the newsstand,
or F 1,25 for a regular subscription.
Please send me TIME for
☐ 27 weeks - SF 16.90 ☐ 1 year - SF 32.50
Mr/Miss
Last name First name
Address
City Postal code
Country 19 . .
To qualify, please state: University School, Year studies end
Send this form to:
TIME, The Weekly Newsmagazine
Ottho Heldringstraat 5
0022/8 Amsterdam 1018, the Netherlands 0136

Das Gute ist der Feind des Besseren!

Dass Sie als Maturand (evtl. mit abgebrochenem Studium in mathematischer Richtung) leicht eine gute Stelle finden, braucht nicht zu bedeuten, dass es keine bessere gibt. Falls Sie Ihre Liebe zur **Versicherungsmathematik** schon entdeckt haben oder die Möglichkeit, dies nachzuholen, nicht unbedingt ausschliessen, dann ist dies u. U. die bessere Stelle:

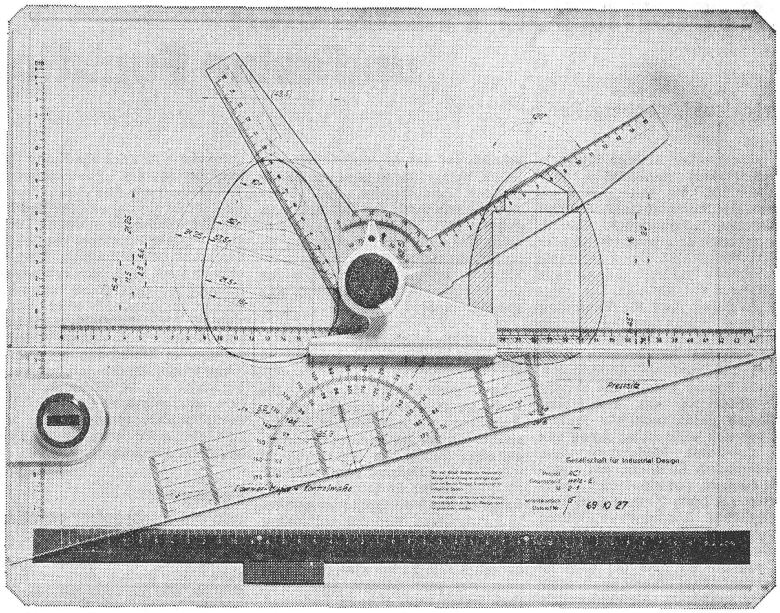
Versicherungstechniker

für mathematische Aufgaben im Gebiet «Rückversicherung, Retrozessionen»

In allen Fällen, wo die VITA Risiken bei einer anderen Gesellschaft normal rückversichert, und in einem Teil der Fälle, wo andere Gesellschaften dasselbe für uns tun, bearbeiten Sie selbständig deren mathematische Aspekte und sind für richtige Beratung der betroffenen Stellen im Betrieb verantwortlich. Ein Ihnen direkt unterstellter Mitarbeiter entlastet Sie teilweise von den damit verbundenen administrativen Arbeiten.

Reizt Sie diese Möglichkeit, beruflich weiterzukommen? Möchten Sie gerne von den Leistungen eines nach neuzeitlichen Grundsätzen geführten Betriebes profitieren (gezielte Aus- und Weiterbildung, vorzügliche Sozialleistungen, Personalrestaurant, moderne Arbeitszeitregelung etc.)? Dann richten Sie Ihre Offerte in der Ihnen passenden Form an unseren Herrn Illi, Tel. (01) 36 00 11.

VITA
Lebensversicherungs-AG
Mythenquai 10 8002 Zürich



Das Zeichenplattensystem von Hebel wurde für Profis entwickelt. Und für alle, die es werden wollen.

Das Basiselement des neuen Hebel-Systems ist eine solide, aus Kunststoff gefräste Zeichenplatte. Dank der magnetischen Klemmschiene lässt sich das Zeichenpapier mühelos und sauber einspannen. Der neuartige Griffknopf mit Gangschaltung garantiert ein fliessendes Zeichnen und Messen. Die Führungsgängigkeit kann bis zur vollkommenen Arretierung stufenlos reguliert und somit jeder Zeichenarbeit individuell angepasst werden. Das Nutführungssystem erlaubt eine exakte Führung der Zeichenschiene. Die Rundumführung ermöglicht eine optimale Ausnützung der Zeichenfläche und gestattet ein Zeichnen in Hoch- und Querformat.

Die Ausrüstung mit einem Präzisionszeichenknopf macht die einfache Zeichenplatte zu einer kleinen Zeichenmaschine: Mit einer Freilaufschaltung, einer Rastschaltung von 15 zu 15° und einer Einzelwinkelfeststellung.

Das gesamte Hebel-Programm reicht vom einfachen Zeichenbrett bis zur Kleinzeichenanlage. Für Formate von A4 bis A1. Verlangen Sie unser umfassendes Dokumentationsmaterial.

Generalvertretung für die Schweiz:
Kaegi AG, Postfach 288, 5200 Brugg (AG), Tel. 056 420081

HEBEL

Racher & Co. AG
Marktgasse 12
8025 Zürich 1
Tel. 01 47 92 11

Racher

Coupon — Einsenden an: Racher & Co. AG, Marktgasse 12, 8025 Zürich 1

Senden Sie mir folgende Platten zum Sonder-Testpreis
_____ Stück Hebel 72 A4 Fr. 33.40 statt 48.40
_____ Stück Hebel 72 A3 Fr. 45.15 statt 65.30
☐ Senden Sie mir genauere Unterlagen über die Präzisionszeichenplatte von Hebel.

Name:
Adresse:
PLZ/Ort:
Telefon:

K

Aus USA ORIGINAL

Für Wintertage
BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Lee

Armee-Schlafsäcke
Feldjacken und Hosen
Reportermäntel
Fliegerjacken
Nylon-Gestellrucksäcke
Lee Riders und Jacken
Leder-Armeestiefel
Lammfellstiefel
Lederbekleidung usw.
Grossauswahl in Occasionen

Boeing-Lumber Nylon oder Baumwolle Bomberjacken in Fell u. Leder Occ. Marine-Pullover Wintermützen Lammfell

Versand ganze Schweiz

Gratisprospekt

ARMY AND JEANS SHOP IMBACH

Bäckerstrasse 22
8004 Zürch
Tel. (01) 23 90 67

Buchhandlung Programm

Zeughausgasse 20, 3. Stock (Lift)
3000 Bern 7 / Tel. (031) 22 80 11

Unsere Buchhandlung befindet sich jetzt in 3 hellen, grossen und wohnlichen Räumen. Teilen Sie uns Ihre Adresse mit. Wir versenden regelmässig Kataloge.

Jean Villain

Das Geschäft mit den 4 Wänden

92 Seiten, Fr. 9.80

Der bekannte Schweizer Autor befasst sich mit einem der brennendsten Probleme unserer Zeit. Satellitenstadt — Grüne Witwen, grüne Kinder — Wohnung als Ware — Das Sterben der City — Zürichs Verkehrsprobleme

Zuschriften an:
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse
8004 Zürich

Telefon (01) 39 85 12 und 39 86 11
(3 Min. vom Stauffacher, hinter Eschenmoser)

Innert 16 Monaten 3 Auflagen

Jetzt lieferbar!

Der neue Hit
Marketing
Eine konzentrierte Einführung Band I/II UTB 84/85 je Fr. 24.40.
Verlag Paul Haupt Bern und Stuttgart

haupt für bücher

WIR SUCHEN:

1 Psychologen
1 Nationalökonomen
1 Betriebswirtschafter
Doktoranden und Studenten

Als **Lehrer** per Ende Oktober 1973 (2 bis 3 Stunden, jeweils am Samstagvormittag, Schulungsort Zürich). Interessenten sind gebeten, sich mit uns telephonisch in Verbindung zu setzen:

Telephon (01) 34 71 31

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Neu

für Ihre Seminar- und Doktorarbeit

Dr. G. Gerhards
Seminar-, Diplom- und Doktorarbeit
Empfehlungen und Muster zur Gestaltung von rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Prüfungsarbeiten.
Uni-Taschenbücher 217, 1973, 148 Seiten, kartoniert 15.40.

haupt für bücher

Philosophisches Wörterbuch

Herausgeber:
Georg Klaus, Manfred Buhr.

Ueber 1100 Seiten in zwei Bänden, Ganzleinen. Format: 24,5×17 cm, Fr. 24.20.

Das philosophische Wörterbuch aus der DDR schliesst emofindliche Lücken in so mancher Bibliothek. Kaum einmal ist es gelungen, diese schwierige Materie in solch klare Sprache zu fassen. Disziplinen wie Kybernetik, Semiotik, Informations- und Systemtheorie werden in Artikeln mit hohem Niveau behandelt. Die hervorragende Kritik, auch in unserer Presse, ist hoch verdient.

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, **8004 Zürich.** Telefon (01) 39 85 12 und 39 86 11. (3 Minuten vom Stauffacher, hinter Eschenmoser)

Gute

BÜCHER

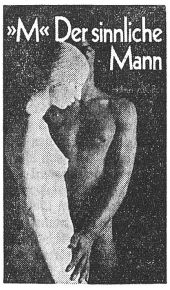
für wenig Geld!

Restauflagen zu stark herabgesetzten Preisen!

Alles verlagsneue Exemplare!

Gratisprospekt verlangen!
50/100

Schwyn-Versand
Unterstadt, 8200 Schaffhausen
Telefon (053) 5 95 11



☐ **Die sinnliche Frau**
Die Autorin dieses Buches weiss genau, was sich die Männer wünschen: eine sinnliche Frau! Und diese Sinnlichkeit lässt sich erlernen — von jeder Frau! Dieser Ratgeber mit Ratschlägen, Tricks und Sinnlichkeitsübungen wurde zum Millionenerfolg. 180 Seiten. Fr. 28.40.

☐ **Der sinnliche Mann**
Dieses Buch zeigt neue Wege, um eine Frau zu erobern, zu halten und alle Freuden der Liebe mit ihr zu geniessen. Der beste Leitfaden für Männer, der je veröffentlicht wurde. 240 Seiten. Fr. 28.40.

Diskreter Versand per Nachnahme. Bitte das gewünschte Buch ankreuzen und das Inserat mit Altersangabe einsenden an den **Verlag Wissen und Fortschritt, 3000 Bern 5.**

Kritisches Lexikon Homosexualität

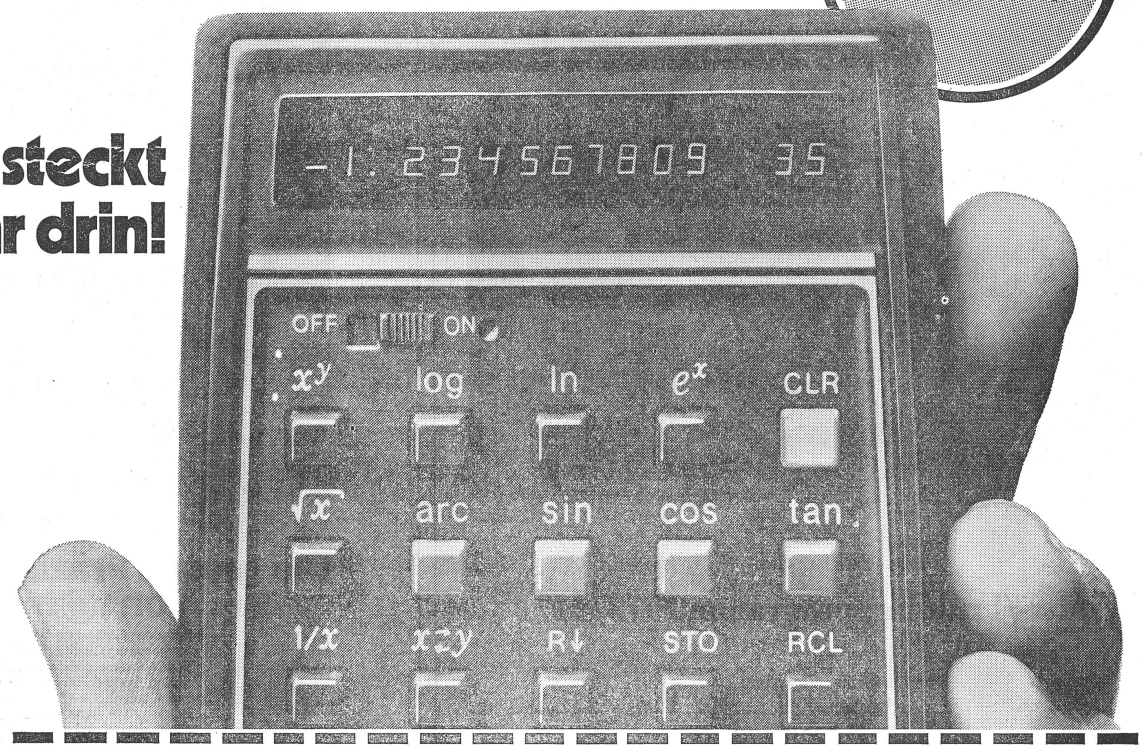
Dieses Wörterbuch will mit über 70 Stichwörtern
— informieren
— Zusammenhänge aufdecken
— Möglichkeiten zu Lösungsversuchen aufzeigen

Es ist die exemplarische Selbstdarstellung einer Minderheit in unserer Gesellschaft.

Preis: Fr. 13.50 + Versand Fr. 1.—
Bezug: Homosexuelle Arbeitsgruppen Basel, Postfach 645, 4001 Basel
Bei Vorauszahlung: PC 40 - 67 761, P. Thommen

Zerbrechen Sie sich immer noch den Kopf mit Formeln und Tabellen?

Hier steckt mehr drin!



Verglichen mit dem HP-35 scheint der gewöhnliche Taschenrechner mit vier Grundrechenarten nicht viel mehr als ein primitiver Abakus zu sein. Denn diese kleine Maschine schafft viel mehr als simple Arithmetik: Der HP-35 berechnet Logarithmen, Wurzeln, Potenzen, Winkel- und andere Funktionen in Sekundenbruchteilen auf zehn Stellen!

Fachgebiet	Problem	Formel
Wissenschaft	Räumlicher Auffangwinkel einer Punktquelle	$\Omega = 2\pi \left[1 - \sqrt{\frac{1}{(r/\lambda)^2+1}}\right]$
Technik	Impedanz eines geschlitzten Zylinders	$Z_0 \approx \frac{129}{\log_e (\cot^2 \frac{\pi}{2} + \sqrt{\cot^2 \frac{\pi}{2} - 1})}$
Navigation	Grosskreis-Entfernung	a = 60 arc cos (cos B cos C + sin B sin C cos A)
Vermessungswesen	Abstand zu den Koordinaten	$d_{AB} = \sqrt{(E_A - E_B)^2 + (N_A - N_B)^2}$

Viele Funktionen - viele Möglichkeiten

Nach bewährtem Computerkonzept besteht das Herz des **HP-35** aus 5 MOS-Halbleiter-Chips, die soviel leisten wie 30000 Transistoren. Und das in einem Gerät von 147 × 81 mm! Durch Einführung neuartiger Konstruktionsprinzipien gelang Hewlett-Packard die Entwicklung eines völlig neuen Mini-Rechners. Ob Sie Ingenieur oder Wissenschaftler, Statistiker oder Vermesser sind, der **HP-35** wird für Sie bald so unentbehrlich sein wie Ihr Notizblock.

Der **HP-35** hat 5 Speicher: 4 Arbeitsspeicher und 1 Konstantenspeicher. Damit wird das Notieren von Zwischenlösungen praktisch überflüssig.

Der Rechenbereich des **HP-35** umfasst 200 Dekaden ± (10^{-99} bis 10^{99}). Hier nun einige Beispiele, die er in Sekunden löst:

Der **HP-35** zeigt die Resultate als 10-stellige Zahlen an. Während des Rechenvorganges hält er das Dezimalkomma automatisch an der richtigen Stelle. Dateneingabe und Resultatanzeige in Fest- oder Gleitkomma-Darstellung auf hellen Halbleiter-Leuchtdioden (LED's).

Funktionsbereit - immer und überall

Der **HP-35** wird wahlweise direkt vom Wechselstromnetz oder von seinen internen wiederaufladbaren Batterien gespeist. Dabei kann er auch während des Aufladens weiterbenutzt werden. Sie bekommen ihn betriebsbereit zusammen mit einem Weichlederetui, einem Reise-Etui, mit Batterieaufladegerät und einer umfassenden Gebrauchsanleitung (mit Anwendungsbeispielen aus vielen Fachgebieten). Ausserdem ein volles Jahr Garantie, die Ersatzteile und Arbeitszeit umfasst.

Sie werden schon bald sehen, dass der **HP-35** sowohl in Ihrem Berufs- als auch in Ihrem Privatleben von unschätzbarem Wert sein kann. Mit ihm berechnen Sie komplexe Probleme ebenso leicht wie den besten Flug- oder Segelkurs.

10 Tage ausprobieren:

Mehr als 50000 **HP-35** Mini-Rechner helfen nun schon ihren Besitzern Zeit und Geld sparen. Probieren Sie es selbst. Sie brauchen nur den Coupon auszufüllen. Sie bekommen dann Ihren **HP-35** für 10 Tage unverbindlich zur Ansicht. Sollte der **HP-35** nicht restlos Ihre Erwartungen erfüllen, senden Sie ihn uns einfach zurück. Der Preis für den **HP-35** beträgt Fr. 1095.–. Bei Zahlung innerhalb 10 Tagen nach Erhalt der Rechnung können Sie 2% Skonto sparen.

Bestellformular

Hewlett-Packard (Schweiz) AG
Zürcherstrasse 20, 8952 Schlieren

Bitte senden Sie mir den **HP-35** mit Zubehör per Einschreiben für Fr. 1095.– inkl. Versandkosten. Für das Gerät übernimmt Hewlett-Packard volle Garantie für ein Jahr. Sollte ich nicht vollkommen zufrieden sein, schicke ich den **HP-35** mit Zubehör innerhalb von 10 Tagen gegen vollständige Rückerstattung der Bestellsumme zurück.

Ich wähle folgende Zahlungsart:

☐ Rechnung an meine Firma über Fr. 1095.– Bestellung liegt bei.

☐ Ich spare Fr. 45.– (Vorauszahlungsrabatt) Scheck oder Postscheck über Fr. 1050.– liegt bei.

Natürlich gilt in beiden Fällen das 10-Tage-Rückgaberecht. Das Angebot gilt 30 Tage.

RG

Name _____

Firma _____

Abteilung _____

Adresse _____

_____

Datum _____

Unterschrift _____

HEWLETT hp PACKARD

Hewlett-Packard (Schweiz) AG
Zürcherstrasse 20, 8952 Schlieren
Tel. 01 98 20 55
Zweigbüro: 1214 Vernier/Genève

Das ist nicht nur im Film so

Foto aus «*The boyfriend*» Metro-Goldwyn-Mayer Inc.

Schau nach im neuen

Winter-/Frühlingsprogramm 1973/74

Hier ein kleiner Vorspann:

Wintersport

Studentenhotels in Andermatt, Davos, Klosters, Leysin, Schuls und Zermatt je nach Saison und Komfort: 7 Tage Halbpension zwischen Fr. 133.– und Fr. 308.– (vom 22. 12. bis 5. 1. zwischen Fr. 140.– und Fr. 364.–).

Zusatzangebote in Adelboden (neu), Andermatt, Klosters, Leysin, Wengen (neu), St. Anton am Arlberg (neu) und Macugnaga/Italien (neu). Preise siehe Programm.
Chaletprogramm in Verbier. Diverse Preise siehe ebenfalls im Programm.

Neujahrsreisen

Als Hit des Programms eine Expedition nach Jemen per Flugzeug, Schiff und Jeep vom 25. 12. bis 6. 1. Preis: Fr. 1650.–. Weiter Russland-, Libanon/Syrien-, Aegypten- und Israelrundreisen. Ueber Neujahr können Prag, Wien, Paris und London besucht werden.

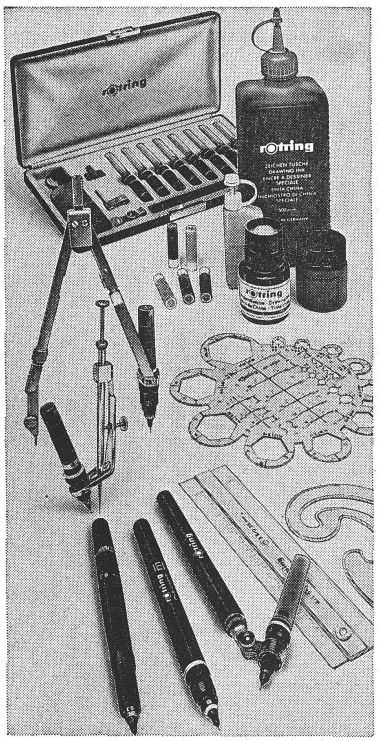
usw.

Komm Ende Oktober bei Deiner Verkaufsstelle vorbei und schau, ob der Hauptfilm schon eingetroffen ist.

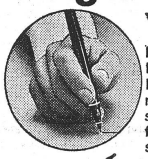
SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst

Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich
Programmbestellung an SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich, oder Telefon (01) 47 30 00 richten.



Die grosse Präzision von rotring



Für den Fachmann bedeutet der Name rotring Qualität. Hochwertige Präzisionserzeugnisse von Weltruf. rotring Tuschefüller variant, varioscript, micronorm m, foliograph und foliograph m. Schrift- und Symbolschablonen, Zirkel und Tuschen. Ein umfassendes Programm von praxisgerechten Zeichengeräten. Für alle, bei denen es auf Präzision ankommt.

Racher & Co. AG, Marktgasse 12
8025 Zürich 1, Tel. 01 47 92 11

Coupon
Einsenden an: Racher & Co. AG, Marktgasse 12, 8025 Zürich 1
Ich möchte das rotring-System näher kennenlernen.
☐ Senden Sie mir bitte genauere Unterlagen.
☐ Ich wünsche einen unverbindlichen Besuch Ihres Fachberaters. K

Name: _____
Adresse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____

Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) sucht für eine neugeschaffene Stelle

Bildungsfachmann

Der neue Mitarbeiter wird das CNG-Bildungsinstitut leiten. In dessen Rahmen Kurse für voll- und nebenamtliche Mitarbeiter der dem CNG angeschlossenen Gewerkschaftsverbände organisieren sowie den CNG für alle Fragen der Bildungspolitik gegen aussen vertreten. Der Arbeitsplatz ist Bern.

Bewerber mit abgeschlossenem betriebs- oder volkswirtschaftlichen Studium müssen sich über Interesse an gewerkschaftlichen, methodischen und bildungspolitischen Fragen ausweisen können. Praktische Erfahrungen in der Erwachsenenbildung können von zusätzlichem Nutzen sein.

Anfragen und Bewerbungen sind bis spätestens 10. November an das Zentralsekretariat des CNG, Gutenbergstrasse 10, 3001 Bern, zu richten.

Telephon (031) 25 46 47

Weniger Amateurismus und mehr Koordination

Die Vernehmlassungsfrist für das von einer Expertengruppe des EDI im Laufe eines Jahres ausgearbeitete neue Hochschulförderungsgesetz – das jetzt gültige Gesetz für die Bundeshilfe an die kantonalen Hochschulen läuft Ende 1974 aus – ist Ende Oktober zu Ende. Der Vertreter des VSS in dieser Kommission erläutert im Folgenden, was von diesem Gesetzentwurf zu erwarten ist und was nicht. Red.

In der Meinung, es werde 1975 ein neuer Bildungsartikel in der Verfassung stehen, der es dem Bund erlauben werde, Grundsätze für die Gestaltung des Hochschulwesens zu erlassen, befasste man sich vorerst mit Vorbereitungen für ein *Hochschulrahmengesetz*, wobei man sich allerdings darüber im klaren war, dass es nicht gelingen würde, die dazu nötigen umfangreichen Vorarbeiten innert nützlicher Frist, das heisst bis zum Auslaufen der ersten Beitragsperiode des HFG Ende 74 zu erledigen. Man entschloss sich darum in der im Oktober des letzten Jahres einberufenen Expertenkommission zu einer Zweiteilung im Vorgehen. Vorerst sollte auf Anfang 1975 ein Gesetz über die *Planung* und die *Neuordnung der Subventionierung* der Hochschulen bereitgestellt werden. Unmittelbar daran anschliessend sollten die Vorarbeiten für ein *umfassendes Hochschulrahmengesetz* begonnen werden. Mit der Ablehnung der neuen Bildungsartikel fielen allerdings diese Pläne ins Wasser. Man sah sich gezwungen, die zweite Hälfte des Gesetzesvorhabens fallenzulassen und in der ersten Hälfte zurückzurebsen.

Der Gesetzentwurf umfasst als hauptsächlichste Teile folgende Bestimmungen:

– Die Bundessubventionen werden neu geregelt. Zukünftig sollen etwa 40% der *Hochschulbetriebsausgaben* vom Bund bezahlt werden, während bei der heutigen Regelung, die eine fixe Summe unter die Beitragsberechtigten nach einem Schlüssel aufteilte, der Prozentsatz von 3 bis gegen 20% schwankte (im Durchschnitt 15%). Die genauen Modalitäten der Subventionierung stehen noch nicht fest, denn der Entwurf sieht zwei mögliche Berechnungsvarianten vor, deren genaue Unterschiede und Folgen heute noch kaum absehbar sind. Die Subventionierung der Investitionsausgaben soll wie im alten HFG gesondert behandelt werden. Der vorgeschlagene Modus unterscheidet sich kaum von der bisherigen Regelung (Subventionierung nach Projekten).

– Der Entwurf sieht den *Aufbau* einer *gesamtschweizerischen Hochschulplanung* vor – ein Vorhaben, das zwar schon mit der Teilrevision des HFG von 1971 angepeilt, jedoch bis jetzt nicht verwirklicht worden ist. Vorgesehen ist eine langfristige Konzeption der Entwicklung der schweizerischen Hochschulen, innerhalb deren die Kantone ihre mittelfristigen Pläne auszuarbeiten hätten, die dann in einem Konfrontationsverfahren zu gesamtschweizerischen Rahmenplänen für Betrieb und Investitionen verarbeitet werden sollen. Eine feste Planperiode ist bis jetzt nicht festgelegt; sie wird aber vermutlich fünf oder sechs Jahre dauern.

– Eine Neuordnung der bisher tätig gewesenen Organe soll die Effizienz der Bemühungen um eine schweizerische Hochschul- und Wissenschaftspolitik steigern. Diese dringende Neuordnung – die Emsigkeit der beiden Organe ging zu einem nicht geringen Teil für unwichtigen, aber vom Gesetz vorgesehenen Kleinkram drauf – sieht zwar wiederum zwei Organe vor, intendiert aber eine *personelle Entflechtung* und eine *genauere Zuordnung von Aufgabenbereichen*. Ein Nationaler Hochschulrat – zusammengesetzt aus je einem Vertreter jedes Hochschulkantons, zwei Vertretern der Nichthochschulkantone sowie drei Bundesvertretern mit doppelter Stimme (nebst stimmrechtslosen Beisitzern, u. a. einem Studenten) – hat als Aufgabe «die Verwirklichung der Zusammenarbeit im Hochschulwesen». Es soll zu diesem Zweck insbesondere über die Rahmenplanung beschliessen und ausserdem die in den zu erwartenden Nc-Zeiten wichtigen Richtlinien über die Zulassungsbedingungen erlassen.

Keine Aenderung in der Mitbestimmung

Das andere Organ ist eine veränderte Auflage des schon bestehenden Wissenschaftsrats. Die Zusammensetzung ist nicht genau geregelt. Die voraussichtlich zwanzig Mitglieder sollen vom Bundesrat ernannt werden. Vorgesehen ist die Mitgliedschaft von Studenten und Assistenten in nicht festgelegter Anzahl. Das grosse Mehr dürften jedoch die Professoren stellen. Der Wissenschaftsrat ist vorgesehen als antragstellendes Organ für den Hochschulrat, jedoch mit einem einigermassen abgesicherten eigenen Kompetenzenbereich. Insbesondere soll er Empfehlungen über Studien- und Strukturreform sowie über die Akademische Berufsberatung und weitere Beratungsdienste selbständig abgeben können.

★

Die schweizerischen Hochschulen stehen heute kurz vor der Einführung des Numerus clausus in der Medizin; weitere Fächer werden nicht lange auf sich warten lassen, weil der volle Effekt des Mittelschulausbaus noch kaum eingetreten ist. Die Hochschulreform als wichtigste Basis einer längerfristigen Lösung der Hochschulkrise lässt nach wie vor auf sich warten, und die Aktivitäten entsprechender Organe werden von innen und aussen gebremst.

Zwei Forderungen sind in dieser Situation vor allem zu erheben. Einmal müssen bedeutend höhere Mittel für die Hochschulen aufgewendet werden. Bei der allgemeinen Finanzklemme, in der Bund und Kantone stecken, bei der generell zu knappen Finanzierung des Bildungssektors (die Hochschulen sind allerdings innerhalb des ganzen Bildungssystems privilegiert), ist jedoch kaum mit einem Ausbau der Hochschulen zu rechnen, der es erlaubt, jedem, der studieren will, auch einen Studienplatz anzubieten. Zum zweiten geht es nicht mehr länger an, dass Hochschulpolitik vor allem von vor sich hin werkelnden Amateuren betrieben wird, die zudem untereinander völlig unkoordiniert vorgehen. Dass unter solchen Umständen die ohnehin schon zu knappen Mittel nicht optimal eingesetzt werden, versteht sich. Die Forderung ist darum, dass möglichst rasch den Kantonen die ausschliessliche Zuständigkeit für ihre Hochschulen genommen und dem Bund eine Koordinationskompetenz zugewiesen wird.

An diesen beiden Haupterfordernissen ist der Entwurf zu messen. Es zeigt sich bald, dass er ihnen nicht zu genügen vermag. Die Forderung nach Koordination kann schon aus Verfassungsgründen kaum erfüllt werden: Die Kantone sind in Schulfragen nach wie vor fast völlig frei. Was der Gesetzentwurf an Planung vorsieht, tendiert zwar dahin, diese Freiheit einzuschränken, die Erfolgsaussichten sind aber gering. Man kann sich nur schwer vorstellen, dass die vorgesehenen gesamtschweizerischen Rahmenpläne viel mehr sein werden als eine Addition dessen, was die Kantone von sich aus zu leisten bereit sind. Eine Koordination in den Fragen der Hochschulreform dürfte zudem auch an den davon betroffenen Professoren scheitern, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben.

Was die Finanzen angeht, so stellen sich zwei Probleme. Zwar ist eine deutliche Erhöhung der Betriebssubventionen vorgesehen, jedoch ist nur schwer vorstellbar, wie sich die Kantone in der nächsten Zeit noch zu einer Erhöhung der eigenen Leistungen bereit finden sollen. Was erwartet werden kann, ist also ein Einpendeln der Hochschulausgaben ungefähr auf dem heutigen Stand. Die andere Gefahr besteht darin, dass heute den Kantonen grosse Subventionen praktisch ohne Gegenleistungen gewährt werden sollen. Wie solche Konzessionen später ohne weitere finanzielle Leistungen des Bundes noch nachgefordert werden sollen, ist nicht einzusehen.

Wenn der Gesetzentwurf trotzdem als in der heutigen Situation eher positiv beurteilt werden muss, so vor allem in der Hoffnung auf einen baldigen zweiten Anlauf zur Revision der Bildungsartikel. Neue Bildungsartikel sollten dem Bund die Kompetenz bringen, verbindliche Richtlinien für die kantonalen Hochschulen zu erlassen. Als Vorbereitungsgesetz für diese Phase erhält das geplante Gesetz seinen Wert, dürfte es doch zum Aufbau einer mehr oder weniger leistungsfähigen gesamtschweizerischen Planungsorganisation samt weiteren Koordinationsorganen (z. B. Studienreforminstrumentarium) führen, so dass diese Organe zu einem späteren Zeitpunkt nicht noch erst aufgebaut werden müssten.

Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften hat hauptsächlich aus diesem Grund wenn auch mit Vorbehalten eine positive Stellung zum Entwurf eingenommen. Die Tauglichkeit des Gesetzes ist allerdings seiner Ansicht nach zeitlich begrenzt. Keinesfalls darf die jetzt vorgeschlagene Lösung langfristig Gültigkeit beanspruchen.

Emil Lehmann

Produktiver Scherbenhaufen?

Die Arbeitsgruppe für ein neues Hochschulgesetz, die im Sommer dieses Jahres ihren Gesetzentwurf in die Vernehmlassung geschickt hat, steht vor einem Scherbenhaufen. Die im Vernehmlassungsverfahren geäusserten Meinungen sind so verschiedenartig, dass die Arbeitsgruppe nicht imstande ist, innert nützlicher Frist einen bereinigten, «abgeklärten» Gesetzentwurf auszuarbeiten. Deshalb schlägt die Arbeitsgruppe dem EDI vor, das jetzt gültige Hochschulförderungsgesetz um zwei Jahre zu verlängern, die Subventionsbeiträge des Bundes der Teuerung anzupassen, den erarbeiteten Vorentwurf aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und weiterer Abklärungen in zwei Jahren zu überarbeiten.

Damit dürfte Bundesrat Tschudi nach dem Scheitern der Neufassung der Bildungsartikel am Ständemehr in diesem Jahr in Sachen Bildungspolitik ein zweites Mal an den Bollwerken des Bildungsföderalismus gestrandet sein, diesmal freilich in erster Linie an den Hochschulkantonen, die einem verstärkten Engagement des Bundes auf dem Gebiet der Hochschulplanung und -entwicklung – bei den gegenwärtig vom Bund finanziell zu leistenden Subventionen – von allem Anfang an skeptisch gegenüberstanden. Allerdings: gestrandet im vorparlamentarischen Entscheidungsprozess und nicht im Parlament, wo der ausgearbeitete Entwurf trotz der Opposition einiger Erziehungsdirektoren durchaus Chancen gehabt hätte, da das Parlament einer derartig grossen Erhöhung des finanziellen Engagements des Bundes auf dem Gebiet der Hochschulförderung kaum zustimmen wird, wenn der Bund nicht auch zugleich vermehrte Planungs- und Koordinationskompetenzen erhält.

Was nun das weitere Vorgehen betrifft, so sind im Prinzip zwei Wege offen:

● *Einerseits kann man den vorliegenden Entwurf so zurechtmassieren, dass er auch von den Hochschulkantonen akzeptiert wird. Die geschlossene Front der Hochschulkantone Zürich, Basel, Bern und Waadt gegen eine Ausweitung der Planungs- und Koordinationskompetenz des Bundes bei seiner jetzigen – und heute für die unmittelbare Zukunft abzuschätzende – finanziellen Leistungsfähigkeit lässt hier nichts Gutes erwarten: noch weniger Bundeskompetenz, noch weniger langfristige Planung als vorgesehen usw. Für eine derartige Umarbeitung des vorliegenden Entwurfs lohnt sich der Aufwand nicht; dazu würde eine weitere Partialrevision des jetzt gültigen HFG durchaus genügen.*

● *Anderseits kann man nun angesichts dieser Situation ohne grosse Bedenken auf die zu Beginn der Aktivitäten der Arbeitsgruppe getroffene Entscheidung – kurzfristig neues HFG, mittelfristig Hochschulrahmengesetz – zurückkommen. Wenn man weiter an der Schaffung eines Hochschulrahmengesetzes interessiert ist, so ist es heute nicht mehr gerechtfertigt, das HFG zu revidieren, sondern dann wäre wohl folgendes Vorgehen zu wählen:*

– Revision der Bildungsartikel der BV, durch die der Bund die Grundsatzkompetenz über das gesamte Hochschulwesen zuerkannt erhält.

– Ausarbeitung eines Hochschulrahmengesetzes, in dem auch die finanziellen Leistungen des Bundes an die heutigen kantonalen Hochschulen zu regeln wären.

Da die vorgesehene Erhöhung der Bundesbeiträge sowieso nicht vor 1977 voll hätte verwirklicht werden können (Finanzknappheit!), lässt sich gut im Rahmen des alten HFG (neue Beitragsperiode) weiterarbeiten. Wenn man aber nicht Gefahr laufen will, das partialrevidierte und prolongierte «alte» HFG Anfang 1977 – vielleicht in etwas veränderter Form – als «neue» Errungenschaft vorgesetzt zu bekommen, wird man gut daran tun, den obengenannten zweiten Weg zu beschreiten. Da abzuschätzen ist, dass ein derartiges Vorgehen sich nicht in zwei Jahren erfolgreich realisieren lässt, ist wohl eine zweite Beitragsperiode von ca. 4 Jahren ins Auge zu fassen. *Rolf Nef*

Zum Studienbeginn aktuell

pf. Auf dem Büchermarkt sind kürzlich zwei Publikationen erschienen, die jedem Studienanfänger zum Studium und für sein Studium empfohlen werden können. Wir stellen sie hier kurz vor.

Der *Schweizer Studienführer 1973/74* (3. Aufl.)[1], überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht, informiert über alle schweizerischen Universitäten, Hochschulen und andere gleichrangige Ausbildungsorte. Er gibt Auskunft über Zulassungsbedingungen zu den einzelnen Studiengebieten, ihren Abschlussmöglichkeiten und ihren Berufseinmündungen. Ferner wird darin die Studiendauer und die Möglichkeit des Stipendienbezugs behandelt. Der Studienführer will nicht nur nüchterne Angaben vermitteln, sondern versucht vielmehr, den angehenden Studenten auch mit Studienfragen bekannt zu machen. Der Leser soll sich selber ein Bild über sein zukünftiges Studium machen können und insbesondere auf allfällige Schwierigkeiten hingewiesen werden. Der Schweizer Studienführer gibt auch die Adressen der verschiedenen Auskunfts- und Informationsstellen an.

Gegenüber der zweiten Ausgabe wurde die Information auf den neuesten Stand gebracht. Dass immer noch (oder schon wieder) einige kleine Fehlinformationen im Führer enthalten sind (es handelt sich dabei mehr um Details wie Adressen usw.). wird man den Autoren leicht verzeihen. Der Wandel der Dinge läuft im Hochschulsektor derart rapid ab, dass es eine wahre Sisyphusarbeit darstellt (d. h. eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit ist), mit sämtlichen Angaben immer à jour zu sein. Damit allfällige Aenderungen in die nächste Ausgabe aufgenommen werden können und die Information vervollständigt werden kann, enthält das Buch eine Karte, mit der der Leser den Herausgebern die entsprechenden Angaben mitteilen oder Anregungen machen kann. Ein einziger Mangel wiegt etwas schwerer: Es wird nicht auf die Zulassungsschwierigkeiten insbesondere im Fach Medizin (drohender Numerus clausus) eingegangen, obwohl diese manchen Studenten vor schwierige Probleme stellen können. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass sich ein eventueller NC im Fach Medizin bei der Drucklegung des Führers erst abzeichnete.

Bemerkenswert ist vor allem, dass seit der letzten Ausgabe der allgemeine Einführungsteil um die beiden Kapitel *«Hochschul- und Studienreform»* (von Dr. Rolf Deppeler, Generalsekretär der Hochschulkonferenz) und *«Hochschule und Gesellschaft: Die Hochschule als Spiegel gesellschaftlicher Widersprüche»* (von Rudolf Walther, VSS) erweitert wurde. Hier wird versucht, den Studenten in die Probleme der heutigen Hochschule einzuführen und ihn zur aktiven Mitgestaltung der Hochschule von morgen zu bewegen. Das Kapitel *«Studentische Organisationen»* wurde ebenfalls grundlegend überarbeitet.

Der andere Studienführer[2] will den Studenten zum Subjekt seines Studiums machen, indem er herausfordert und aktiviert. Seine Themen sind die psychische und soziale Situation der Studenten, der kommunikative Zusammenhang von Lernvorgängen und die Bedeutung von Prüfungen. Es handelt sich also nicht um ein Vademecum, sondern vielmehr um eine problemorientierte Einführung in das Studium, die als Zusatzlektüre (auch für ältere Studenten) zum mehr praktisch orientierten *Schweizer Studienführer* zu empfehlen ist.

Von verschiedenen Bildungs- und Erziehungswissenschaftern werden im *andern Studienführer* Fragen wie: *«Vom Umgang mit Hochschullehrern»*, *«Was man beim Studium verlernen muss»* oder *«Wie man sein Studium organisieren kann»* behandelt. Vier mehr theoretische Beiträge sind den folgenden Themen gewidmet: *«Wer lehrt, popularisiert»* (über die Bedeutung des Lehrens und des Lernens als unmittelbar mit Interpretation verknüpft; Lernprozess), *«Wissenschaft und Praxis – Vorbemerkungen zu einer Wissenschafts- und Hochschuldidaktik»* (Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft) und schliesslich *«Gesellschaftliche Mechanismen im Examen»* (insbesondere Examen als Machtausübung und als Stabilisator sozialer Verhältnisse) und *«Zur Psychoanalyse der Prüfungsangst»*.

«Abgesehen davon, dass in (den) Bereichen, in denen man Hilfe in begrenztem Umfang habhaft werden kann, die Hochschule selbst nur ausschnittsweise und weitgehend zufällig Einführung anbietet, fällt das Angebot von Hilfen zur sozialen Orientierung in der Hochschulsituation, zur psychischen Bewältigung der Belastungen, denen der Student ausgesetzt ist, zur didaktischen und methodischen Anleitung (...) völlig aus.» So definiert *der andere Studienführer* seine eigene Existenzberechtigung.

Eine Kostprobe aus dem Text:

«Ein zentrales Missverständnis der Rolle des Lernenden besteht nicht nur in den Vorstellungen vieler Hochschullehrer, sondern auch in den Lernhaltungen vieler Studierender darin, den Lernenden als einen Behälter zu betrachten, der im Verlaufe des Studiums sich mit Begriffen, Fakten, Methoden und Theorien vollaufen lässt. Ein solches Funktionsverständnis (oder Funktionsmissverständnis) führt unweigerlich dazu, dass Motivationen abgebaut, Ansätze zu eigenständigem Denken zerstört, Möglichkeiten zur Reflexion über das, was man lernt und lernen sollte, zerstört werden. Man kann sich ohne grösseren Schaden nicht zum Faktenspeicher degradieren.»

[1] **Schweizer Studienführer Ausgabe 1973/74,** herausgegeben von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung, Zürich, und dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Bern. 3., überarbeitete Auflage, 276 Seiten, Fr. 6.– (Verlag Paul Haupt, Bern).

[2] **Der andere Studienführer,** Lothar Schweim (Herausg.), 176 Seiten, Fr. 11.40, Beltz-Verlag, Basel.

Lebertran für den Winter

Seit einigen Jahren gibt es an verschiedenen Universitäten studentische Gruppierungen, die Studentenpolitik betreiben, um die Studentenpolitik abzuschaffen.

Diese Gruppen nennen sich «Pro Uni», an der ETH heisst die entsprechende Organisation «SOS». Sie wählen ihre Vertreter in Vereinen, die mit entsprechenden Statuten abgeriegelt sind. Ihre Vertrauensleute beteiligen sich nicht am studentischen Geschehen, wenn es zum Beispiel darum geht, in der Wohnungskommission wichtige und mühselige Arbeit zu leisten, Studentenläden zu leiten oder Papiere für Vernehmlassungen zu diskutieren und zu verfassen. Sie werden erst aktiv, wenn eine studentische Exekutive mit Communiqués zu innen- oder aussenpolitischen Ereignissen das schweizerische Staatswesen aus den Angeln zu heben droht. Die Pro Unis sind die Wächter des politischen Mandats, dessen Interpretation schon seit je den Herrschenden im Land überlassen war.

Die Leistungen der Pro Uni sind bekannt: Sie erreichten in kurzer Zeit, dass die verfassten Studentenschaften immer mehr davon beansprucht sind, ihre Existenz zu verteidigen mit Zeitungsartikeln, Aufklärungskampagnen und Rekursen gegen die Repressionen einzelner Hochschulbehörden, denen die Aktivitäten der Pro Unis willkommene Gelegenheit bieten, die Latte der studentischen Autonomie nach und nach höher zu legen.

In den letzten Monaten haben die Pro Unis neben ihrer Waffe, der Aufsichtsbeschwerde, ein neues Kampfmittel entdeckt: Die fünften Kolonnen lassen sich nun von ausserhalb der Studentenschaft versorgen, und zwar mit einem Pamphlet, das sich Gutachten nennt, geschrieben von einem früheren Bundesrichter. Das Papier kommt zum Schluss, die Studentenschaften seien abzuschaffen, was ungeheuer überrascht, wenn man die Auftraggeber kennt. Die juristischen Ueberlegungen sind dem VSS-Gutachten über weite Strecken ähnlich. Jenes Gutachten von Martin Killias war zum Schluss gekommen, die Zwangskörperschaften seien rechtmässig und verletzten die Vereinsfreiheit nicht. Zu diesem Schluss konnte – wie gesagt – der Pro-Uni-Gutachter nicht kommen. So musste er notgedrungen den Pfad der juristischen Argumentation verlassen, um in der Sumpfwiese von familiären Episoden (tatsächlich!) und trotzigem «Dasgibt's-nicht» umherzustapfen. – Die Lektüre ist peinlich, weil sich wieder einmal bestätigt, dass jede politische Meinung auch ihre juristischen Verfechter findet.

Die NZZ («Tiefenschärfe») durfte angesichts dieses bundesrichterlichen Torvorstosses nicht mehr zurückhängen und revidierte ihre Hefte gründlich. Während früher die Reformpolitik der Zürcher Studentenschaft und zum Teil auch die VSS-Politik sachliche Beurteilung gefunden hatten, wird nun in salopper Rhetorik Stimmung gegen die Studentenschaften gemacht; so fragt Walter Schiesser (scr.) in der Sonntagausgabe vom 16. September an bestplazierter Stelle: «Weshalb sollen die Studentenschaften immer wieder eine Extrawurst in Form von respektablen Geldsummen erhalten, die ihnen automatisch in den Schoss fallen, wobei erfahrungsgemäss keine Gewähr besteht, dass diese Mittel nicht für politische Zwecke der (dominierenden) Gruppen missbraucht werden?» Schlimm ist hier nicht, dass der NZZ-Schreiber derart unsachlich argumentiert, sondern dass er gar nicht besser gegen die Studentenschaften vorgehen will: Offensichtlich ging es darum, den Berner Grossräten von Zürich aus eine schnell wirkende Spritze für das Traktandum Zwangskörperschaft zu verabreichen. Nebenbei: Die Studentenschaften übernehmen weiterhin jede Gewähr für rechtmässige Verwendung der anvertrauten Gelder; das wurde zum letzten Mal mit den Untersuchungen gegen einen früheren Kleinen Studentenrat in Zürich bewiesen.

Pro Uni – Professor Huber – NZZ: Die Studentenschaften erhalten ein bisschen viel ungeniessbaren Lebertran auf den Winter – doch: macht das nicht widerstandsfähig?

Thomas G. Rüst

Pop-Tips für Liebhaber und Konsumenten

Elvis Presley: Am Sonntag, dem 14. Januar 1973, flimmerte eine der aufwendigsten Shows über die Bildschirme einer halben Welt. Star war Elvis Presley, 1936 in Tuperlo, Mississippi, geboren und etwa 1955 von der Plattenfirma RCA Victor für 35 000 Dollar eingekauft. Die Show fand im Honolulu International Center auf Hawaii statt und wurde via Satellit live in fast alle Länder dieser Erde übertragen.

Sehr viele Leute, die von Pop-Musik eine Menge verstehen, drehten damals den Fernseher ab, und ebenso viele werden sich weigern, das Doppelalbum, das RCA auf den Markt brachte und das die gesamte Show als Mitschnitt enthält, zur Kenntnis zu nehmen. Diese Leute wissen nämlich ganz genau, dass Elvis Presley als allzu kommerziell gilt, und sie verstehen gar nicht, warum er so berühmt wurde. Sie fallen lieber auf progressive Promotion herein.

«Aloha from Hawaii» (RCA Victor SR 6089/1–2) kostet 36 Franken und beginnt mit «Also sprach Zarathustra» als durchaus sinniger Eröffnung, die nahtlos in den alten Rock'n'Roll «C. C. Rider» übergeht, enthält ausserdem eine wundervolle Adaption dreier amerikanischer Volkslieder (Backing Vocals: Kathy Westmoreland & The Sweet Inspirations!), dazu jede Menge Rock'n'Roll.

Woman's Lib

Drei Damen haben in letzter Zeit im Pop-Geschäft von sich reden gemacht. Allen voran Carole King – und sie ist eine Enttäuschung! «Eine andere Aufgabe, welche Carole mit ihrer ganzen Kraft ausführen wollte, war die, Mutter und Ehefrau zu sein», heisst es im Pressematerial, das ihre Schallplattenfirma veröffentlichte. Dieses Image, das recht geschickt aufgebaut wurde («Dies war auch der Grund, welcher Carole davon abgehalten hatte, Konzerte zu geben», dürfte für den Erfolg verantwortlich sein, den Carole Kings Platten besonders in den USA hatten. (Janis Joplin hatte auch Erfolg, aber sie gab sich als Hure, und damit kommt niemand gegen eine Hausfrau und Mutter an.)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Carole King ist eine ganz grossartige Komponistin, ausserdem eine sehr feinfühlige Pianistin (sie ist z. B. auf einigen Tracks des Albums *«Odette Sings» [Polydor 2425 046]* zu hören), aber sie ist eine nur mässige Sängerin. Auf ihrer neuesten LP, *«Fantasy» (A&M 86 953 IT)*, die mit grossem Werbeaufwand auf den Markt gebracht wurde, verdirbt sie sich mit ihrer – man kann es nur so sagen – langweiligen Stimme ihre eigenen, im Grunde genommen melodisch und formal ausgereiften und in der Interpretation ausbaufähigen Songs.

Aehnliches trifft zu auf die Komponistin Ellie Greenwich («Leader of the Pack», «Chapel of Love», «And then he kissed me», «River Deep, Mountain High»): Ihr eigenes Album *«Let it Be Written ... Let it Be Sung» (MGM 2315 243)* präsentiert ihre Stücke in ihrer eigenen Interpretation, die vielleicht nicht ungeschickt und nicht wertlos wäre, besässe Ellie nur eine einigermassen volle Stimme.

Durchaus anregend auf Diskussionen über die Emanzipation wirkt schliesslich auch noch eine nette kleine Single einer hübschen schwarzen Amerikanerin, die sich Sylvia nennt. Die Platte heisst *«Pillow Talk» (London DL 20954)* und dürfte manchen, die glauben, zumindest die theoretische Seite des Problems längst erfasst zu haben, eine Menge zu denken geben.

Jubiläen und ein besonderes Ereignis

Jubiläen und Geburtstage sind dieses Jahr offenbar besonders beliebt. Den Anfang machte die amerikanische Firma Atlantic, die ihren 25. Geburtstag mit grossem Aufwand und viel Eifer feierte. Sofort entsann sich die Konkurrenzfirma CBS, dass doch ihr Mitarbeiter Peter Goldmark vor just 25 Jahren die Mikrorillen-Platte erfand, und schliesslich fiel auch noch der Deutschen Grammophon-Gesellschaft ein, dass sie seit sage und schreibe 75 Jahren existiert.

Relevant für den Konsumenten ist eigentlich nur das Atlantic-Jubiläum, dies weniger weil Atlantic etwa die bessere, die empfehlenswertere Firma wäre als die zwei andern, als vielmehr deshalb, weil Atlantic mit einer gewissen Verbissenheit schon seit Monaten weiterfeiert und immer neue Platten mit dem Aufkleber «25 – The Atlantic Years» in die Geschäfte bringt, von denen manche zwar billiger sind, meist aber nur nach aussenhin den Eindruck erwecken, sie wären etwas Besonderes. Dass die drei Jubiläumsplatten, die Atlantic zu je 12 Franken verkauft, nicht besonders empfehlenswert sind, hängt allerdings nicht mit Nachlässigkeit oder zynischer Unterschätzung des Publikums zusammen, sondern mit Urheberrechtsbestimmungen, die es den europäischen Vertretungen von Atlantic nicht erlaubten, einen wirklich repräsentativen Querschnitt durch das Repertoire der Firma anzubieten.

Viel wichtiger als das 75jährige Bestehen der Deutschen Grammophon-Gesellschaft scheint mir ein besonderes Ereignis zu sein, das sich vor kurzer Zeit bei dieser Firma zutrug. Das renommierte, auf Klassik spezialisierte Label, das sich bis vor kurzem auch moderneren Strömungen in der E-Musik weitgehend verschloss, schickt sich an, mit einer Aufnahme des Stückes des amerikanischen Komponisten William Russo *«Three Pieces for Blues Band and Orchestra» (DDG 2530 309)* in den Pop-Markt einzubrechen. Das Stück, vom San Francisco Symphony Orchestra und der Siegel-Schwall Band wiedergegeben, ist im wesentlichen ein ganz schön rockiger Blues in drei Sätzen, bei dem das Symphonieorchester nicht wie sonst üblich in den ihm traditionellerweise zugewiesenen Sphären verbleibt, sondern mit einer verblüffenden Intensität Blues und Rock spielt, als wäre das das Selbstverständlichste der Welt.

Skandale, eine Entlassung und eine Schlägerei

Die Watergate-Affäre hat, wie es scheint, den Blick der amerikanischen Presse für dunkle Geschäfte geschärft und damit eine ganze Lawine ins Rollen gebracht. Ins Schussfeld von Skandaljägern und solchen, denen Sauberkeit in Politik und Geschäft ein ehrliches Anliegen ist, ist nun auch die Schallplattenindustrie geraten. Der konservative Senator James L. Buckley hat vom amerikanischen Senat eine Untersuchung gefordert, wobei er auf sich mehrende Gerüchte über Bestechungen und Verwicklungen in organisierte Verbrechen bei der Schallplattenindustrie hinwies.

Die überraschende Entlassung eines Präsidenten der CBS, Clive Davis, im Juli dieses Jahres, die nicht notwendigerweise mit all diesen Gerüchten in Zusammenhang stehen muss, hat zu den wildesten Spekulationen Anlass geboten. Nach der offiziellen Darstellung der CBS wurde Clive Davis wegen «Verwendung von Geldern der Gesellschaft für den persönlichen Gebrauch» entlassen. Freunde von Davis dagegen behaupten, dieser müsse als Sündenbock über die Klinge springen, entweder wegen dunkler Geschäfte, in die die Gesellschaft verwickelt gewesen sei, oder dann als Folge der nicht besonders freundlichen Haltung der CBS gegenüber Präsident Nixon bei den letzten Wahlen.

Weder die von Senator Buckley angesprochenen Gerüchte noch die Spekulation um die Entlassung von Davis können sich in irgendeiner Form auf Tatsachen berufen und stehen vielleicht nicht einmal in einem Zusammenhang. Dagegen dürfte jetzt schon feststehen, dass der Weggang Clive Davis' für CBS, aus welchen Gründen er auch immer erfolgte, ein harter Schlag ist. Clive Davis ist der Mann, der Johnny Cash, Chicago, Barbra Streisand, die Byrds und Miles Davis zu CBS holte. Er stand hinter Laura Nyro, hinter Johnny Winter, Blood, Sweat & Tears, Santana, Sly Stone und Simon & Garfunkel. Wenn CBS heute noch Alben auf den Markt bringen kann, die man beinahe unbesehen, ohne sie erst anhören zu müssen, erstehen kann, wie beispielsweise *«Chicago XI»* oder *«No Sweat»*, so ist dies sein Verdienst. Die Gründe für seine Entlassung müssen also, wie auch immer, schwerwiegender Natur sein.

Stiefkind New Orleans

Viel zuwenig beachtet, besonders von der Presse, die immer noch vorwiegend auf «reinen» Jazz eingeschworene Berichterstatter nach Montreux schickt, wurde die «New Orleans Night» am diesjährigen Jazz-Festival. Die Firmengruppe Warner-Electra-Atlantic (WEA) hatte Dr. John, Professor Longhair, Snooks Eaglin, The Meters und Allan Toussaint nach Montreux gebracht. Dr. John dürfte inzwischen recht bekannt geworden sein, nachdem sein Image einer Renovation unterzogen worden ist; der Voodoo-Kult, mit dem er während langer Zeit in Verbindung gebracht wurde, erwies sich als wenig verkaufsfördernd. Atlantic (die Dr.-John-Platten erscheinen auf ATCO, einem Sub-Label von Atlantic) verlegte sich darauf, ihn als mehr als reinen Musiker denn als legendäre Figur zu verkaufen, eine Image-Veränderung, die dem Doktor auch tatsächlich besser entspricht.

Seine jüngste LP, *«In the Right Place» (Atlantic ATL 50 017)*, ist ein wahres Kleinod an «New-Orleans»-Rock, der vielleicht nicht gerade unmittelbar «einfährt», sich nach mehrmaligem Anhören jedoch offenbart. Die «kleinen Wunder» sind zu einem grossen Teil Verdienst der Rhythmusgruppe, die Dr. John auf dieser LP begleitet. «The Meters» heisst sie, und von ihr ist eben ein Album erschienen mit dem Titel *«Cabbage Alley» (Reprise 44242)*. Der Hüllentext von «Cabbage Alley» erklärt, worum es geht: In New Orleans ist eine Musik beheimatet, eine besondere Art Rhythmus, die man «Second Line» nennt. «What's so special about second line? Just an extra little bit of syncopation, an extra little trick between the beats.»

Beide Alben sind übrigens produziert von Allan Toussaint, «einer der letzten Produzenten-Grössen aus New Orleans», wie der «Rolling Stone» schreibt. Allan Toussaint ist ein Name, den man sich merken sollte, sowohl als den eines interessanten Produzenten als auch als den – wie man sich neuerdings erzählt – eines ausgezeichneten Musikers; in Montreux soll er mit einem einzigen Stück sämtlichen seiner Kollegen die Show gestohlen haben.

Eidgenossenschaft

Nur mässige Verkaufserfolge erzielte *«Hardly Healed» von Hardy Hepp (Warner Bros. WB 46 226)*. Eigentlich hätte alles stimmen müssen: Seine Firma hatte Hardy einen einjährigen Aufenthalt in den USA finanziert und ihm anschliessend Aufnahmen in den Atlantic-Studios in New York ermöglicht, die anschliessend in Hamburg aufgemischt wurden und bei denen eine ganze Reihe von Topmusikern, darunter George Gruntz, mitmachten. Leider hat Hardy für seine Platte eine Reihe von Songs komponiert, die in ihrer lyrischen Schönheit zweifellos grossen Erfolg gehabt hätten, hätte sie ein Sänger mit einer warmen und ausdrucksvollen Stimme interpretiert. Hardy besitzt diese Stimme nicht. Das ist schade, ist vielleicht sogar eine kleine Tragödie, denn manche von seinen Songs haben absolut das Format, beim Publikum jene Reaktion hervorzurufen, die einen Hit aus ihnen machen würde; und «Bound For Switzerland» sollte man als neue Nationalhymne vorschlagen.

Wenig über Erfolg oder Misserfolg lässt sich vorläufig von *«Written in The Sky» von Demon Thor (United Artists UAS 29 496 I)* aussagen, denn die LP ist brandneu. Chef der Demon Thor ist der 21jährige Berner Tommy Fortmann, der ein 19 Minuten langes Rock-Opus komponiert hat, das die eine Seite von «Written in The Sky» füllt. Das Werk, das zumindest charakterlich leider ein bisschen sehr an «Jesus Christ Superstar» erinnert, handelt von einem Politiker, einem Wissenschafter und einem Künstler, die nach einem Atomkrieg im Himmel sitzen und darüber diskutieren, durch wessen Schuld sie dorthin gekommen sind. Wahrscheinlich ist diese Thematik, die an sich auf Interesse stossen sollte, von Tommy Fortmann etwas allzu naiv abgehandelt, als dass sich ein breiteres Publikum damit identifizieren könnte.

Paul Batt

Bei Nachbestellung von alten Nummern bitte Fr. 1.50 in Briefmarken beilegen.

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Monate Fr. 15.40 (statt Fr. 22.—)
für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.—)
für 1 Jahr Fr. 56.— (statt Fr. 80.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z.St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.40
für 6 Monate zu Fr. 29.40
für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Vorschläge zur Jugendpolitik: Ziel Integration

Ende Oktober 1971 hat das EDI die «Studiengruppe für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik» eingesetzt. Ihr Auftrag bestand darin, abzuklären, auf welche Weise in der Schweiz eine systematische Jugendpolitik auf Bundesebene in die Wege geleitet werden könnte. Speziell sollte die Studiengruppe des EDI abklären,

- **«welche Aufgaben dem Bund in diesem Bereich zukommen;**
- **ob ein Organ für die Ausarbeitung, Planung und die Durchführung einer systematischen Jugendpolitik ins Leben zu rufen ist und wie es zusammengesetzt werden soll;**
- **welche Voraussetzungen zu schaffen sind, dass möglichst alle interessierten Kreise, insbesondere die Jugend selbst, an der Lösung dieser Aufgaben beteiligt werden können.» (S. 12)**

Die Studiengruppe hat ihre Arbeiten Mitte dieses Jahres abgeschlossen und ihren Bericht («Ueberlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik») publiziert. Dieser Bericht geht nun zur Vernehmlassung an die interessierten Kreise bevor der Bundesrat dazu Stellung beziehen wird. Im folgenden in groben Zügen die Substanz dieses Berichtes.

Der Bericht gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird versucht, den Begriffen «Jugend»,«Jugendprobleme» und «Jugendpolitik» einen relativ klar umschriebenen Inhalt zu geben. Im zweiten Teil werden Vorschläge über die Tätigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Jugendpolitik präsentiert.

«Mit dem Begriff ‚Jugend' verbinden sich verschiedenartige physiologische, psychologische und rechtliche Aspekte. Eine soziologische Definition versteht unter Jugend die Lebenszeit zwischen erreichter geschlechtlicher Reife und sozialer Reife. (...) Soweit aber von Verhaltensmustern junger Menschen, von ihren Gruppierungen (...), die Rede ist, hält die Kommission eine altersmässige Abgrenzung für unumgänglich.» (S. 15) Jugendprobleme definiert die Studiengruppe als *«Probleme der Beziehungen: der Beziehungen zu Mitmenschen, zur Altersgruppe, zu den Erwachsenen, zur eigenen Familie, zu Institutionen (Schule, Kirche, Armee, Staat), zur Gesellschaft als Ganzes, zu sich selber». (S. 17)* Im Rahmen des Berichts gehe es dabei vor allem um die *«Beziehungen zur Gesellschaft, im besonderen zum Staat». (S. 17)*

Das Verhältnis zwischen Jugend und Gesellschaft

Auf der einen Seite versucht die Gesellschaft auf verschiedene Art und Weise, auf die «Jugend» einzuwirken: *«Die Einflussnahme der industriellen und nachindustriellen Gesellschaft auf die Jugend ist in zunehmendem Mass an Bedürfnissen der Wirtschaft – Produktion und Konsum – orientiert. (...) Besonders deutlich zeigt sich diese Einflussnahme (...) im Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen.» (S. 19)* Auf der anderen Seite werde die «Jugend» von der Gesellschaft *«oft unbewusst»* zurückgewiesen. So bestehe ein Widerspruch *«zwischen dem Scherbengericht, dem die Jugend von der Gesellschaft zuweilen ausgesetzt ist, und der gleichzeitigen Annäherung». (S. 19)*

Ein weiterer wichtiger Faktor sei die *«Krise der Sozialisation»: «Wichtigste Gruppen im Prozess der Sozialisation waren bis anhin Familien, Schule, Kirche, Jugendbewegungen; diese Institutionen sind nun aber in ihrem Kern selber von einer tiefgehenden Krise erfasst worden.» (S. 20)* An die Stelle dieser traditionellen Sozialisationsinstanzen treten immer mehr die Massenmedien: *«Diese neuartige Sozialisation durch die Massenkultur und das, was Familie und Schule geben wollen, wirken vielfach aneinander vorbei oder widersprechen sich sogar ganz.» (S. 20)* Diese Konflikte schaffenden Prozesse würden noch durch die tendenzielle Verlängerung des Aufenthalts in der Bildungsinstitution und die Herausbildung eines *«der Jugend vorbehaltenen räumlichen und zeitlichen Bereichs»* verschärft.

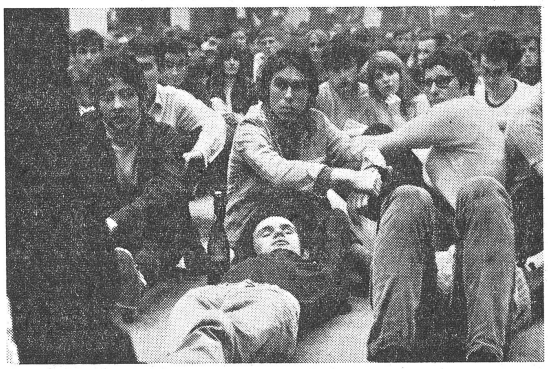
Das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen sei im ganzen gekennzeichnet durch das *«Fehlen gemeinsamer tragender Werte».* Einerseits würden Werte wie *«Vaterland, wirtschaftlicher Erfolg, Leistung, Ordnung»* usw. abgelehnt, andererseits neue Werte – wie z. B. *«Selbstverwirklichung, Mitmenschlichkeit und Solidarität»* – postuliert.

Gruppen und Verhaltensmuster innerhalb der Jugend

Für den Jugendlichen gewinne zunehmend die Gruppe an Bedeutung: *«Der Jugendliche bezieht seine Verhaltensnormen in zunehmendem Mass nicht mehr von den Erwachsenen, sondern von den Gleichaltrigen. Sie werden für viele Jugendliche (...) zur Sozialisationsinstanz.» (S. 23)* Unterschieden werden in der Folge *fünf Typen von Jugendgruppierungen:*

- *Konformismus und Konsum:* Ein grosser Teil der «konformistischen» Jugend *«misst dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen übermässige Bedeutung zu». (S. 24)* Der Konsum werde dabei immer mehr – relativ abgelöst von der konkreten Nützlichkeit der konsumierten Produkte – zum Selbstzweck.
- *«Konformismus» und aktive Teilnahme an der Gesellschaft:* Hier werden diejenigen Jugendlichen eingeordnet, *«die sich der gegenwärtigen Gesellschaft in aktiver Weise einordnen. (...) Sie tragen Verantwortung im Betrieb, in der Gemeinde, in der Armee, in Vereinigungen. Sie suchen Selbstverwirklichung in ihrer Arbeit, in der Verantwortung.» (S. 24).* Im Zusammenhang mit der Einübung in das Tragen von Verantwortung komme den Jugendverbänden – obwohl diese heute in einer Krise stünden – grosse Bedeutung zu: *«Jugendverbände können (...) auch heute noch hervorragende Möglichkeiten bieten, um die Uebernahme von Verantwortung einzuüben.» (S. 24).*
- *Wille zur Veränderung innerhalb des gesellschaftlichen Systems.* Hier ordnet die Studiengruppe diejenigen Jugendlichen ein, *«die auf eine Veränderung innerhalb des Gesellschaftssystems drängen». (S. 25)* Gerade diese Jugendlichen hätten die politischen Jugendvereinigungen – z. B. die Gewerkschaftsjugend und die Jugendgruppen der Parteien – neu belebt.
- *Radikale Infragestellung: «Es sind Jugendliche, die sich auf die radikale Infragestellung des Systems, d.h. auf die Kontestation, gegebenenfalls auch auf die Provokation, konzentrieren.» (S. 25)* Für die Entstehung derartiger Jugendgruppen sei *«nicht oder nicht in erster Linie (!) eine internationale Verschwörung verantwortlich, sondern die Tatsache, dass manche Jugendliche (...) die herrschenden Ueberzeugungen nicht anerkennen.» (S. 25)*
- *Das «Exil»:* Diese Jugendlichen *«haben es vorgezogen, die Gesellschaft innerlich zu verlassen, und haben aus dem Exil eine Art Insel gemacht». (S. 25)* Das *«Exil»* erkläre sich vor allem aus der *«Suche nach einer radikal neuen Lebensweise. (...) Diese Jugendlichen setzen sich von der Gesellschaft ab, weil sie ihnen als ein Ort vorkommt, wo man nicht mehr atmen kann.» (S. 26)*

Zusammenfassend stellt die Studiengruppe fest: Es gibt nicht *«eine Jugend. Die Interessen, Erwartungen und Vorstellungen der einzelnen Jugendlichen und ihrer Gruppierungen sind zu unterschiedlich, als dass man sie unter einem Begriff zusammenfassen könnte.» (S. 26).* Die beschriebenen fünf Gruppierungen seien dabei als *Idealtypen* zu betrachten, die sich in der Wirklichkeit vielfach überlagern.



Integration in die Leistungsgesellschaft?

Jugendpolitik: Vielfalt der Politiken

Jugendpolitik bedeutet respektive umfasst nach der Meinung der Studiengruppe

- *«Das gesellschaftliche und politische Engagement der jungen Generation» (S. 45),*
- «Die Leistungen, die die Oeffentlichkeit dem jungen Menschen bei seinem Verselbstständigungsvorgang gewährt.» (S. 45) Z. B. Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, Schulen, individuelle Erziehungshilfen.
- «Alle Massnahmen, welche die Jugend betreffen» (S. 45) – direkt oder indirekt.

Als zentral erachtet die Kommission die Forderung, *«die junge Generation am gesellschaftlich-politischen Geschehen teilnehmen zu lassen.» (S. 42)* Jugendpolitik bedeutet in dieser Sicht *«Partizipation der jungen Generation» (S. 42).* Diese Konzeption einer partizipatorischen Jugendpolitik wird dabei noch weiter differenziert:

- *Jugendpolitik als Beteiligung, als «Politik mit der Jugend»:* Das Ziel ist hier, *«die Schranken, welche die Jugend von den übrigen Schichten der Gesellschaft trennen»,* abzubauen. Gerade weil diese Schranken nicht von einer Seite allein errichtet worden seien, sei die Beteiligung der Jugend an der Gestaltung der Gesellschaft zu fordern. Die Studiengruppe teilt offensichtlich die in verschiedenen Hearings geäusserte Meinung, dass sich «die Partizipation der Jugend (...) auf dem Weg eines gesellschaftlichen Wandels, durch einen Abbau von Altersdiskrimination und Abhängigkeitsverhältnissen vollziehen müsse.» (S. 42)
- *Jugendpolitik als Autonomie, als «Politik der Jugend»: «Die Entfremdung gegenüber den anderen Teilen der Gesellschaft liess bei Jugendlichen den Wunsch nach Autonomie,nach Freiräumen, in denen sie sich selbst verwirklichen können, entstehen.» (S. 43)* Diese Konzeption von Jugendpolitik hat zum Ziel, *«in allen Bereichen in denen sich Jugendliche befinden, so in den Schulen, in den Freizeitstätten und in den Betrieben, Freiräume zu schaffen». (S. 43)* Zum Problem der «Freiräume» stellt die Studiengruppe fest, *«dass diese einerseits eine Möglichkeit darstellen, die Uebernahme von Verantwortung bis hinauf zur Selbstverwaltung einzuüben»,* andererseits *«subkulturelle und kontrakulturelle Manifestationen begünstigen, jedoch die Randposition der Jugend nicht abbauen». (S. 43)*

Vorschläge und Massnahmen

Die von der Studiengruppe in Erwägung gezogenen Massnahmen *«werden keine ‚Lösung der Jugendfrage' bewirken, aber sie sollen diese Fragen den Behörden und der Oeffentlichkeit deutlicher und differenzierter (...) bewusst machen; sie sollen dazu beitragen, dass die Interessen der Jugend vermehrt zur Geltung kommen; sie sollen die Jugend als politische Kraft aktivieren». (S. 51)*

Erklärtes Ziel der vorgeschlagenen Massnahmen ist die Integration (wohl vor allem der kontestatearen) Jugendlichen in die Gesellschaft: *«Dabei ist Integration nicht misszuverstehen als kritiklose Annahme der bestehenden Einrichtungen. Im besonderen soll der junge Schweizer den Staat, dem er angehört (...), kennenlernen, er soll von den verfassungsmässigen Möglichkeiten, ihn weiterzuentwickeln, ihn zu verändern, Gebrauch machen.» (S. 51)* Auf Bundesebene zu treffende Massnahmen sollen dabei *«keineswegs zum Ziel haben, die bestehenden kantonalen und kommunalen Kompetenzen im Bereich der Jugendpolitik einzuschränken». (S. 55)*

Als vordringliche Massnahme auf Bundesebene empfiehlt die Kommissionsmehrheit die Einsetzung eines *«Delegierten des Bundesrats für Jugendfragen»* als ständiges Konsulta-

Fortsetzung Seite 15

Zu kurz gegriffen

Die vom freisinnigen Nationalrat, Verleger und Chefredaktor Dr. Th. Gut präsidierte Studiengruppe betrachtete es nicht als ihre Aufgabe, «die Situation der Jugend in unserer Gesellschaft umfassend darzustellen». Hingegen hielt sie es für wichtig, «auf einige grundlegende Tatsachen hinzuweisen». Von der Intention her sollte der «Hinweis» auf einige grundlegende Tatsachen – die «Analyse» des Jugendproblems also – in irgendeinem Zusammenhang mit den schliesslich vorgeschlagenen Massnahmen stehen. Dies ist jedoch nur sehr beschränkt der Fall. Die in Erwägung gezogenen Massnahmen sind weitgehend unabhängig von der vorhergehenden «Analyse» resp. von den aus dieser «Analyse» zu ziehenden Schlüssen. Die «Analyse» dient somit nicht der inhaltlichen Vorbereitung, sondern bloss der Rechtfertigung, das heisst der Legitimation der vorgeschlagenen Vorkehrungen.

Als Basis für die «Analyse» dienten – neben der 1971 von vier Genfer Soziologen veröffentlichten Studie «Jugend und Gesellschaft» – vor allem die Aussagen und Meinungen der von der bezüglich Problemschau sehr heterogenen Studiengruppe in Hearings befragten Wissenschafter, Experten und Interessenvertreter. Wenn auch redlich versucht worden ist, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit und mit den vorhandenen finanziellen und «intellektuellen» Mitteln etwas Substantielles auszusagen, ist dieses Unterfangen doch als gescheitert zu betrachten. Die dargebotene «Analyse» des Jugendproblems ist nichts weiter als eine eklektische Auflistung von Facts, Tendenzen und Interpretationsversuchen. Eine Darstellung, die sich zudem an vielen Orten, wo gerade etwas deutlich ausgesprochen worden ist, sprachlich sofort wieder von sich selbst distanziert – ein Mangel an Bestimmtheit, der nicht einfach durch den Hinweis auf das Fehlen einer «allgemein anerkannten Gesellschaftstheorie» gerechtfertigt werden kann. Dazu noch zwei kurze Bemerkungen:

- *An vielen Stellen des Berichts wird darauf hingewiesen, dass von der «einen Jugend» nicht gesprochen werden könne. Erwähnt wird auch, dass das Alter nicht das einzige Definitionskriterium von «Jugend» sein könne. So weit, so recht. Trotzdem aber wird weiterhin recht pauschal von der «Jugend» gesprochen und werden entscheidende Kriterien, nach denen die «Jugend» in – gerade auch für die in Erwägung gezogenen Massnahmen wichtige – Untergruppen aufgeteilt werden muss, nicht explizit und systematisch in Erwägung gezogen. So zum Beispiel Faktoren wie*
  – soziale Herkunft des Jugendlichen (Schichtzugehörigkeit),
  – formale Bildung des Jugendlichen,
  – Wohnort (Stadt/Land – die Studiengruppe beschränkt sich hier sogar explizit auf die «Verhältnisse (...), wie sie sich in den städtischen Agglomerationen finden»)
- *Richtigerweise wird darauf hingewiesen, dass das Jugendproblem nicht einfach als eine «Wiederholung der Generationenkrise», sondern vor allem als ein «sozialer Hauptkonflikt unserer Zeit» zu betrachten ist. Dieser soziale Konflikt äussert sich u. a. gerade darin, dass ein beachtlicher Teil der Jugendlichen die traditionellen Werte ablehnt und (fundamentale) Kritik an den Machtverhältnissen in der heutigen Gesellschaft übt. Lässt sich aber dieser Konflikt durch die Realisierung einer «partizipatorischen» Jugendpolitik, also durch die Förderung der (institutionalisierten) «Beteiligung der Jugend am Aufbau unserer Gesellschaft» lösen? Dies ist zumindest fraglich, wird doch der Spielraum, der Umfang der Partizipation den Jugendlichen, die ja in unserer Gesellschaft keine «Macht» haben, von den Erwachsenen, deren Verhältnis zu den am aktivsten kontestierenden Jugendlichen gerade durch das «Fehlen gemeinsamer tragender Werte» gekennzeichnet ist, gewährt. Gewährt so lange, als Partizipation Integration und nicht gewisse unliebsame Veränderungen bewirkt.*

In einem Hearing wurde die Meinung geäussert, dass sich die Partizipation der «Jugend auf dem Wege eines gesellschaftlichen Wandels, durch (...) Abbau von Altersdiskrimination und Abhängigkeitsverhältnissen» vollziehen müsse. Im Zusammenhang mit den obigen Ausführungen wird klar, dass Partizipation nur dann befürwortet werden kann, wenn sie einen derartigen «gesellschaftlichen Wandel» bewirkt resp. von ihm begleitet wird. Aber: Wie gross sind die Chancen für einen realen «Abbau vom Abhängigkeitsverhältnissen» vom Gesichtspunkt der kontestierenden Jugendlichen aus gesehen wirklich?

Was nun schliesslich die Vorschläge für konkrete Massnahmen betrifft, so war der Aktionsraum der Studiengruppe von allem Anfang an auf den Aktionsbereich des Bundes beschränkt. Die in Erwägung gezogenen Vorkehren sollen deshalb auch «keineswegs die bestehenden kantonalen und kommunalen Kompetenzen im Bereich der Jugendpolitik» einschränken. Unter den gegebenen restriktiven Bedingungen hätte die Studiengruppe wahrscheinlich gar nicht viel weiter gehen können, als sie mit ihren Vorschlägen gegangen ist – selbst wenn sie dies gewollt hätte. Viele der geforderten Massnahmen bedürfen noch einer inhaltlichen Klärung und Anreicherung. Was heisst zum Beispiel «Förderung der politischen Bildung»?

Die von der Mehrheit der Studiengruppe vordringlich empfohlene Einsetzung eines «Delegierten für Jugendfragen» vermag nicht zu überzeugen:
– Als erstes muss man sich einmal unvoreingenommen die Frage stellen, was denn ein derartiger Delegierter als Anwalt einer äusserst heterogenen und relativ machtlosen Gruppe, als Anwalt der «Jugend» in den auf Bundesebene ablaufenden Entscheidungsprozessen ausrichten könnte. Ehrlicherweise muss man hier antworten: kaum viel.
– Dann aber ist es bezeichnend, wie man sich hier des Jugendproblems zu bemächtigen versucht. Man begibt sich sofort auf die Ebene der Mittel. Eine grundsätzliche Zieldiskussion – was für ein Ziel hat «Jugendpolitik»? – wird nicht mehr geführt und auch nicht angeregt, da ja das Ziel offensichtlich schon feststeht: Integration – Integration im Sinne der Uebernahme der herrschenden Werte – und der Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse. Daran vermögen auch Beteuerungen, dass Integration «keine kritiklose Annahme» bedeute, nicht viel zu ändern. Die von der Minderheit der Studiengruppe forcierte Idee der «Jugendkampagne» gibt hier zu mehr Hoffnung Anlass.

Herbert Kraus

Zu diesem Preis schmunzelt Leo Schürmann

Einst kostete es Fr. 88.–, jetzt nur noch Fr. 44.–

DAS ATLANTISBUCH DES THEATERS

1038 Seiten dick, mit vielen zum Teil farbigen Abbildungen. Herausgegeben von Martin Hürlimann (erschienen 1966 im Atlantis-Verlag, Zürich).

Sie interessieren sich für das Thema **Zur Leitung eines Musiktheaters.** Vielleicht möchten Sie mehr wissen über **Bühnenform und Dramenform** oder **Ausbildung zum Theaterberuf.** Bestimmt interessiert Sie auch die **Theatergeschichte** der einzelnen europäischen Länder oder gar jene Japans, Indiens oder Chinas. Sie finden, dass auch **das Puppentheater** interessante Aspekte aufweist, und Sie möchten sich darüber näher informieren. Das alles und noch viel mehr finden Sie in diesem umfassenden Handbuch. Die Beiträge stammen alle von bekannten Fachleuten. So entdecken Sie unter den Mitarbeitern **Harry Buckwitz, Elisabeth Brock-Sulzer, Rolf Liebermann, Peter Löffler** und **Adolf Muschg,** um nur einige zu nennen. Das Werk wird im Anhang durch ein ausführliches **Theaterlexikon** ergänzt.

☐ **Ich bestelle Das Atlantisbuch des Theaters zum Preis von Fr. 44.— für 10 Tage unverbindlich zur Ansicht.** Als Student habe ich beim Kauf Anspruch auf 10% Rabatt.
☐ **Bitte senden Sie mir gratis und unverbindlich Ihren Katalog «Verlagsneue Bücher zu reduzierten Preisen», der gegen 5000 Titel enthält.**

Name: für Stud. Rabatt-Abzug wichtig
Vorname: Student(in) der Fakultät
Strasse: Ort mit PLZ:
Datum: Unterschrift:

Bitte als **Drucksache** mit 15 Rp. frankiert einsenden an

Buchhandlung Ernst, Abt. Versand, Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich, Tel. (01) 53 06 31

Fristenlösung kein gangbarer Weg

Zu «Schwangerschaftsabbruch: Liberalisierung an der Zeit» (Konzept 3/73)

Die Indikationslösung ist nicht nur wegen der zu erwartenden Diskriminierung gewisser Gruppen und der «Fremdbestimmung» nicht akzeptabel, sondern auch rein praktisch undurchführbar, wie u. a. das Beispiel England zeigt: Viele Aerzte sind unter dem unerträglichen Zeitdruck, der durch die zeitraubenden Abklärungen geschaffen wird, bereits dazu übergegangen, alle Schwangerschaften, deren Beendigung gewünscht wird, kurzerhand, und ohne mit weiteren Beratungen Zeit zu verlieren, zu unterbrechen. (Schweizerische Aerztezeitung 18. 11. 1970.)

Nun hat sich aber in der Praxis erwiesen, dass das Fristenmodell, zu dem Sie als scheinbar zwingend logische Schlussfolgerung gekommen sind, ein ebenso grosser Unsinn ist. Es werden damit neue, mindestens so grosse Probleme geschaffen. In sämtlichen Staaten, die die Liberalisierung der Abtreibung eingeführt haben, sind die *legalen* Unterbrechungen sprunghaft angestiegen. Beispiele:

CSSR	*1950: 1 700*	*1965: 180 000*
Ungarn	*1950: 1 500*	*1965: 80 000*
England	*1967: 40 000*	*1971: 120 000*
USA	*1968: 18 000*	*1972: 700 000*

(nach Freigabe in New York, Washington und San Francisco)

Grund: Abtreibung wird zur Geburtenregelung benutzt; die Empfängnisverhütung wird vernachlässigt. Das führt zu völlig unhaltbaren Zuständen in den Spitälern, gynäkologisch Kranke müssen zurückgestellt werden, denn die Babies wachsen ja weiter: «... *wir wurden über spezifische Beispiele informiert, in denen Frauen mehrere Monate zurückgestellt werden mussten, bei denen sich später Unterleibskrebs herausstellte*...» (aus einem Bericht des Royal College), im weitern zu einer Ueberlastung des Fachpersonals, zu einer Abwertung des Berufs des Gynäkologen und damit verbunden zu einer Abnahme hauptsächlich der qualifizierten Gynäkologen, denn die ärztliche Verpflichtung, Leben zu schätzen, und das gesetzliche Recht zur Tötung müssen zu einer krassen Bewusstseinsspaltung führen. Dadurch, dass die öffentlichen Spitäler dem Andrang nicht gewachsen sind, entstehen private Kliniken mit weit höheren Preisen. Englische Abortion mills scheuen auch nicht vor Dichotomie zurück: in Werbeschriften, die den Aerzten auf dem Kontinent verschickt wurden, wird dem Zuhälterarzt ein Teil des Honorars versprochen.

Todesfälle und Dauerschäden

Und als grosse Ueberraschung: «... *dass die Frequenz der eine Hospitalisierung erfordernden Spontanaborte* (gemeint sind hauptsächlich die sog. kriminellen Aborte) *praktisch gleich blieb. Darüber hinaus ergab eine Untersuchung des Department of Health, dass die durch sämtliche Arten der Abtreibung in England und Wales verursachten Todesfälle 1968 gleich hoch waren wie in einem der früheren Jahre*...» (Royal College). Diese Tatsache, meint der Bericht weiter, sei nicht überraschend, denn sie bestätige die Erfahrung der meisten Länder und sei vom Royal College schon 1966 ausdrücklich hervorgehoben worden. (Schweizerische Aerztezeitung 18. 11. 1970.)

«*Da die illegalen Abtreiber ja zu etwa 87 Prozent Aerzte sind und die andern (Hebammen usw.) auch meistens Leute, die genau Bescheid wissen und den Frauen Antibiotika verabreichen und dazu den Abortus lediglich provozieren, aber die eigentliche Ausräumung meistens der Klinik überlassen, besteht sowohl bei der Zahl der Todesfälle als auch bei der Zahl der Dauerschädigungen kein wesentlicher Unterschied zu den legalen Abtreibungen. Dagegen zeigt die von Professor Kirchhoff, Universitäts-Frauenklinik Göttingen, veröffentlichte Statistik über die Dauerschädigungen nach Schwangerschaftsabbrüchen etwa 30% an und eine von einer ungarischen Frauenklinik veröffentlichte Statistik spricht von 34 Prozent Dauerschäden nach Abtreibungen in der Klinik!*» (Deutsches Aerzteblatt, Heft 48/72 – Memorandum der Europäischen Aerzteaktion.)

Die Schätzungen über die Anzahl der illegalen Aborte müssen mit Vorbehalt aufgenommen werden, das zeigt bereits die Variationsbreite der Zahlen, die schon für die Schweiz genannt worden sind. Wahrscheinlich ist auch die von Prof. Stamm genannte Zahl von 50 000 übertrieben, denn bei den 10 Prozent, die zu einer Komplikation führen sollen, würde die Aufnahmekapazität der Spitäler überschritten. Trotzdem stimmen die meisten Statistiken darin überein, dass die Zahl der illegalen Abbrüche irrelevant oder gar nicht zurückgegangen sei.

Wenn Frau Michel sagt: «... *Von mir aus gesehen ist nicht in Abrede zu stellen, dass von Anfang an etwas Lebendiges da ist. Etwas Lebendiges ist schon vorhanden, wenn nur ein Ei oder ein Same vorhanden ist*», so ist das zumindest etwas leichtfertig dahergeredet. Von mehr biologisch fundiertem Wissen zeugt dagegen, was das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement schreibt: «... *Das menschliche Leben stellt von der Befruchtung bis zum Tod einen ununterbrochenen Prozess des gleichen Lebewesens dar. (...) In den Entwicklungsprozess lassen sich nur künstliche Zäsuren setzen. Die einzelnen Entwicklungsphasen gestatten keine wesenhaft verschiedene Bewertung. Erbbiologisch ist der Mensch von der Konzeption an in seiner Einmaligkeit anlagemässig bestimmt und hat seinen unaustauschbaren Eigenwert. (...) Der Embryo und der Fötus sind daher wie das geborene Kind nicht nur nach dem zu beurteilen, was sie in einer bestimmten Phase der Entwicklung sind, sondern ganzheitlich auch nach dem, was sie einst sein könnten.*»

Im übrigen ist es direkt schizophren, die Ungerechtigkeit der heutigen Gesetzgebung anzuprangern und gleichzeitig eine Lösung vorzuschlagen (Fristenlösung), die ein juristischer Unsinn ist. Soll man auf die Angaben der betroffenen und existentiell befangenen Frau über Befruchtung, letzte Periode usw. ein juristisches Urteil aufbauen, oder gar auf den Tastbefund des Arztes? Wer unter diesen Umständen einen Schwangerschaftsabbruch am 93. Tage entsprechend dem Gesetz bestrafen sollte, während die Abtreibung mit 90 Tagen straffrei wäre, müsste nicht die Qualitäten eines Richters, sondern die eines Hellsehers besitzen.

Elsbeth v. Glutz-Sticker

Spots

In Basel hat eine Baufirma einige alte Häuser gekauft und bis zu acht ausländische Arbeiter pro Zimmer hineingepfercht, zu 90 Franken je Bett. Das ergibt eine höhere Rendite als die Umwandlung in Büroräume. Die Progressiven Organisationen Basel (POB) erstatteten Strafanzeige wegen Wuchers. Der Staatsanwalt stellte die Untersuchung ein, da die betreffenden Arbeiter (lohnabhängig vom Beklagten!) die Unterkünfte preiswert fänden und somit der Tatbestand fehle.

★

Aehnlich gut kommen die *Grossbanken* beim Bundesrat weg. Ein SVP-Nationalrat hatte sich in einer Interpellation gegen die zunehmende Macht und den Einfluss dieser Institute gewandt. Der Bundesrat meint jedoch, die Grossbanken hätten – jedenfalls im Inlandgeschäft – ihren Einfluss *nicht erheblich* verstärkt. «Nicht erheblich» im Sinne von «nicht nachweisbar»?

★

Tatsächlich ist das Bilanztotal der fünf Grossbanken im letzten Jahrzehnt von 18 auf 114 Mrd. Franken gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von 630%, gegenüber 410% bei der Gesamtheit aller Banken (von 56 auf 230 Mrd. Fr.).

★

Anlässlich der Demonstration gegen die Teilnahme Portugals am Comptoir Suisse in Lausanne kam es zu Ausschreitungen. Die spektakuläre Aktion von über tausend jungen Menschen war nach Ansicht des Waadtländer Polizeidirektors, Staatsrat Bonnards, das *«Werk einer entschlossenen Stosstruppe, speziell ausgebildet und straff geleitet.»* Wir sind gespannt, für wie viele künftige Repressivmassnahmen dieser persönliche Ausspruch als Alibi dienen wird.

★

Nicht nur die Hochfinanz, auch die Bauwirtschaft strebt nach Konzentration. Elf der grössten Bauunternehmungen, die 10% des schweizerischen Hochbauvolumens beherrschen, haben sich zum *«Verband Schweizerischer Generalunternehmer» (VSGU)* zusammengeschlossen. Auffällig oft wurde an der ersten Pressekonferenz erklärt, die Mitglieder des VSGU lehnten jedes Monopolstreben ab und stünden in hartem Konkurrenzkampf untereinander. – Haben wir nicht auch deshalb jetzt einen Baustopp, weil die Konkurrenz im Baugewerbe erst wiederhergestellt werden muss?

Nach wie vor: Fristenlösung

Zum obenstehenden Artikel einige Bemerkungen:

● *Ueber das Ausmass, in dem nach erfolgter Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs die legalen Unterbrechungen zugenommen haben, kursieren verschiedene Zahlen. Die Quelle, aus der die obengenannten «astronomischen» Steigerungsraten berechnet worden sind, ist nicht bekannt. Nicht zu bestreiten ist, dass eine Liberalisierung auch hierzulande kurzfristig zu einer Zunahme der legalen Abtreibungen führen kann und wahrscheinlich auch führen wird. Eine derartige Zunahme ist an sich nicht negativ zu bewerten, da wegen der Abnahme der illegalen Aborte wohl die Legalen zunehmen werden, die Gesamtzahl der (legalen und illegalen) Abtreibungen jedoch – im gesamten gesehen – nur unwesentlich anwachsen wird.*

● *Dass kurzfristig nach erfolgter Liberalisierung der Gesetzgebung mit einer stärkeren Belastung der Spitäler gerechnet werden muss, ist weiter nicht so schlimm, besteht doch durchaus die Möglichkeit – längerfristig gesehen – die Intensität der Spitalbenützung zu reduzieren: die Liberalisierung (verbunden mit der notwendigen Information) wird dazu führen, dass die betroffenen Frauen zu einem früheren Zeitpunkt als es bisher im Durchschnitt der Fall gewesen ist, an einen für den Schwangerschaftsabbruch zuständigen Arzt gelangen. Je früher jedoch der Eingriff vorgenommen werden kann, desto eher kann – wie gerade das Beispiel New York zeigt – die Behandlung ambulant, also mit einer minimalen Belastung der Spitäler, vorgenommen werden.*

● *Die Abtreibung wird seit je – legal oder illegal – zur Geburtenregelung eingesetzt. Dass die Liberalisierung der Schwangerschaftsabbruchgesetzgebung unter allen Bedingungen zu einer Vernachlässigung der anderen Methoden der Geburtenregelung (also z. B. der Empfängnisverhütung mit pharmazeutischen Mitteln) führt, ist zu bezweifeln. Wenn auch gerade auf dem Gebiet der Empfängnisverhütung noch einige Möglichkeiten offen sind – Umgestaltung der Geschlechtserziehung, Veränderung des Verhältnisses zur Sexualität usw. –, sind doch auf diesem Gebiet Erfolge erst längerfristig zu erwarten. Erschwerend fällt hier ins Gewicht, dass vielfach gerade diejenigen, die sich gegen die – für die erfolgreiche Anwendung pharmazeutischer Mittel zum Ziel der Empfängnisverhütung notwendige – Bewusstseinsveränderung mit allen Mitteln zur Wehr setzen, auch gegen jede sinnvolle Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs Sturm laufen.*

● *Was die Todesfälle und «Dauerschäden nach Abtreibungen» betrifft, so sind die Zahlen, die im nebenstehenden Artikel genannt werden, mit Vorsicht aufzunehmen. Gerade bei derartigen Untersuchungen ist es wichtig, die genauen Charakteristika der untersuchten Personen zu kennen und nicht nur – unter Umständen wesentliche Unterschiede verwischende – globale Prozentsätze (so kann z. B. das statistische Ergebnis dadurch verzogen werden, dass überdurchschnittlich viele Frauen schon vor der Abtreibung an bestimmten Krankheiten gelitten haben usw.). Um jedoch auf der gleichen Ebene – mangels besserer Daten – zu bleiben, kann auch leicht das Gegenteil «bewiesen» werden: Eine Zusammenfassung einer Reihe neuester Untersuchungen über die Situation in den USA nach der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs kommt zum Schluss, dass «je liberaler die Abortgesetzgebung ist, desto drastischer Mortalität und Komplikationen durch illegale Abtreibungen abnehmen. Je weniger freizügig sie ist, desto häufiger finden weiterhin illegale Aborte statt.» («Schweizerische Aerztezeitung» 12/72.)*

● *Dass vom Zeitpunkt der Befruchtung an etwas Lebendiges vorhanden ist, die Auseinandersetzungen um die Frage: Wo beginnt das menschliche Leben? unfruchtbar sind und letzten Endes die Wahl eines Zeitraums von drei Monaten etwas Künstliches und Willkürliches an sich hat, ist von Frau Michel überhaupt nicht bestritten worden. Es sind denn auch in erster Linie medizinische Gründe, die dafür sprechen, den Abbruch in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorzunehmen. Wenn auch nicht bestritten werden kann, dass die Fristenlösung – z. B. eben durch die Setzung des legalen Zeitraums von 90 Tagen – etwas Willkürliches an sich hat, ist sie doch nicht einfach als «juristischer Unsinn» abzuqualifizieren:*

– Die Fristenlösung ist sicher diejenige Lösung des Problems Schwangerschaftsabbruch, die mit den wenigsten Willkürlichkeiten auskommt (im Gegensatz zu den verschiedenen Indikationenmodellen oder zur Perpetuierung des gegenwärtigen Zustands).
– Die Fristenlösung allein institutionalisiert die alleinige Zuständigkeit der betroffenen Frau in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft. Hier soll ein Element der Selbstbestimmung verankert werden, das den Frauen nicht vorenthalten werden darf und das – wie die Stellungnahmen der verschiedenen Frauenverbände im Vernehmlassungsverfahren zu den Vorschlägen des EJPD deutlich zeigen – vehement gefordert wird. Dass gewisse religiöse Kreise der Frau dieses Recht auf Selbstbestimmung in einer sie entscheidend betreffenden Angelegenheit offensichtlich nicht zugestehen können und wollen, soll einen nicht daran hindern, dieses Recht denjenigen Frauen, die danach verlangen, zu gewähren. Schliesslich wird ja auch nach einer Liberalisierung der Gesetzgebung keine Frau dazu gezwungen, gegen ihre ethische Ueberzeugung an sich einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

Rolf Nef

Brief aus einem brasilianischen Gefängnis

«Mein Leben ist in den Händen des Volkes»

Nachstehend veröffentlichen wir eine Schilderung der Folterungen, die der Widerstandskämpfer Manuel da Conceiçao in Brasilien über sich ergehen lassen musste. Der Bericht wurde eigenhändig von Conceiçao geschrieben und ist aus seinem Gefängnis geschmuggelt worden.

Manuel Conceiçao, 37, Vater zweier Kinder, wurde am 23. Januar 1972 verhaftet. Conceiçao nahm eine führende Rolle in den Bürgerkämpfen im Staat Maranhao im Nordosten Brasiliens ein. Er wurde 1967 Präsident der Arbeitergewerkschaft des Pindare-Mirim-Tales. Anlässlich einer früheren Verhaftung wurde er verletzt und verlor wegen mangelnder Pflege ein Bein. Sein Leben ist momentan in akuter Gefahr, da er in ein Gefängnis für Gemeinverbrecher transferiert wurde, in dem nachgewiesenermassen die Gegner des Regimes ermordet werden. Zwischen Oktober 1972 und März 1973 wurden mehr als 20 Regimegegner in brasilianischen Gefängnissen hingerichtet. Dies stellt den höchsten Stand, den die Hinrichtungen aus politischen Gründen in Brasilien je erreicht haben, dar.

«Ich riskiere den Tod, wenn ich die Misshandlungen, denen ich ausgesetzt war, verrate. Ich habe vier Monate, während deren ich strenge Folterungen aushalten musste, am Sitz der Armee in Rio de Janeiro verbracht und danach beim Geheimdienst der Marine (CENIMAR).

Sechsmal wurde ich praktisch leblos ins Spital transportiert. Die Torturen waren so heftig, dass kein einziger Punkt meines Körpers nicht blau geworden wäre; ich hatte geronnenes Blut auf meinem ganzen Körper. Alle meine Körperhaare sind ausgefallen.

Sie haben mir die Fingernägel ausgerissen, und sie haben mir meinen Penis und meine Hoden so lange mit Nadeln durchstochen, bis sie zu richtigen Sieben wurden. Sie haben einen Strick um meine Hoden gebunden und haben mich im Hof herumgeschleppt; nachher haben sie mich mit den Schenkeln nach oben und dem Kopf nach unten aufgehängt. Sie haben mir Handschellen angezogen und mich an einem Gitter aufgehängt. Sie haben mir meine Beinprothese abgenommen und haben meinen Penis zugebunden, damit ich nicht mehr urinieren konnte. Sie haben mich drei Tage und drei Nächte auf einem Bein stehen lassen, ohne mir etwas zu essen zu geben. Sie haben mir so viele Elektroschocks gegeben, dass meine Trommelfelle geplatzt sind, und ich bin auch impotent geworden.

Sie haben meine Geschlechtsorgane während 24 Stunden an einen Tisch genagelt. Sie haben mich mit gebundenen Händen und Füssen ins Wasser geworfen, und ich bin fast ertrunken. Man hat mich dreissig Tage lang in eine vollständig dunkle Zelle gesteckt; ich musste meine Notdurft in der Zelle verrichten. Zu Essen gab man mir nur Wasser und Brot. Man hat mich auch in einen Behälter eingesperrt, der innen mit Gummi überzogen war, und liess ununterbrochen eine Hupe laufen; drei Tage lang habe ich weder geschlafen noch gegessen, und ich bin fast wahnsinnig geworden.

Sie haben mir eine ‚Wahrheitsserum'-Spritze (Penthotal) gegeben. Ich bin wahnsinnig geworden, ohne mir meiner Situation bewusst zu werden, als ich verhört wurde. Sie haben mich auf den Boden gelegt und haben mir gedroht, sie würden mir Geständnisse aus dem After reissen mit Hilfe eines Eisens mit drei Spitzen und drei Reihen Zähnen wie die einer Säge.

Ich könnte noch Dutzende anderer Gattungen von Folterungen erwähnen. Ich glaube, dass es für den Augenblick genügt. Nachdem sie mich all den beschriebenen Qualen ausgesetzt hatten, haben sie noch abstreiten wollen, dass ich Manuel da Conceiçao sei. Ich hatte bei meiner Verhaftung eine falsche Identitätskarte bei mir (Bemerkung: Conceiçao lebte in der Klandestinität und wurde von der politischen Polizei sehr gesucht), und sie haben gesagt, es sei unmöglich, zu beweisen, wer ich sei. Der wahre Grund dieser Schwierigkeit, mich zu identifizieren, liegt indessen anderswo: Sie sagten, dass mich das Volk nach 12 Monaten Gefängnis werde vergessen haben und dass zu jener Zeit die Regierung mich von einem Helikopter aus werde ins Meer werfen lassen. Das versprachen sie mir alltäglich. Für sie war das Hauptproblem, mich vom Volk zu isolieren.

Mein Leben ist einmal mehr in den Händen des brasilianischen Volkes. Nur dem Volke steht das Recht zu, über meine Taten zu urteilen.»

Abonnieren Sie konzept

Die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt.

Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare
- zu heissen innenpolitischen Themen
- zur internen Entwicklung anderer Staaten, insbes. Entwicklungsländer
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemen
- zu Kulturfragen

Ständige Mitarbeiter: Roman Brodmann, Walter Matthias Diggelmann, Beat Kappeler, Niklaus Meienberg.

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen.

In jeder Nummer viele freizügige Kontaktinserate.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.–, Ausland Fr. 14.–. Abonnemente laufen jeweils von Januar bis Dezember. Die nächsten 13 Nummern (bis Dezember 1974) Fr. 14.– (Ausland Fr. 16.–).

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an:
Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Einzahlungsschein liegt der ersten verschickten Nummer bei.

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)
Name, Vorname:
Strasse, Nr.:
PLZ, Ort:
Abonniert ab sofort «konzept» bis Dezember 1974.
Datum, Ort:
Beruf: Unterschrift:
Schicken Sie bitte eine Gratis-Probenummer an folgenden Bekannten: k 2/5

Strampeln im linken Literatennetz

Buchkritik

Damit es einmal «etwas Besseres» werde, hat der Fabrikarbeiter sein Kind, Karin Struck, auf die höhere Schule geschickt. Dann studiert sie Germanistik, heiratet einen aus einer Arbeiterfamilie stammenden Medizinstudenten «H.», kriegt ein Kind und später ein zweites von ihrem Geliebten «Z.», der ein Schriftsteller, ein Intellektueller ist. – Das Tagebuch der *Karin Struck* (Jahrgang 1947), beginnt am 16. Mai 1972 mit der Aufzeichnung ihrer Aengste, ihrer Depressionen, ihrer Liebe, ihrer Sehnsüchte, ihrer Erfahrungen, Erinnerungen und Visionen und schliesst drei Monate später am 25. August mit den Worten «Ruhig in einer ungeheuren Erschöpfung.»

In diesen rücksichtslosen wie befreienden Selbstbekenntnissen schildert sie die gesellschaftlichen Konflikte, denen sie sich ausgeliefert fühlt. Zu den «Bürgerlichen» aufsteigend, bei denen sie, wie sie meint, niemals ankommen wird, gar nicht ankommen will, hat sie ihre Klasse, die der Arbeiterschaft, verlassen – «verraten» sagt sie manchmal. Rührt ihr Dilemma nicht etwa daher, dass sie, nach Gymnasium, Studium und Eintritt ins Intellektuellenmilieu (der durch diese Buchveröffentlichung mit Brief und Siegel versehen ist), längst aufgerückt ist zu den «Bürgerlichen», es nur nicht anerkennen will, sich verbissen eine «proletarische» Identität bewahren möchte? Abgesehen davon, dass der Platz zwischen den Stühlen selbst zu den bevorzugten intellektuellen Aufenthaltsorten gehört, beweisen ihre Lebensgewohnheiten und Neigungen gerade das Gegenteil. Ihre Gier nach «Reinheit» und «Natürlichkeit», der Horror vor allem Künstlichen, ist vielleicht in unserer Zivilisation nicht eben Ausdruck exzessiver

Karin Struck: Klassenliebe. Edition Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1973

ästhetisch-intellektueller Verfeinerung. Lieber aus einer Quelle als aus dem Wasserhahn trinken, am liebsten auf einem Bauernhof ohne Plastik und ohne Bügeleisen leben und sich makrobiologisch ernähren – diese Wünsche mögen Zeichen dafür sein, dass Karin sich unwiderruflich von ihrer Herkunft entfernt hat. Zu dieser Distanz haben ihre Ausdrucksfähigkeit, ihre Belesenheit und ihre Bildung beigetragen.

Ihr Hass auf die sozialen Aufsteiger, auf Leute, die sich nach oben boxen, müsste sich eigentlich gegen sie selbst kehren; fixiert auf bestimmte Aufstiegssymbole, mokiert sie sich über ihren Bruder, der einen Fortbildungskurs als Aerztebesucher absolviert und nun bald im eleganten Firmenwagen vorfahren wird, aber dass ihr Gesundheits- und Natürlichkeitsdrang dieselbe Funktion erfüllt wie das Auto, eigenen Aufstieg und sozialen Erfolg anzuzeigen, das fällt ihr nicht ein.

Widersprüche – doch das letzte, was Karin Struck vorzuwerfen wäre: dass sie sich und die Leser über ihre Widersprüche hinwegtäuscht. Sie sind ihr nicht an jedem Tag, den sie in ihren Aufzeichnungen festhält, präsent, und ihre verzweifelte Sehnsucht nach einem übersichtlichen, «natürlichen» und gesunden Leben, in dem auch Schreiben nichts mit Krankheit oder Triebsublimierung zu tun hat, umschreibt schliesslich auch den Wunsch nach einem Leben jenseits der Widersprüche.

Aber in ihren Aufzeichnungen sieht sie immer wieder die einzige Möglichkeit, Widersprüche, mit denen sie nicht fertig wird, einfach stehenzulassen, sie ohne Hemmung auszusprechen. Die Forderung nach einer assimilierenden und nicht selektierenden, nichtlogischen Literatur ist zwar nicht neu, aber noch nie ist sie mit so wenig *literarischen Ambitionen* eingelöst worden wie in diesem Buch. Wie anders als in Widersprüchen schreibend, hätte es Karin Struck gelingen können, sich «Mut anzuschreiben», sich freizuschreiben von ihren lebensgefährlichen Depressionen?

«Klassenliebe» handelt aber auch davon, wie jemand den intellektuellen Mythen zum Opfer fällt, weil er ihnen, zur Wortgläubigkeit erzogen – hier kommt die vielzitierte «Herkunftsscheisse» wieder mit ins Spiel –, aufs Wort glaubt. Das zeigt ein erschreckend ausgeleierter Satz, der erklären soll, warum ihre Ehe schiefgegangen ist: «Hätte mich H. nicht mit Sensibilität unterernährt.» So als ob «Sensibilität» eine Vitaminspritze wäre, man nehme sie mässig, aber regelmässig: die Reklame für dieses Präparat hat offensichtlich eingeschlagen.

Nicht weniger erschreckend ist ihre Erklärung, weshalb ihr Mann nicht genügend «Sensibilität» absondern kann: «Die heruntergekommene marxistische Theorie hat H. ‚sterilisiert'», schreibt sie, obwohl sie – wie aus vielen anderen Sätzen zu schliessen ist – ganz genau weiss, dass nicht erst DKP und Spartakus kommen mussten, um dem Arbeiterkind H. das Bedürfnis nach «Sensibilität» auszutreiben.

Aber Karin Struck gibt nicht Anlass zu Mitleid oder Ueberlegenheitsgefühlen, so leicht macht sie es keinem, am wenigsten denjenigen, denen der Verlag ihr Buch mit seiner Reklame zur linken Erbauung anempfiehlt. Denn aus der tiefsten Verzweiflung, aus der lähmenden Depression heraus, findet sie noch die Kraft, sich gegen jene zu wehren, denen sie in die Falle gegangen ist. Sie ist imstande, die linken Literaten an ihren empfindlichsten Stellen zu treffen,mit einer Kritik, so böse und genau, wie sie bisher nicht zu lesen war. Steckte sie ganz in ihren Fallen, dann wären ihr diese Worte ausgeblieben. *Kristina Piwecki*

Heimatlos

Bahnhofbuffet
zweite Klasse
dritter Tisch links
oder auch
fünfter Tisch rechts.
Allein. –
Sie kommen –
Sie gehen –
Sie reden
oder auch nicht
von ihren Reisezielen
den vergangenen
den geplanten.

Du
allein
ohne Vergangenheit
ohne Ziel.
Kein Zug fährt
an deinen Ort.
Deinen Ort
namenlos
es gibt ihn nicht.
Du hast kein Daheim.

Du
allein
ohne Vergangenheit
ohne Ziel.

Heimatlos. *Laura Winter*

Rolf Keller
Bauen als Umweltzerstörung

192 Seiten mit 157 Seiten Abbildungen, Format 24×21 cm, broschiert, Fr. 19.50.

Der Autor dieses Buches ist nicht nur Architekt, sondern ein Mann der jüngeren Generation, der über das, was in seinem Bereich geschieht, nachdenkt und dabei ein Unbehagen empfindet, das er in diesen Alarmbildern mit vielen Ausruf- und Fragezeichen zum Ausdruck bringt. Diese Publikation ist kein Fachbuch; sie ist vielmehr ein Pamphlet, ein Manifest, das uns sehen lernen und zum Nachdenken zwingen soll; vor allem, dass die Umweltzerstörung nicht nur in der Luft und im Wasser stattfindet, sondern auch in der Un-Architektur unserer Zeit. Weil sie nicht messbar ist, kann sie nicht in ihrer unmenschlichen Wirkung statistisch erfasst werden; aber diese andauernde Verleugnung menschlicher Grundbedürfnisse ist deswegen nicht weniger existent und gefährlich als die Schäden, von denen heute jedermann weiss. Chaos und Monotonie heissen die beiden Krankheitserreger, die der Autor sichtbar macht anhand von Dokumentationen aus der Schweiz, Deutschland, Holland, Frankreich, Russland, Amerika, Marokko, Südamerika und Asien, die unsere Augen öffnen sollen für eine Umweltzerstörung, welche in Dimensionen fortschreitet, die uns zur Besinnung mahnen und uns bewegen, den Schlusssatz Kellers «Wer schweigt — stimmt zu!» ernstzunehmen.

Bücherzettel

Ich/wir bestelle(n) ..... Exemplare «BAUEN ALS UMWELTZERSTÖRUNG» von Rolf Keller, zu Fr. 19.50.

Name
Strasse
Ort
Datum
Unterschrift

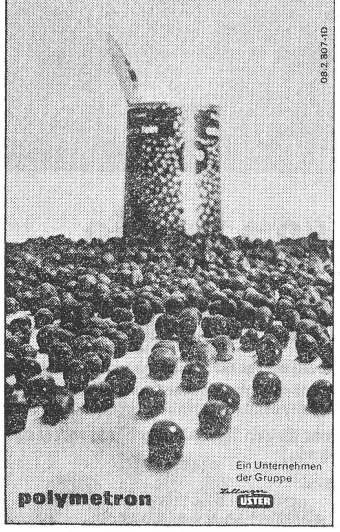
Bitte senden Sie diese Bestellung als Drucksache direkt an

Artemis Alfa Bücherpost, Zeltweg 48, 8032 Zürich

Einwandfreie Produkte

Immer wenn Qualität und Preis Ihrer Produkte von einer zuverlässigen Kontrolle und Regelung des pH-Wertes, des Redoxpotentials, der Leitfähigkeit oder der Ionen-Konzentration abhängen, sind wir der richtige Partner für Sie. Egal, ob es sich um Nahrungsmittel, Textilien, Papier, chemische Produkte oder galvanisierte Teile handelt.
Und die Sanierung Ihrer Abwässer? Die können Sie ebenfalls uns überlassen. Weil auch die Behandlung industrieller Abwässer eine Kontrolle und Regelung obiger Messgrössen verlangt.

Polymetron AG
Elektrochemische Mess- und Regeltechnik
CH-8634 Hombrechtikon Tel. 055 411101
Zellweger GmbH, Abt. Polymetron
4 Düsseldorf-Gerresheim, Ludenberger Strasse 58
Tel. 0211 68 66 61 Telex 08 58 6893



Ein Unternehmen der Gruppe
polymetron
UTEX

Lehrbücher und Fachbücher für

Technik, Betrieb und Wirtschaft

Alle Neuerscheinungen in unseren Fenstern und auf den Ladentischen.

Buchhandlung zum Elsässer
Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47 / 32 16 12

Vorschläge zur Jugendpolitik: Ziel Integration

Fortsetzung von Seite 13

tivorgan. Dem Delegierten soll eine beratende Kommission beigegeben werden. Die Aufgaben des Delegierten (u. a.):

- Er *gibt dem Bundesrat Kenntnis von den Ansichten, die unter den Jugendlichen zu einer Frage, insbesondere zu einem vorgesehenen Erlass vorhanden sind.*
- Er *macht Vorschläge, so zur Förderung der Jugendforschung und der Information über die Jugend sowie zur Verwendung der Kredite für ausserschulische Jugendarbeit.*
- Er *beobachtet die Tätigkeit des Bundes im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Jugend.*
- Er *berichtet periodisch über die Lage der Jugend in der Schweiz. (S. 60)*

Von einem derartigen Delegierten, der in engem Kontakt mit der organisierten und nichtorganisierten Jugend stehen soll, erwartet die Kommissionsmehrheit eine doppelte Wirkung: «*Er könnte dazu beitragen, dass die Jugend in den Entscheiden stärker berücksichtigt wird, und da er sich systematisch mit der Jugend und ihren Anliegen auseinander zusetzen hätte, würden bessere Voraussetzungen geschaffen für das notwendige Gespräch der politischen Behörden mit der jungen Generation.*» *(S. 62)*

Dem Delegierten soll dabei eine *beratende Kommission* zur Seite stehen, eine Kommission, in welcher ein Teil der Sitze – «*z. B. die Hälfte*» – von Jugendlichen besetzt werden soll. «*Diese Kommission wäre kein ‚Jugendrat'. (. . .) Die Mitglieder würden vom Bundesrat ernannt, wobei die verschiedenen Landesteile, berufliche Gruppen und weltanschauliche Richtungen vertreten sein und immer neue Elemente der Jugend Einsitz nehmen müssten.*» *(S. 63)*

Wesentlich an der Idee dieser beratenden Kommission erscheint der Studiengruppe, «*dass die Jugendlichen nicht vereinzelt wären (. . .), sondern in ähnlicher Zahl auftreten könnten wie die Erwachsenen*». Die Kommission sollte dabei «*ein Ort der Begegnung und Aussprache zwischen Jugendlichen und Erwachsenenwelt sein; sie sollte gegensätzliche Forderungen und Gegebenheiten sichtbar machen, aber auch Wege zu Lösungen finden lassen.*» *(S. 64)*

Eine *Minderheit der Studiengruppe* ist der Ansicht, dass die *Ernennung* eines *Bundesdelegierten im jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre.* Sie fördert im EDI die Errichtung einer «*Stelle für Jugendfragen*». Ihr Auftrag: «*Die Arbeiten der Studiengruppe zusammen mit einer Kommission, wie sie für den Delegierten vorgesehen ist, zu vertiefen und fortzuführen.*» *(S. 67)*

Im weiteren schlägt die Studiengruppe vor:

- Alle vier Jahre die Erarbeitung eines Berichts an die eidgenössischen Räte «*über die allgemeine Lage der Jugend in unserem Lande und über besondere Probleme (. . .)*». *(S. 67)*
- Die Intensivierung der Jugendforschung, die Schaffung eines Instituts für Jugendforschung und einer Dokumentationsstelle für Jugendfragen.
- Die vermehrte Förderung der politischen Bildung der Jugendlichen.
- Die vermehrte Unterstützung der Jugendorganisationen und -institutionen.
- Die Lancierung einer «*Jugendkampagne*»: «*Sie hätte als flexibles, von staatlichen Organen unabhängiges Instrument des politischen Ausdrucks und der Meinungsforschung auch die nichtorganisierten Jugendlichen zu erreichen.*» *(S. 74)* Es ginge dabei um «*die Meinungsäusserungen der Jugend, also darum, den Jungen die Möglichkeit zu geben, ihre Probleme, Bedürfnisse und Anliegen zum Ausdruck zu bringen*». *(S. 74)* Die Minderheit der Studiengruppe, die einer sofortigen Einsetzung eines Delegierten auf Bundesebene ablehnend gegenübersteht, sieht in einer derartigen «*Jugendkampagne*» den unumgänglichen Anstoss für jeglich sinnvolle Jugendpolitik. *rn*

BELTZ Bibliothek

Der andere Studienführer

Von Lothar Schweim. 1973. 176 S. Br. Fr. 12.20. Der andere Studienführer erweitert das Blickfeld des Studienanfängers zur Problematisierung von Studieninhalten und Studienbedingungen, indem er ihm in systematischen Beiträgen seine eigene psychische und soziale Situation verdeutlicht, den kommunikativen Zusammenhang von Lernvorgängen herausarbeitet und die Bedeutung von Prüfungen in diesem System aufweist.

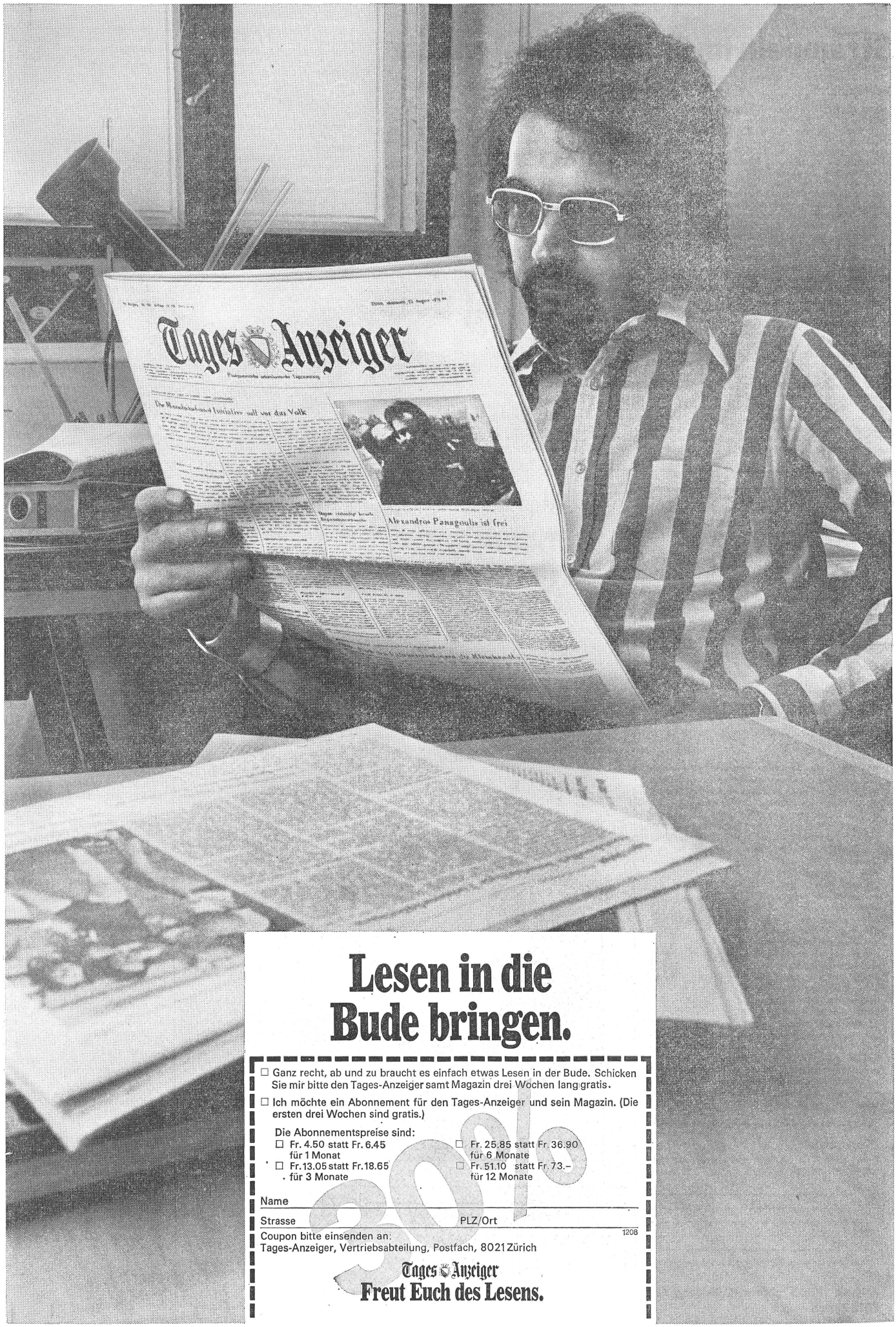
Prüfung und Herrschaft

Von Steinar Kvale. 1972. 247 S. Br. Fr. 13.60. Prüfungen als Auslese-verfahren, als pädagogisches Hilfsmittel und Herrschaftsinstrument: Dabei erweist sich, dass die Widersprüche im Prüfungswesen nicht durch Abschaffung oder Reformen gelöst werden können. Die Herrschaftsfunktion kann erst unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen aufgehoben werden.

Rationeller Lernen lernen

Von Regula D. Naef. 1971. 4. Aufl. 1973. 238 S. Br. Fr. 13.60. Dieses Buch mit Ratschlägen und Uebungen für alle Wissbegierigen führt in die Theorie und Praxis der geistigen Arbeit ein und gibt Hinweise für das schnellere und konzentriertere Lesen, Zuhören und Mitschreiben in der Schule, der Universität oder bei Vorträgen, das Vorbereiten von grösseren Arbeiten und Prüfungen und regt zur Planung und Einteilung der Zeit an.

BELTZ
Verlag Beltz Basel
4002 Basel



Lesen in die Bude bringen.

☐ Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

☐ Fr. 4.50 statt Fr. 6.45 für 1 Monat

☐ Fr. 13.05 statt Fr. 18.65 für 3 Monate

☐ Fr. 25.85 statt Fr. 36.90 für 6 Monate

☐ Fr. 51.10 statt Fr. 73.– für 12 Monate

Name

Strasse PLZ/Ort

1208

Coupon bitte einsenden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

Tages Anzeiger
Freut Euch des Lesens.